



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Jahrhundertprojekt Energiewende:

CSU-Arbeitskreis legt Masterplan vor

Um die Umsetzung der Energiewende aktiv voranzutreiben, hat der Arbeitskreis Energiewende der CSU (AKE) ein detailliertes und sorgfältig abgestimmtes Positionspapier veröffentlicht. „Die Energiewende ist unumkehrbar. Sie ist eine säkulare Herausforderung“ hob der AKE-Vorsitzende, Erlanger Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis bei einem Pressegespräch in München hervor. Ausdrücklich fordert der AKE von Bundesumweltminister Peter Altmaier, einen Masterplan zu entwickeln, um die „Herkulesaufgabe Energiewende“ mit ihren Problemen und Herausforderungen zu bewältigen.

„Wir verschließen nicht die Augen vor den anstehenden Aufgaben, sondern gehen diese offensiv an“, erklärte Balleis. Insgesamt ist der AKE mit dem Verlauf der Energiewende in Bayern zufrieden: Man sei momentan sogar vor dem ursprünglich angestrebten Zeitplan. Zu den Energiekosten konnte Balleis keine exakten Angaben machen: „Dass diese Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben ist, ist glaube ich klar“, meinte der Erlanger OB.

würden jeweils verschiedene Betroffene der Strompreissteigerungen identifiziert, fuhr der Vorsitzende fort. Die Wirtschaft beispielsweise beklage, dass Deutschland über einen der höchsten Strompreise in Europa verfüge. Dabei werde aber häufig verschwiegen, dass die Energiekosten des produzierenden Gewerbes laut Statistischem Bundesamt nur 2,3 % der Gesamtkosten betragen und die stromintensive In-

dustrie von der Zahlung der EEG-Umlage befreit ist.

Netzausbau

Mit Blick auf den schleppenden Ausbau der Netze wies Balleis darauf hin, dass von den vor-



Dr. Siegfried Balleis.

aussichtlich knapp 2.000 Kilometer benötigten neuen Leitungen bis Ende des Jahres 2012 ge-

rade 250 Kilometer gebaut waren. Erfreulicherweise seien allerdings im Dezember 2012 die Bundesländer und die Bundesregierung übereingekommen, die Planfeststellungsverfahren für die großen, länderübergreifenden Stromtrassen an die Bundesnetzagentur abzugeben.

Flexibilisierung

Die Modernisierung und der Ausbau von Verteil- und Übertragungsnetzen ist laut Balleis genauso wichtig wie die intelligente Flexibilisierung und Steuerung der Stromnetze durch Smart Grid, Smart Meter und Smart Home. Eine vorausschauende Abstimmung beim Netzausbau zwischen den Kraftwerksplanern und den Netzbetreibern sei zwingend erforderlich. Die für Bayern eminent wichtige Thüringer Strombrücke müsse zeitgerecht fertig gestellt werden. Da der Ausbau der Energienetze im Wesentlichen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen erfolgt, seien die Betroffenen durch geeignete Bürgerbeteiligungen einzubinden.

Energiespeicherung

Bisher war die Energie für die Stromerzeugung in fossilen Brennstoffen oder im Kernbrennstoff gespeichert und konnte jederzeit (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Gemeindetag:

Gelebte Selbsthilfe

Ihren Willen zur Förderung und Stärkung von Sozialgenossenschaften, d. h. Dorfladen-, Stadtteil- und Nachbarschaftshilfegenossenschaften sowie Betreuungs-, Mehrgenerationen- und Seniorenwohngenosserenschaften, haben Präsidiums- bzw. Vorstandsmitglieder des Bayerischen Gemeindetags und des Genossenschaftsverbands Bayern bekundet.

Wie Prof. Dr. Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident des Genossenschaftsverbands darlegte, biete sich das Genossenschaftsmodell geradezu ideal für diese Art von gelebter Selbsthilfe an. Stabilität und Insolvenzrisiko zeichnen Genossenschaften aus.

Laut Josef Mend, Erster Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags, sind Sozialgenossenschaften eine besonders innovative Form organisierter bürgerschaftlicher Selbsthilfe. Sie könnten Lösungsmöglichkeiten für eine Vielzahl an Lebensbereichen bieten, beispielsweise für die soziale Infrastruktur in Gemeinden mit Abwanderung oder im Seniorenbereich. „Das ist gelebte Selbsthilfe, die wir nachdrücklich unterstützen.“

Verantwortung für das Flächensparen

Gewürdigt wird vom Bayerischen Gemeindetag zudem das stete Bemühen bayerischer Gemeinden und Städte um eine verringerte Überplanung von Außenbereichsflächen. Nach den Worten von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl sind sie sich ihrer Verantwortung für das Flächensparen bewusst. Im Bundesdurchschnitt gesehen versiegeln bayerische Gemeinden und Städte am wenigsten Fläche.

Für Siedlung und Verkehr liegt Bayern beim Anteil der versiegelten Fläche bei 11,2 Prozent, Nordrhein-Westfalen hat einen Anteil von 22,6 Prozent, das Saarland von 20,8 Prozent, Hessen von 15,2 Prozent, Baden-Württemberg von 14,2 Prozent und der Bundesdurchschnitt beträgt 13,9 Prozent.

„Der vor allem von Naturschutzverbänden immer wieder erhobene Vorwurf, die Städte und Gemeinden würden die schöne bayerische Landschaft durch ungebremste Versiegelung zer-

stören“, entbehrt Brandl zufolge jeglicher Grundlage. Man könne nicht nach mehr zahlbarem Wohnraum rufen und gleichzeitig den Gemeinden verbieten, von ihrer kommunalen Planungshoheit für die Schaffung von Wohnraum Gebrauch zu machen.

Praxisgerechtes Baugebot

Da man unbebaute Innenbereichsgrundstücke nicht einfach enteignen oder mit einer höheren Steuer belegen kann, bleibe in manchen Fällen kein anderer Weg, als am Ortsrand Baugebiete auszuweisen. „Wer etwas anderes will, muss den Gemeinden und Städten die entsprechenden Instrumentarien zur Verfügung stellen“, betonte der Verbandschef. Denkbar wäre nach seinen Überlegungen eine Besteuerungsmöglichkeit brachliegender Grundstücke oder ein praxisgerechtes Baugebot. **DK**

Stromkosten im Fokus

In den vergangenen Monaten hat sich die politische Diskussion über die Energiewende, gerade im Hinblick auf die Stromkosten, deutlich verändert. Kaum mehr ist die Rede davon, dass der Ausstieg der Kernenergie eine Entscheidung von weitgehend gesellschaftlichem Konsens war, bemerkte Balleis. Im Gegensatz dazu werde jetzt der Anstieg der Stromkosten massiv ins Visier genommen. Dies sei umso verwunderlicher, als der Strompreis schon seit dem Jahr 2000 über 60 %, d. h. jahresdurchschnittlich um je 4 %, angestiegen ist. „Dies verdeutlicht, dass der Endverbraucherstrompreis im letzten Jahrzehnt weitgehend unabhängig von der Entscheidung, aus der Kernenergie auszustiegen, entstanden ist.“

In der öffentlichen Diskussion

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Region Allgäu im Haus der bayerischen Landkreise:

Paradebeispiel für bayerische Zukunftskraft

Ausstellung mit Aktivprogramm

Mit einer Symbiose aus Tradition, Mächlertum und Innovation präsentiert sich das Allgäu seit kurzem im Haus der Bayerischen Landkreise in München. Erstmals zeigt sich dort eine gesamte Region - die vier Landkreise Ostallgäu, Unterallgäu, Lindau und Oberallgäu sowie die drei kreisfreien Städte Kempten, Memmingen und Kaufbeuren.

Feierlich eröffnet wurde die Ausstellung vom Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Jakob Kreidl, dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Thomas Kreuzer, MdL und dem Oberallgäuer Landrat und Aufsichtsratsvorsitzenden der Allgäu GmbH, Gebhard Kaiser.

Wohlfühldestination

Letzterer wies darauf hin, „dass wir uns in München als alpin geprägte Wohlfühldestination präsentieren wollen, als eine Region, die sich für nachhaltiges Wirtschaften und gesundes Leben einsetzt und damit fit für die Zukunft ist.“

Nach den Worten von Präsident Kreidl „sollen die Münchner neugierig aufs Allgäu werden“ und so sorgen ausgefallene Aktivitäten und Gewinne für Abwechslung. Mit Kupferkesseln, Milch und Zubehör reist Georg Gründl, Senn und Leiter der Käseschule Thalkirchdorf am 5. Juli nach München. Zehn Münchner Paare können so einmal selbst Käse herstellen und erfahren aus Meister-

hand, was für den guten Geschmack nötig ist.

Höhepunkt dürfte ein Spieleabend mit den beiden Erfolgsautoren Michael Kobr und Volker Klüpfel sein. Am 3. August kommen Besucher in den Genuss, mit den beiden Autoren die Spiele „Sautall“ und „Jagdfieber“ rund

um Kommissar Klüfingler zu bestreiten.

Industrietradition

Kreidl zufolge vereint die Marke „Allgäu“ landwirtschaftlich herausragende Naturräume mit Industrietradition. Man sei sich bewusst, dass neben dem Tourismus und einer starken Landwirtschaft das Allgäu auch als Standort für Industriebetriebe von besonderer Bedeutung ist. „Nur wer Arbeitsplätze bietet, wird die junge Bevölkerung halten können und so ein attraktiver Standort (Fortsetzung auf Seite 4)



V. l.: Eberhard Rotter, MdL; Thomas Kreuzer, MdL, Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei; Gebhard Kaiser, Aufsichtsratsvorsitzender der Allgäu GmbH und Landrat des Landkreises Oberallgäu; Ulrike Müller, MdL, gemeinsam mit Jakob Kreidl, Präsident des Bayerischen Landkreistags und Landrat des Landkreises Miesbach.

Neues von Sabina

Deutschland scheint sich, wie auch andere europäische Länder, in Bezug auf Arbeit im Alter immer weiter zu spalten. Tatsache ist: Die modernen Alten sind so fit und leistungsfähig wie noch nie. Starre Altersgrenzen müssen fallen. Das sollte auch für Kommunalpolitiker gelten, meint der Bürgermeister. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Ärztmangel und Generationswechsel	Seite 2
Jugend forscht 2013: Landessieger stehen fest	2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Sparsames Wirtschaften und Ausgabentransparenz	3
Städtetag: „Bayern ist es wert, sich Gedanken zu machen“	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-8
Kommunaler Bau · Spielplätze	8-10
Wasser · Abwasser	10-11
Kommunalfahrzeuge	12-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Dramatischer Anstieg der Internetkriminalität

Bedrohung entschlossener bekämpfen

Mit einem „Cyberallianz-Zentrum Bayern“ beim Landesamt für Verfassungsschutz will Innenminister Joachim Herrmann (CSU) der immer stärker steigenden Gefahr aus dem Internet entgegen treten. Ab Juli wird damit dem dramatischen Anstieg von Straftaten begegnet, der Wirtschaft, staatliche und kommunale Behörden sowie Privatpersonen beunruhigt, schädigt und terrorisiert. „Wir müssen diese Bedrohungen noch entschlossener bekämpfen“, kündigte der Minister in einer Regierungserklärung im Landtag an. Der Staat habe eine Schutzpflicht gegenüber allen Bürgern.

Die mit Computern im Internet verübte Kriminalität stieg letztes Jahr in Bayern um neun Prozent auf 11055 Fälle. Die Dunkelziffer sei riesig, weil viele sich als Unternehmer keine Blöße geben oder als Privatpersonen Peinlichkeiten vermeiden wollten. Der Schaden geht nach den bisherigen Erkenntnissen in die Milliarden. Herrmann forderte eine Meldepflicht für Angriffe auf Betreiber wichtiger Infrastrukturen. „Schadsoftware, Virenprogramme und Trojaner können Kraftwerke, Stromnetze, Telekommunikationsnetze oder auch Banken stören oder sogar lahm legen.“ Die Polizei soll zunächst weitere 25 beim Landeskriminalamt ausgebildete Informantiker bekommen und so die Zahl der „Cybercops“ verdoppeln.

500-Millionen-Programm

Hintergrund ist auch das von Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) eingeleitete 500-Millionen-Förderprogramm für die raschere Einführung des schnellen Internets. Die Kommunen sollen den Breitbandausbau zum Schwerpunkt machen. Aber auch Hand-

werk, kleine Unternehmen und Landwirtschaft seien gerade in den Dörfern sonst nicht mehr lebensfähig.

Hervorragend gerüstet

Für die Regierungsparteien bekundeten Florian Herrmann (CSU) und Andreas Fischer (FDP) die grundsätzliche Übereinstimmung mit der Bewertung der Situation und die angekündigten Maßnahmen des Innenministers. Man sei „hervorragend gerüstet“. Fischer warnte

indessen davor, die Bedrohung durch die moderne Technik zum Werk des Teufels zu machen. Das Internet sei eine der größten Entwicklungen der Menschheit.

Spezialisten benötigt

Die Opposition fand die Worte des Ministers „ziemlich hohl“. Herrmann koche mit seinen angekündigten Maßnahmen „noch nicht einmal mit Wasser“. Es sei „nicht ein Hauch an Innovation“ zu spüren, befand Harald Schneider (SPD). Susanna Tausendfreund (Grüne) bewertete die neuen Initiativen als Zustandsbeschreibung ohne neue Maßnahmen und als Ausdruck von Hilflosigkeit. 50 neue Experten seien viel zu wenig. Die Politik müsse alle Instrumente in die Hand bekommen, die sich die Fachleute wünschen. Andererseits sei es nicht die Aufgabe des Verfassungsschutzes, die Interessen der Wirtschaft wahrzunehmen.

Bernhard Pohl (FW) stimmte zu, es seien mehr Spezialisten mit besonderer Ausbildung und Sachausstattung vonnöten. Dringend geboten sei die Regelung der Vorratsdatenspeicherung. Hier müsse der Bund neues Recht setzen. **rm**

Die GBW-Wohnungen sind verkauft

Bemühungen um bessere Verträge für 32.000 Mieter gescheitert

Am Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GBW an den privaten Immobilienkonzern Patrizia scheint nichts mehr zu ändern, um den Eigentümerwechsel für die rund 88.000 Mieter in fast 32.000 Wohnungen zukunftsicherer zu gestalten. Zu diesem Ergebnis sind in hitzigen Kontroversen Staatsregierung und Koalition einerseits sowie andererseits die Opposition und das schon beim Verkaufspreis unterlegene kommunale Bieterkonsortium unter Federführung des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude (SPD) gekommen. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) gab den Versuch auf, über eine Beteiligung der Bayerischen Landesstiftung am Patrizia-Konzern für die Mieter eine gesicherte Zukunft zu erreichen.

Über eine Beteiligung der Landesstiftung mit 50 Millionen Euro am Kaufpreis von 2,453 Milliarden Euro (einschließlich der GBW-Schulden von 1,571 Milliarden) sollte erreicht werden, den Mietern größere und zeitlich über fünf Jahre hinaus reichende Sicherheiten durch Ergänzungen der Mietverträge zu verschaffen. Das hatte Finanzminister Markus Söder (CSU) verkündet, als die SPD-Fraktion unter dem Motto „GBW: Mieterinnen und Mieter verraten und verkauft“ im Landtag eine Aktuelle Stunde durch-

zog. Die Staatsregierung hätte mit der EU-Kommission den eigenen Kauf der GBW aushandeln können.

Streit um Rechtssituation

Söder widersprach. Die EU habe der Bayerischen Landesbank (BLB) den Verkauf vorgeschrieben, um die 10 Milliarden Euro Staatskredit zurückzuzahlen, den sie 2008 nach Zusammenbruch ihrer Tiroler Tochterbank HGAA bekommen hatte. Ein staatlicher Kauf sei rechtlich nicht mög-

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Ärztlemangel und Generationswechsel

Der Deutsche Landkreistag hat die Politik aufgefordert, die Krankenhäuser gerade im ländlichen Raum besser als bisher zu unterstützen sowie dem Problem des Ärztemangels wirksam zu begegnen. Wie DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré nach einer Präsidiumssitzung in Wetter an der Ruhr hervorhob, müssten gerade im ländlichen Raum die Krankenhäuser finanziell so ausgestattet sein, dass sie auch ohne die Erbringung zusätzlicher Leistungen ihren Versorgungsauftrag erfüllen können. Die Krankenhäuser benötigen noch im laufenden Jahr eine substanzelle Soforthilfe.

Darüber hinaus ist Duppré zufolge der Ärztemangel auf dem Land „heilbar, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen und insbesondere die Landkreise besser in die Versorgungsplanung einbezogen werden. Ein kraftvolles gemeinsames Agieren fehlt bislang.“

Kernbereich

Die stationäre medizinische Versorgung sei seit Jahrzehnten ein Kernbereich der gesundheitlichen Verantwortung der Landkreise. Hieran habe sich trotz der aus finanziellen Gründen in man-

chen Fällen erfolgten Abgabe von Kreiskrankenhäusern an private oder freigemeinnützige Träger nichts geändert. „Die Krankenhäuser in den Landkreisen gewährleisten eine flächendeckende Versorgung mit stationären medizinischen Leistungen, insbesondere der Grundversorgung, die rund um die Uhr und ganzjährig zur Verfügung steht. Dies wird noch nicht hinreichend im Fallpauschalensystem honoriert“, bemängelte Duppré.

Infrastruktur erhalten

Im Rahmen der Krankenhausinvestitionen leisteten in vielen Ländern auch die Landkreise einen erheblichen Beitrag. „Für die Länder gilt, dass es einer deutlichen Aufstockung der Landesmittel für Krankenhausinvestitionen bedarf, um die Infrastruktur auf einem angemessenen Niveau zu halten.“

Grundversorgung

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, aber auch im Hinblick auf den zunehmenden Ärztemangel, käme den ländlichen Krankenhäusern der wohnortnahen Grund- und Regelversorgung eine besondere Bedeutung zu. „Dem dient es beispielsweise, wenn Leistungen der Grundversorgung im Fallpauschalensystem aufgewertet und hierdurch die höheren Vorhaltekosten für die Notfallmedizinische Akutversorgung im ländlichen Raum refinanziert werden oder wenn das Instrument der Sicherstellungszuschläge dadurch gestärkt wird, dass keine Anrechnung auf den Landesbasisfallwert erfolgt.“ Zudem dürfe der Orientierungswert zur Bemessung der Kostensteigerung im Krankenhausbereich nicht politisch bemessen werden, sondern müsse sich an den tatsächlichen Kostensteigerungen orientieren. **DK**

Darüber hinaus sprach Duppré das Problem des Ärztemangels an: „Bereits heute unterstützen die Landkreise zahlreiche Modellprojekte zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung der Menschen. So wurden mit Hilfe der Kommunen beispielsweise Pendel- bzw. Bürgerbusse und Ärztehäuser bzw. Gesundheitszentren eingerichtet sowie Projekte zur Delegation ärztlicher Leistungen durchgeführt.“ Um die Bedarfsplanung mit beeinflussen zu können, müsse bundesgesetzlich sichergestellt werden, dass die kommunale Ebene mit hinreichenden Mitwirkungs-befugnissen in den Landesaus-schüssen der Ärzte und Krankenkassen vertreten sei, so der DLT-Präsident.

Primärversorgung im Mittelpunkt

Der Bundesgesetzgeber müsse außerdem die Primärversorgung in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten rücken. „Vor allem bedarf es wirksamer Instrumente zur Bekämpfung der Unterversorgung insbesondere im hausärztlichen Bereich. Dazu kann auch die Pflicht gehören, Nachbesetzungsanträge grundsätzlich ablehnen zu müssen, wenn in einem Planungsbereich deutliche Überversorgung herrscht“, erklärte Duppré.

Präsident Duppré tritt nicht mehr an

Die Präsidiumssitzung diene auch dazu, einen Generationswechsel im Deutschen Landkreistag einzuleiten. Präsident Duppré (Südwestpfalz), der seit 2002 amtiert, kündigte an, im Frühjahr 2014 für eine weitere Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Da auch DLT-Vizepräsident Dr. Michael Ermrich (Harz) in den nächsten Monaten aus diesem Amt ausscheiden wird, gab das Präsidium des Deutschen Landkreistages eine einstimmige Empfehlung ab, Landrat Reinhard Sager (Ostholstein) ab Frühjahr 2014 zum Präsidenten des Deutschen Landkreistages zu wählen. Neuer Vizepräsident soll dann Landrat Joachim Walter (Tübingen) werden. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Mayer
89365 Röfingen
am 28.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Kreitmeir
85241 Hebertshausen
am 5.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Ballmann
97258 Hemmersheim
am 1.5.

Bürgermeister Otto Haslinger

84367 Reut/Tann
am 4.5.

Bürgermeisterin Claudia Kappes
97909 Stadtprozelten
am 29.4.

Bürgermeister Otto Probst

94264 Langdorf
am 30.4.

Bürgermeister Friedrich Moßmeyer

Oberdachstetten
am 1.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Armin Schärtl
92507 Nabburg
am 3.5.

Bürgermeister Karl Bley

93149 Nittenau
am 7.5.

Bürgermeister Georg Els

85659 Forstern
am 27.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Elisabeth Kersch
93109 Wiesent
am 7.5.

Bürgermeister Werner Schießl

84307 Eggenfelden
am 25.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Landeswettbewerb „Jugend forscht Bayern“ 2013:

Gewinner stehen fest

Zehn Jungforscher aus Bayern treten beim Jugend forscht-Bundesentscheid an

Die Gewinner des bayerischen Jugend forscht-Landeswettbewerbs stehen fest. In der Straubinger Joseph-von-Fraunhofer-Halle wurden die Landessieger in den Fachgebieten Arbeitswelt, Biologie, Chemie, Geo- und Raumwissenschaften, Mathematik/Informatik, Physik und Technik im Beisein von Staatssekretär Bernd Sibling, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, und Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender des Patenunternehmens E.ON Bayern, ausgezeichnet. Der diesjährige Jugend forscht Wettbewerb steht unter dem Motto „Deine Idee lässt dich nicht mehr los?“.

Unter 1.400 Jugendlichen haben sich in zehn bayerischen Regionalwettbewerben 83 Jugendliche mit insgesamt 57 Forschungsprojekten für die Teilnahme am Landeswettbewerb 2013 qualifiziert. Die Gewinner vertreten nun Bayern beim anstehenden Bundeswettbewerb in Leverkusen.

Für Kultusstaatssekretär Bernd Sibling sind die vielen Anmeldungen ein Beweis dafür, dass an Bayerns Schulen Forschergeist und Kreativität besonders gefördert werden. Das bayerische Kultusministerium unterstütze die Idee, Schülerinnen und Schüler verstärkt zum Forschen zu animieren, und stelle für die Wettbewerbsrunden von „Jugend forscht“ in Bayern so-

wohl personelle als auch finanzielle Mittel zur Verfügung. „Viele Schülerinnen und Schüler haben sich gemeinsam mit ihren Lehrkräften Gedanken zu Fragen des 21. Jahrhunderts gemacht. Sie haben hier in Straubing innovative Projekte und beeindruckende Lösungsansätze vorgestellt“, gratulierte der Staatssekretär.

Der Vorstandsvorsitzende des Patenunternehmens E.ON Bayern, Thomas Barth, betonte die gesellschaftliche Tragweite der Jugend forscht-Idee: „Erfolge und Fortschritte bei Forschung und Entwicklung sind in allen Lebensbereichen unverzichtbar. Um das zu gewährleisten, brauchen wir Forschergeist.“ So stehe E.ON Bay-



Die Landessieger freuen sich – zusammen mit E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzendem Thomas Barth (l.), Wettbewerbsleiterin Dr. Monika Christl (2. v. l.) und Staatssekretär Bernd Sibling (r.).

ern aktuell vor der Aufgabe, die Energiezukunft in Bayern mit zu gestalten. Das Zusammenspiel von Stromnetzen und dezentraler Energieerzeugung sei der Schlüssel für die Energieversorgung von morgen. Von daher arbeite das Unternehmen intensiv an Fortschritten in der Netztechnologie. Die Aufgabe, Zukunft zu gestalten, sei allgegenwärtig. E.ON Bayern stelle sich dieser Aufgabe auch mit einem umfangreichen gesellschaftlichen Engagement.

Erstplatzierte des bayerischen Landesentscheids 2013:
•Jakob Braun (16) aus Kleinst-

heim: Laurastro – Die ferngesteuerte Bremse fürs Lauftrad
•Laura Geyer (18) aus Innernzell: Farbsehen beim Goldfisch unter besonderer Beachtung der Tetrachromasie
•Gabriel Salg (18) aus Weibersbrunn: Supramolekulare Wirt-Gast-Komplexe als Fluoreszenzmarker in der Tumordiagnostik und –therapie
•Adrian Bali (15) aus Vilshofen: Numerische Berechnung von Planetenbahnen in Doppelsternsystemen
•Lennart Kleinwort (14) aus Zell: FreeGeo – Dynamische Geome-

trie optimiert für Tablet-PCs und Smartphones
•Kevin Höllring (18) aus Nürnberg: Sicherung von Daten mittels Delokalisierung in Rechnernetzen
•Korbinian Urban (18) aus Lengries: Kurzzeitfotografie mithilfe einer Flächenlichtschranke
•Maximilian Reif (17) aus Stadtbergen und Michael Stark (19) aus Mering: safeocopter – Der Quadrocopter mit der virtuellen Knautschzone
•Jonas Engelhard (17) aus Reichenschwand: Effizienzsteigerung von Kläranlagen durch Sedimentationsmessung. □

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Mittelfranken:

„Bayern ist es wert, sich Gedanken zu machen“

„Das Landesentwicklungsprogramm ist zu wichtig für Bayerns Zukunft, als dass man es im parlamentarischen Galopp um die Ecke treibt. Ein unfertiger Entwurf zur Landesentwicklung darf nicht mit Blick auf den Wahltermin im Herbst durch das Parlament gepeitscht werden“, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei der Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags in Herzogenaurach.

In Anwesenheit des Bezirksvorsitzenden der kreisfreien Verbandsmitglieder in Mittelfranken, Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung (Fürth), dem Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Mittelfranken, Erstem Bürgermeister Alfons Brandl (Herrieden), Erstem Bürgermeister Dr. German Hacker (Herzogenaurach) sowie Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, wies Vorsitzender Maly darauf hin, dass bei der Anhörung des Bayerischen Landtags zum LEP im März der Bayerische Städtetag zusammen mit vielen weiteren Verbänden, nicht zuletzt dem Bayerischen Handwerkstag und dem Handelsverband Bayern, vor einer überhasteten Verabschiedung des LEP gewarnt habe. Maly zufolge darf man „bei der Landesentwicklung nichts übers Knie brechen“.

Strenges Anbindungsziel

Die damalige Staatsregierung habe sich 2006 unter Federführung von Wirtschaftsminister Erwin Huber bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) für ein strenges Anbindungsziel entschieden, damit Gewerbegebiete nicht mehr unbedacht in der Fläche angesiedelt werden können. Maly: „Wer nun wieder Lockerungen fordert, bringt das einmalige Weichbild der bayerischen Landschaft endgültig in Gefahr. Landesplanung ist kein Teufelszeug des Dirigismus, sondern will eine geregelte Entwicklung des Landes sichern.“

Landesentwicklung benötige Regeln wie ein konsequentes Anbindungsziel, damit Bayern nicht unter architektonischer Beliebigkeit, betonierter Lieblosigkeit und asphaltierter Hässlichkeit untergeht. Maly: „Unser Bayern ist es wert, sich Gedanken zu machen. Wir wollen keine Verhältnisse wie in den USA

oder in Norditalien mit wuchernenden Siedlungsgeschwüren mit Einkaufszentren am Ortsrand und Wildwuchs von Industrie mitten im Grünen. Das Anbindungsgebot dämmt eine weitere Zersiedelung ein.“

Mit Blick auf die EU-Richtlinie zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen meinte der Städtetagschef: „Die Europäische Kommission darf die Wasserversorgung in kommunaler Hand nicht der Liberalisierung opfern. Wasserversorgung ist ein elementarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Trinkwasser ist keine Ware, sondern ein Lebensmittel für alle.“ Es gehe zwar nicht um eine Zwangsprivatisierung, aber um die Öffnung einer Hintertür: Die EU-Kommission öffne mit der Konzessionsrichtlinie Konzernen einen Zugang zur Daseinsvorsorge.

Auch wenn der französische EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier immer wieder abwiegelt, bleibt laut Maly die Furcht begründet: „Hier wird die Tür einen Spalt geöffnet, um mit der Wasserversorgung einen elementaren Teil der kommunalen Daseinsvorsorge der Privatisierung zu öffnen. Die Tür braucht überhaupt nicht geöffnet zu werden – nicht einmal auch nur einen kleinen Spalt. Denn wenn jetzt die Tür einen Spalt offen bleibt, kann sie in der Zukunft sperrangelweit aufgestoßen werden.“

Dem breiten Bürgerwillen Rechnung tragen

Selbst wenn Kommissar Barnier sich inzwischen zu bewegen scheint, bleibt Maly zufolge festzuhalten: „Die Trinkwasserversorgung darf nicht unter die Konzessionsrichtlinie fallen. Die Kommunen erwarten, dass die bayerischen EU-Abgeordneten keiner Richtlinie zustimmen, welche die Wasserversorgung einbezieht.“

Dies gelte auch für Bundeswirtschaftsminister Rösler, der Deutschland im EU-Rat repräsentiert. Die Kanzlerin müsse bei Abstimmungen auf EU-Ebene dem breiten Bürgerwillen gegen eine Wasser-Privatisierung Rechnung tragen.

Stichwort Energiewende: „Wer mit vielen Beteiligten ein Großprojekt umsetzen will, braucht Klarheit: Der Bund muss zusammen mit Ländern, Kommunen, Stadtwerken und Energieversorgern ein Gesamtkonzept für die Energiewende erarbeiten“, erklärte Ulrich Maly. Die Energiewende könne nur funktionieren, wenn ein integriertes Energiemarktdesign einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Belangen schafft, das die Versorgung sichert und den Strom bezahlbar hält.

Paradigmenwechsel

Wie der Verbandsvorsitzende darlegte, „bedeutet die Energiewende einen Paradigmenwechsel“: „Erstens beschreiben wir einen Weg aus der Atomtechnologie und treiben den Ausbau von regenerativen Energien voran. Zweitens müssen wir strukturell umdenken, von einer zentralen Versorgung mit Atomkraftwerken zur dezentralen Versorgungsstruktur mit Kleinkraftwerken aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse oder Geothermie.“

Bislang lieferten einige zentrale Kraftwerke die Grundlast über ein Einbahnnetz für das ganze Land, nun müsse das Stromnetz in ein fein differenziertes Nervensystem erweitert werden, das viele dezentrale Versorger flexibel einbindet. Dies sei eine Herausforderung für das Stromnetz und die Netzsteuerung. Maly: „Drittens bringt die Dezentralität eine Herausforderung für die Raumordnung: neue Strukturen für Kraftwerke und Netze müssen geplant sein, wir brauchen neue Speicherkapazitäten, Netzausbau und Netzausbau.“

Um Netze vor dem Zusammenbruch zu schützen, sprach sich Maly dafür aus, die Anreizregulierung so zu gestalten, dass kommunale Energieversorger über Investitionsanreize für ihre Verteilnetze verfügen. **DK**

Kommunale Spitzenverbände zur Verkehrsministerkonferenz:

Finanzierungsstau im Verkehrsbereich auflösen

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen, dass die Verkehrsminister der Länder darüber beraten, wie mehr Mittel für Straßen, Schienen und Wasserstraßen bereitgestellt werden können. Die Erhaltung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist nach Auffassung des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes eine Zukunftsaufgabe für Bund, Länder und Kommunen in Deutschland.

Die Länder setzen sich bei der Verkehrsministerkonferenz mit dem so genannten „Daehre-Bericht“ zur Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung in Deutschland auseinander. Der Bericht wurde im Dezember 2012 veröffentlicht und zeigt eindrucksvoll die strukturelle Unterfinanzierung der Verkehrswege in Deutschland auf.

Im Bereich des kommunalen Straßenbaus beziffert der Bericht das Defizit auf jährlich ca. 2,2 Milliarden Euro. Auch der ÖPNV ist mit jährlich 600 Millionen Euro unterfinanziert. „Vor allem muss die Verkehrsinfrastruktur von Städten, Kreisen und Gemeinden finanziell nachhaltig gesichert werden. Die zur Verfügung stehenden Mit-

tel gilt es noch effizienter zu verwenden. Hierzu dient auch eine Konzentration auf die Erhaltung des bestehenden Straßensystems“, so die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Ude (München), Landrat Hans-Jörg Duppre (Südwestpfalz) und Oberbürgermeister Christian Schramm (Bautzen).

Lkw-Maut auf alle Straßen ausweiten

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen, dass sich die Länder mit den Vorschlägen der Kommission auseinandersetzen. Diese

sehen vor, neben Haushaltsmitteln auch Investitionshilfen des Bundes beizubehalten und die Nutzerfinanzierung auszudehnen. Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände plädieren ausdrücklich dafür, die Lkw-Maut auf alle Straßen auszuweiten. Dies würde die Verbindung zwischen Straßennutzung und -belastung angemessen wiedergeben. „Die zusätzlichen Mittel aus der Lkw-Maut müssen dann aber auch der Verkehrsinfrastruktur zufließen und in angemessenem Umfang für den Sanierungsbedarf der Kommunen zur Verfügung stehen.“

Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen deshalb eine Lösung, die dauerhaft und wirksam der Unterhaltung der Verkehrswege dient. Die Arbeit der von den Ländern eingesetzten Kommission sollte nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände fortgeführt werden, um Vorschläge für die Umsetzung der zukünftigen Verkehrsfinanzierung auf den Tisch zu legen. **□**

GZ

Kolumne
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

auch wenn die Haushalte für 2014 in den meisten Kommunen erst zum Jahresende beschlossen werden, beginnt in den Verwaltungen jetzt schon das Rechnen und Planen. Dabei geht es um zweierlei: Wieviel Geld muss für die vernünftige, aber sparsame Erledigung der Aufgaben aufgewandt werden? Wie hoch werden deshalb die voraussichtlichen Ausgaben sein? Genauso wichtig ist aber: Mit welchen Einnahmen können wir rechnen? Die Bezirkshaushalte werden gespeist aus der Bezirksumlage. Deren Berechnung für das Jahr 2014 ergibt sich aus dem Steueraufkommen 2012. Der Freistaat trägt außerdem über den Artikel 15 FAG Ausgleichszahlungen für die Sozialhilfebelastun-



Jahren ist das Steuervolumen damit erstmals wieder gestiegen. Die Umlagekraftzahl 2013 ist auf einem historischen Höchststand und hat den bisherigen Spitzenwert von 2009 erstmalig überschritten. Allerdings erhält der Bezirk Oberbayern für 2013 aus dem Topf des kommunalen Finanzausgleichs nur 104,75 Millionen Euro. Das sind gut 24 Millionen weniger als im Vorjahr. Hintergrund ist ein Verteilungsschlüssel, der die in den anderen sechs Bezirken weniger stark angestiegene Steuerkraft berücksichtigt. Aufgrund der Steuerkraftsteigerung waren wir für 2013 in der glücklichen Lage, eine Umlagenkung um 2,8 Punkte auf jetzt 22 Punkte beschließen zu können.

Wichtig ist mir persönlich dabei immer, dass wir eine gewisse Kontinuität wahren. Das scheint nach jetzigem Ermessen möglich, auch wenn die ersten Trendberechnungen der Steuerkraft 2012 ein deutliches Abflachen des Volumenanstiegs vermuten lassen. Die anderen Bezirke werden mutmaßlich höhere Steigerungsraten im Steueraufkommen als Oberbayern zu verzeichnen haben und ziehen damit in der positiven Entwicklung, die bei uns bereits im letzten Jahr eingetreten war, nach.

Sparsames Wirtschaften und Ausgabentransparenz

gen. In Oberbayern lagen diese in den letzten Jahren bei etwa 11 Prozent Deckungsbeitrag.

Im Mittelpunkt steht natürlich, dass wir unsere Aufgaben, vor allem im Sozialbereich, verantwortungsbewusst gestalten und an dem Bedarf des Einzelnen ausrichten. Die Kosten - insbesondere in der Eingliederungshilfe - nehmen weiterhin zu, prozentual am stärksten bei den Hilfen zur Schulbildung (z. B. Schulbegleitung, integrative Kindertageseinrichtungen und Schulgeld). Dies ist für mich ein positives Zeichen dafür, dass wir von Inklusion nicht nur reden, sondern sie auch umsetzen. Dennoch muss die finanzielle Entwicklung kalkulierbar bleiben.

Mein Ziel als Bezirkstagspräsident ist es, dass die Ausgaben des Bezirks transparent für seine Umlagezahler sind. Ich weiß, wir sind momentan in einer recht komfortablen Situation: Unserer Haushalt 2013 liegt eine Umlagekraftsteigerung um 13,16 Prozent zugrunde. Dies entspricht über 610 Millionen Euro. Nach drei rückläufigen

Die Ausgabenentwicklung im Sozialbereich scheint sich im kalkulierten Rahmen zu bewegen: Im Juli, wenn ich die Oberbürgermeister und Landräte aus unserem Bezirk wieder nach München einlade, um über die aktuellen Prognosen zur Bezirksumlage 2014 zu berichten, werden sich diese Berechnungen hoffentlich verdichtet haben. Dies ist ohnehin ein Kernpunkt meines sehr kommunal geprägten Selbstverständnisses: Der Austausch mit Landräten und Bürgermeistern hat großes Gewicht; Transparenz der Ausgaben gegenüber den Umlagezahlern und aktive Information haben Priorität. Als ehemaligem langjährigen Bürgermeister und Kreisrat ist mir der Schulterschluss der drei kommunalen Ebenen ein persönliches Anliegen.

Ihr Josef Mederer
Bezirkstagspräsident von Oberbayern

VIER STARKE PARTNER FÜR EINE GUTE SACHE.

Seit 20 Jahren setzt sich Sternstunden für notleidende Kinder und Jugendliche ein. Und ebenso lang wird die Benefizaktion des Bayerischen Rundfunks von der BayernLB, den bayerischen Sparkassen, der Versicherungskammer Bayern und der LBS Bayerische Landesbausparkasse unterstützt. Mehr als 2.200 Kinderhilfsprojekte wurden seit der Gründung von Sternstunden gefördert. Viele weitere werden folgen. Wir, die Partner von Sternstunden, sagen Danke für die großartige Arbeit. Wir sind stolz, dabei zu sein. → www.sternstunden.de

20

JAHRE
STERNSTUNDEN.



Wirtschaftsminister Zeil zu Frühjahrsgutachten:

„Aufschwung ist intakt“

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil zeigt sich angesichts der mittelfristig deutlich angehobenen Wachstumsprognosen der führenden Forschungsinstitute weiterhin zuversichtlich. „Das Frühjahrsgutachten bestätigt, dass die Wachstumskräfte in Deutschland intakt sind. Bayern wird hierzu mit seiner starken und internationalen wettbewerbsfähigen Industrie einen Beitrag leisten. Ich rechne im Freistaat 2013 mit einem Wachstum von gut einem Prozent und halte eine deutliche Steigerung 2014 für realistisch. Mit der kraftvollen Frühlingssonne werden wir die konjunkturelle Durststrecke des trüben Winters nun hinter uns lassen“, ist Zeil überzeugt.

Laut den Prognosen der Institute ist für dieses Jahr in Deutschland mit einem Wachstum von 0,8 Prozent und 2014 mit einem deutlichen Wachstumsimpuls von 1,9 Prozent zu rechnen.

Zeil warnt allerdings davor,

mit Steuererhöhungsgorgien, wie von der Opposition anvisiert, den Aufschwung aufs Spiel zu setzen. „Wir müssen mit Vor- und Nachsicht für Investitionen und Innovationen die Weichen für Wachstum und Beschäftigung stellen.

Bayerische Allianz für starken Klimaschutz

Start der 6. Bayerischen Klimawoche

Der Freistaat Bayern plant als Beitrag zum Klimaschutz unter anderem, bis 2021 den Wärmebedarf in öffentlichen, privaten und gewerblichen Gebäuden um 20 Prozent zu reduzieren. Das betonte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber anlässlich des Starts der 6. Bayerischen Klimawoche in Pfaffenhofen: „Wir können unsere Klimaziele erreichen und gleichzeitig die Energiewende erfolgreich umsetzen. Dazu müssen wir gemeinsam anpacken. Jeder kann seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten: Jeder Beitrag zählt.“

Bayern hat ambitionierte Klimaziele: Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr auf deutlich unter 6 Tonnen gesenkt werden. Als Vorreiter beim Klimaschutz hat Bayern bereits 2009 als erstes Bundesland eine Klima-Anpassungsstrategie entwickelt. Huber: „Der Klimawandel ist ein globales Problem mit regionalen Konsequenzen. Er erfordert daher Lösungen vor Ort, aber auch den Einsatz des Bundes. Der Bund ist insbesondere gefordert, den Energie- und Klimafonds langfristig mit ausreichenden Mitteln auszustatten.“

Gebäudesektor

Besonderes Augenmerk im Freistaat wird auf den Gebäudesektor gelegt, denn rund 40 Prozent des Gesamtenergieeinsatzes sowie 35 Prozent der CO₂-Emissionen entfallen auf Gebäude. Bayern geht hier mit gutem Beispiel voran: Zukünftig entstehen neue Verwaltungsgebäude regelmäßig auf Basis des Passivhausstandards. Mit einem Sonderpro-

gramm von 150 Millionen Euro wurden außerdem in den Jahren 2008 bis 2011 rund 450 staatliche Gebäude energetisch saniert. Dadurch konnten jährliche CO₂-Emissionen von über 32.000 Tonnen eingespart werden. Im Freistaat werden damit jedes Jahr über 105 Millionen Kilowattstunden weniger Energie verbraucht.

Großes Engagement

Für den Klimaschutz sei aber flächendeckend großes Engagement nötig, für das breit geworben werden müsse. Huber: „Klimaschutz braucht starke Partner, die als Multiplikatoren wirken und Klimaschutzprojekte vor Ort umsetzen. In der Klima-Allianz Bayern haben sich 22 Partner aus der Mitte der Gesellschaft zusammen geschlossen. Die Bayerische Klimawoche ist ein gemeinsames Erfolgsmodell für gelebten Klimaschutz.“ Ziel ist es, die Menschen mit vielfältigen Aktivitäten für den Klimaschutz und den verantwortlichen ökologischen Umgang

Paradebeispiel für...

Fortsetzung von Seite 1
bleiben“, so der Verbandspräsident.

Laut Staatsminister Thomas Kreuzer steht das Allgäu heute so gut da wie kaum eine andere Region in Bayern und Deutschland: „Wir sind Bauernland Nummer eins. Wir sind erfolgreicher Wirtschaftsstandort und attraktives Urlaubsland. Das Allgäu steht für Lebensqualität, für Nachhaltigkeit, für Produkte aus der Heimat und für Zukunftskraft. Unsere Landwirte produzieren Spitzenqualität in bester Tradition. Allgäuer Bergkäse und Allgäuer Emmentaler sind Exportchlagere von internationalem Ruf. Und wir sind führend in der Lebensmittel- und Verpackungstechnologie.“

Tourismus mit starkem Wachstum

Zudem boome der Tourismus und wachse stärker als im übrigen Bayern. „Urlaub auf dem Bauernhof“ werde immer beliebter und sei für viele kleinere Höfe ein wichtiges zweites Standbein.

Darüber hinaus habe König Ludwig II. mit seinem Märchenschloss Neuschwanstein dem Allgäu noch eine zusätzliche Attraktion verschafft.

Niedrige Arbeitslosigkeit

Dass das Allgäu - wie ganz Schwaben - zu den Aufsteigerregionen im Freistaat zählt, belege die niedrige Arbeitslosigkeit: Oberallgäu 3,4 Prozent, Lindau 3,3 Prozent, Ostallgäu 3,1 Prozent und Unterallgäu 2,4 Prozent (Stand: März 2013). „Dies ist deutlich unter dem bayerischen Durchschnitt von 4,2 Prozent - von Deutschland ganz zu schweigen“, machte Kreuzer deutlich.

Ausbau der Infrastruktur

Kontinuierliche Verbesserungen mahnte der Minister beim Ausbau der Infrastruktur, u. a. beim vierspurigen Ausbau der Bundesstraße 12 von Kempten nach Buchloe, an. Das Allgäu müsse noch besser an den Fernverkehr angeschlossen werden. Bei der Schieneninfrastruktur

Die Bayerische Staatsregierung wird deswegen am bewährten Dreiklang aus Sparen, Tilgen und gezielten Investitionen festhalten. Das ist das richtige Signal für den Standort“, betont Zeil.

Finanzstabilisierung

Darüber hinaus müsse die Mahnung der Ökonomen ernst genommen werden, die Stabilisierung der Staatsfinanzen überall in Europa auf einen tragfähigen Boden zu stellen. „Bayern geht mit der Tilgung von 2,5 Milliarden Euro Altschulden mit gutem Beispiel voran. Solide Haushalte quer durch Europa wird es aber nur geben, wenn die Staaten für ihre Ausgaben auch selbst haften müssen“, erklärt der Wirtschaftsminister. Das gleiche gelte bei Bankenrettungen für die Eigentümer und Gläubiger maroder Geldhäuser. □

Aktivsenioren Bayern e.V.:

Stärkung der Regionen

In Zukunft werden nur noch drei statt bisher fünf Vorstände der Geschäfte der Aktivsenioren führen. Die Verschlinkung der Führungsstruktur geht Hand in Hand mit einer Stärkung der 10 Regionen, die zukünftig selbständiger arbeiten und mehr Verantwortung übernehmen werden. Der Zentralvorstand wird sich auf wichtige Strategie- und Koordinierungsaufgaben sowie die Führung der Finanzen beschränken. Als ersten Vorsitzenden hat die Mitgliederversammlung Herrn Dr. Peter Ramm, bisher Regionalleiter von München/Umland gewählt. Zum neuen Finanzvorstand ist Herr Franz Griesser und zur Schriftführerin Frau Helga Retsch-Preuss bestellt worden. Frau Retsch-Preuss, die sich auch um Organisationsfragen kümmert, ist in der fast 30-jährigen Geschichte der Aktivsenioren die erste Frau im Vorstand.

Der Jurist Ramm (72), der als Student in München, Brüssel und New York internationale Erfahrung gesammelt hat, hat sein gesamtes Berufsleben bei Siemens verbracht, zuletzt als Berater aller europäischen Personalabteilungen des Unternehmens. 2007 wurde er Mitglied der Aktivsenioren und übernahm 2008 die Leitung der Region München/Umland. Neben der Stärkung der Regionen will er sich vor allem darum bemühen, dass die Aktivsenioren sich neuen Herausforderungen stellen, damit die Beratungstätigkeit für die Mitglieder interessant bleibt und Spaß macht. „Die Zufriedenheit

unserer Kunden muss darüber hinaus oberste Priorität behalten“, sagt Ramm. Schließlich will er in seiner Vorstandszeit die schon jetzt eindrucksvollen Aktivitäten im Bildungssektor ausbauen.

Umfangreiche Berufserfahrung

Die Aktivsenioren haben im letzten Jahr zusammen mit ihrem Leitbild auch ihren Leitsatz modernisiert. „Unsere Erfahrung für Ihre Zukunft“ anstelle „Helfer in Wirtschaft und Technik“ betont stärker als bisher den umfassenden Leistungskatalog, den die

Aktivsenioren heute anbieten. So kommt die umfangreiche Berufserfahrung der Aktivsenioren nicht nur kleinen und mittleren Unternehmen oder Existenzgründern zu Gute, sondern inzwischen auch vielen Haupt-, Real- und Mittel-, Gymnasial- oder auch Hochschülern. Den einen helfen die Aktivsenioren Leseschwächen zu überwinden, andere machen sie fit für den Beruf und wieder anderen stehen sie in der Formulierung eines konkreten Business-Plans zur Seite. Unter dem neuen Vorstand sollen sowohl die Beratungsaktivitäten auf neue Geschäftsfelder ausgedehnt als auch die Bildungsinitiativen gestärkt und ausgebaut werden.

Die Aktivsenioren Bayern e.V. sind ein gemeinnütziger Verein mit Hauptsitz in München, der 1984 gegründet wurde. Mehr als 300 ehemalige Führungskräfte aus Wirtschaft, Verwaltung und Banken aus allen Regionen Bayerns geben ihr umfangreiches Wissen ehrenamtlich im Dienst der Wirtschaft und Gesellschaft weiter. □

CSU-Arbeitskreis...

(Fortsetzung von Seite 1)
nach Bedarf abgerufen werden. Die Stromerzeugung aus regenerativen Energien wie Sonne und Wind unterliegt jedoch einer zeitlich stark schwankenden Einspeisung, die besondere Anforderungen an die Netzstabilität stellt. Vor der Energiewende, so das Papier, genügt in Deutschland überwiegend Pumpspeicherkraftwerke, um die Spannung und Frequenz des Stromnetzes stabil zu halten. Diese Situation werde sich verschärfen, sei aber durch den Zubau weiterer Pumpspeicherkraftwerke allein nicht zu lösen.

Hohe Anfangsinvestitionen

Einerseits seien die Planungs- und Genehmigungszeiten für Pumpspeicherkraftwerke außerordentlich lang und andererseits die Anfangsinvestitionen sehr hoch. Hinzu komme, dass Pumpspeicherkraftwerke nicht geeignet sind, die saisonalen Schwankungen der Stromüberschüsse auszugleichen. Folglich müssten weitere Speichertechnologien entwickelt und zum Einsatz gebracht werden. Ergänzend zum Ausbau der Speichermöglichkeiten müssten Energie sowie Leistung gespart werden. Zudem sei eine Anpassung des Verbrauchs an die volatile Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien in die Wege zu leiten.

Fakt sei, dass bereits heute Anlagen der Erneuerbaren Energien (Wasser, Wind und Sonne) mitunter wegen temporärer Überproduktion vom Netz genommen werden müssen, wobei die Betreiber dieser Anlagen für eine solche Abschaltung vergütet werden müssen. Unter diesen Voraussetzungen ist es nach Auffassung des AKE auf jeden Fall sinnvoller, diesen Überschussstrom als Wärme zu speichern oder in Hybridkraftwerken zu nutzen, um elektrolitisch Wasserstoff zu gewinnen. Dieser könne über Brennstoffzellen wieder verstromt oder in Übereinstimmung mit geltenden Normen bis zu 5 % in das Gasnetz eingespeist werden. Alternativ könne aus Wasserstoff synthetisches Methan (Erdgas) erzeugt und ohne Mengenbeschränkung in das vorhandene Gasnetz eingespeist werden.

Der Vorteil von synthetischem Methan liege darin, dass die zum Transport notwendige Infrastruktur vorhanden ist, Methan in nahezu beliebigen Mengen gespeichert und zudem vielseitig, u. a. auch in der chemischen Industrie und im

Verkehrsbereich, eingesetzt werden kann. Im gesamten deutschen Gasnetz könnten 514 TWh chemischer Energie gespeichert werden und in den Gasspeichern über 200 TWh, was dem Erdgasverbrauch von mehreren Monaten entspricht.

In seinem Positionspapier rät der AKE außerdem dazu, verstärkt auf Tiefengeothermie und Wasserkraft in Bayern als Strom- und Wärmequelle zu setzen. Deren „Riesen-Potential“ werde oft unterschätzt, machte Balleis deutlich. Die Wasserkraft habe für Bayern als „Energieespeicher“ und als Energieangebot zur Grundlastsicherung eine zentrale Bedeutung. Der Anteil von 16 % zur Stromerzeugung könne bis 2022 spürbar erhöht werden. Neue Entwicklungen von ökologisch vertretbaren Kleinwasserkraftwerken lägen vor und sollten für weitere Einrichtungen berücksichtigt werden.

Reservekraftwerke nötig

Tatsache sei, dass es Zeiträume mit großer Stromnachfrage, aber geringer Erzeugung von regenerativem Strom gibt, fuhr Balleis fort. Für diese Fälle würden Reservekraftwerke benötigt, die in kürzester Zeit hoch- bzw. heruntergefahren werden können. Dafür eigneten sich besonders Gasturbinenkraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die einen relativ hohen Wirkungsgrad aufwiesen.

Wenn jedoch nur 1.000 bis 2.000 Betriebsstunden pro Jahr erforderlich sind, rechneten sich Gasturbinenkraftwerke, die potentiell über 8.000 Stunden im Jahr laufen können, nicht mehr, so der AKE-Vorsitzende. Hier bietet es sich an, ein dezentrales System vieler kleinerer kommunaler Gas-BHKW mit einer Leistung von 1 bis 2 MW zu installieren und die anfallende Wärme in Nahwärmenetzen zu nutzen.

Denkbar sei auch, dem jüngsten Vorschlag der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu folgen, in dem die Erzeugung von volatilen Erneuerbarem Strom an die Bereitstellung von Ersatzkapazitäten geknüpft wird. Dies könne beispielsweise durch handelbare Zertifikate erreicht werden, über die wiederum hochmoderne Gaskraftwerke finanziert oder Biogasproduzenten zu flexibleren, ausgleichender Einspeisung motiviert werden.

Ziel sollte es sein, zwischen nicht regelbaren und regelbaren regenerativen Energien zu unter-

scheiden und diese entsprechend unterschiedlich zu vergüten. Beispielsweise Strom aus Geothermie oder Wasserkraft, der nahezu rund um die Uhr verfügbar und in gewissem Maße regelbar ist, müsste somit eine höhere Einspeisevergütung zustehen. Die höchste Einspeisevergütung könnte auf Biogas entfallen, da es potentiell 365 Tage rund um die Uhr lieferbar und darüber hinaus regelbar ist.

Positive CO₂-Bilanz

Die CSU bekenne sich im Übrigen dann eindeutig zur Bioenergie, wenn Biomasse auch aus organischen Reststoffen verwendet und eine positive CO₂-Bilanz gesichert wird, die Nahrungsmittelerzeugung Priorität hat sowie Monokulturen vermieden werden und ein nachhaltiger Anbau geleistet wird, stellte der AKE-Vorsitzende fest.

„Den Kommunen in Bayern kommt bei der Umsetzung der Energiewende eine Hauptrolle zu“, konstatierte Siegfried Balleis. Sie seien Planungs- und Genehmigungsinstanz und hätten damit einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung und Umsetzung ganzheitlicher Energieleitpläne. Als Eigentümer kommunaler Liegenschaften (Schulen, Rathäuser etc.) seien Städte und Gemeinden im Bereich der Energieeinsparung wichtige Vorbilder für die Bürger und hätten einen steuernden Einfluss auf die kommunale Energieversorgung. Um für die Kommunen die administrative Umsetzung der Energiewende zu beschleunigen und entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen, müsse das Baugesetzbuch den Zielen der Energiewende angepasst werden.

„Energiewende bedeutet Systemwende, d. h. Ausstieg aus der zentralen Versorgung und Aufbau einer dezentralen Energieversorgung, die eine funktionierende interkommunale Zusammenarbeit auf Landkreisebene und darüber hinaus voraussetzt“, heißt es weiter in dem Positionspapier. Eine regionale/kommunale Energieversorgung schaffe mehr Versorgungssicherheit, erhöhe die Wertschöpfung in der Region, bringe Standortvorteile für Gewerbe, leiste einen beispielhaften Beitrag zum Klimaschutz, fördere zukunftsfähige Technologieentwicklungen und sichere schließlich die Zukunftsfähigkeit der Region. „Die Kommunen müssen hierbei eine Vorreiterrolle wahrnehmen“, machte Balleis abschließend deutlich. **DK**

290 Mio. Euro für Handelsunternehmen

Förderkredite helfen rund 900 bayerischen Firmen bei Investitionen

Die LfA Förderbank Bayern hat Handelsunternehmen im vergangenen Jahr 290 Millionen Euro an zinsgünstigen Krediten zugesagt. Die Förderkredite gehen an rund 900 kleine und mittlere Firmen in Bayern, die damit Investitionen in Höhe von rund 410 Millionen Euro verwirklichen wollen um ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen. Die Branche befindet sich insbesondere durch e-commerce im Strukturwandel.

„Der Handel gehört in Bayern mit rund 114.000 Unternehmen, 254 Milliarden Euro Umsatz und rund 692.000 Beschäftigten zu den größten und dynamischsten Branchen. Es sind vor allem mittelständische Betriebe, die hier ihre vielfältigen Möglichkeiten nutzen. In Zeiten von e-commerce und dem dadurch bedingten Strukturwandel investieren die Unternehmen kräftig in ihre Wettbewerbsfähigkeit und nutzen dabei die günstigen Förderkredite der LfA“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, der auch dem LfA-Verwaltungsrat vorsteht.

Sicherung von 25.000 Arbeitsplätzen

LfA-Chef Dr. Otto Beierl sagt: „Im Schnitt hat jedes geförderte Handelsunternehmen einen Kredit über 330.000 Euro erhalten und sich damit Investitionen in Höhe von 470.000 Euro vorgenommen. Durch die Investitionen werden in Bayern 1.300 neue Arbeitsplätze geschaffen und 25.000 Arbeitsplätze gesichert. Die Unternehmen nutzen das Geld zumeist für Modernisierungen, Betriebsweiterungen und Energieeffizienzmaßnahmen. Der bayerische Handel denkt an morgen und handelt kundenorientiert.“

Die LfA ist die staatliche Spezialbank zur Wirtschaftsförderung in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. □

Ergebnisse der Kassenstatistik der bayerischen Kommunen:

Überschuss steigt - aber Dämpfer im letzten Quartal

Die Gesamteinnahmen der bayerischen Kommunen 2012 verzeichneten mit 31,662 Mrd. Euro einen Zuwachs von knapp einem Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die kassenmäßigen Gesamtausgaben der Kommunen waren mit 30,404 Mrd. Euro im Vergleich zu 2011 leicht rückläufig (- 1,1 Prozent). Für 2012 ergibt sich ein positiver Finanzierungssaldo von 1,258 Mrd. Euro.

Dies ist gegenüber dem Vorjahr (+ 625 Mio. Euro) eine Verbesserung, wenngleich die Überschüsse aus 2007 (+ 2,353 Mrd. Euro) und 2008 (+ 1,811 Mrd. Euro) deutlich unterschritten werden. Die Steuereinnahmen verzeichneten im Berichtszeitraum mit 14,017 Mrd. Euro einen Anstieg um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Gewerbesteueraufkommen

Trotz der positiven Tendenz bleibt das Ergebnis hinter den Prognosen der letzten Steuerschätzung (+ 6,2 Prozent) zurück. Grund dafür ist das Gewerbesteueraufkommen, das mit einem Volumen von 6,093 Mrd. Euro (Netto) nur geringfügig über dem Vorjahresniveau liegt (+ 0,5 Prozent). Damit wurde der Prognosewert aus der letzten Steuerschätzung (+ 6,2 Prozent) deutlich verfehlt.

Insgesamt mussten die Kommunen bei der Netto-Gewerbesteuer im letzten Quartal mit einem Minus von 25 Prozent einen „Dämpfer“ hinnehmen, der sich sowohl bei den kreisfreien Städten (- 33,5 Prozent) als auch im kreisangehörigen Bereich (- 14,2 Prozent) niederschlugen hat.

Höhen und Tiefen

Der Verlauf der Gewerbesteuer war für viele Städte und Gemeinden im letzten Jahr mit Höhen und Tiefen verbunden. Die Gewerbesteuerentwicklung stellt sich regional sehr unterschiedlich dar. Dagegen gab es beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einem Gesamtaufkommen von 5,574 Mrd. Euro einen kräftigen Zuwachs (+ 8 Prozent), der den Prognosen der Steuerschätzer (+ 7,9 Prozent) entspricht. Auch die Beteiligung an der Umsatzsteuer (611 Mio. Euro) hat deutlich zugelegt (+ 5,9 Prozent).

Das Plus von rd. 3,7 Prozent bei den Personalausgaben (7,902 Mrd. Euro) resultiert im Wesentlichen aus den tarifbedingten Er-

höhungen und den Folgen des Personalmehrbedarfs bei Kinderbetreuung. Die Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen blieben mit 5,622 Mrd. Euro auf dem Niveau des Vorjahres. Die Leistungen der Sozialhilfe und die sonstigen sozialen Leistungen sind trotz der guten Arbeitsmarktlage wieder deutlich gestiegen. Bei den Trägern der Sozialhilfe beträgt der Anstieg 6,4 Prozent (kreisfreie Städte), 7,6 Prozent (Landkreise) und 3,3 Prozent (Bezirke).

Bauinvestitionen

Die Bauinvestitionen bewegten sich mit 4,193 Mrd. Euro deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (- 8,3 Prozent), was vor allem dem Auslaufen des Konjunkturpakets II geschuldet ist. Die Kreditaufnahmen blieben wie im Vorjahr mit 1,383 Mrd. Euro merklich unter der Schuldentilgung (1,750 Mrd. Euro). Der Schuldenstand der kommunalen Körperschaften (ohne Eigenbetriebe) dürfte nach unseren Berechnungen Ende 2012 auf

Unternehmensgründer schätzen Genossenschaftsbanken

In Bayern sind die Volksbanken und Raiffeisenbanken bevorzugte Ansprechpartner, wenn es um Unternehmensgründungen geht. Darauf weist der Anteil der Kreditgenossenschaften am Förderkreditgeschäft der LfA Förderbank Bayern für mittelständische Unternehmensgründer im Freistaat hin.

So reichten sie im vergangenen Jahr Startkredite in Höhe von rund 165 Millionen Euro aus. Das entspricht fast 61 Prozent des Gesamtvolumens aller bayernweit vermittelten LfA-Startkredite. Dieses belief sich im Jahr 2012 auf insgesamt knapp 271 Millionen Euro. Damit sind die Genossenschaftsbanken Marktführer in diesem Förderkreditsegment.

Mit dem LfA-Programm soll die Gründung von Unternehmen insbesondere in Handwerk, Handel und im Dienstleistungssektor ebenso unterstützt werden wie der Start in eine freiberufliche Tätigkeit. „Mit ihrem Engagement leisten die Volksbanken und Raiffeisenbanken einen ganz wesentlichen Beitrag dazu, dass sich der Mittelstand in der bayerischen Wirtschaft kontinuierlich erneuert und wächst“, so Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). □

Geplante Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG):

Rückstellungen für Investitionen und Sanierungen

Der Ministerrat hat vor kurzem den Gesetzentwurf zur Änderung von Art. 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) beschlossen, der den Kommunen eine weitere freiwillige Option zur finanziellen Vorsorge für künftige Investitions- und Sanierungsaufwendungen bieten soll. Der administrative Mehraufwand ist nicht zu unterschätzen.

Der Bayerische Städtetag hat bereits im Rahmen der Kämmerertagungen 2012 über die geplante Gesetzesänderung informiert. Schon seit 2000 steht den Kommunen die Möglichkeit offen, mit einer Verbreiterung der Abschreibungsbasis auf zuwendungsfinanziertes Anlagevermögen Rücklagen für künftige Investitionsmaßnahmen zu bilden. Diese Variante wurde von den Städten und Gemeinden trotz ihrer einfachen Umsetzbarkeit nur selten in Anspruch genommen.

LFU-Gutachten

Laut eines vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Auftrag gegebenen Gutachtens (Stand: 2006/2007) sind knapp 16 Prozent der Schmutz- und Mischwasserkanäle im Freistaat kurz- bis mittelfristig sanierungsbedürftig. Zur Vermeidung von Gebührensprüngen soll es den Kommunen mit einer Änderung des Art. 8 KAG möglich sein, in Höhe der Differenz aus den jährlichen Abschreibungen auf Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) und Wiederbeschaffungszeitwerte (WBZ) eine Sonderrücklage (Rückstellung) anzuspüren.

Neuermittlung der WBZ

Während die historischen AHK bislang die führende Abschreibungsbasis waren, müssen die WBZ regelmäßig neu ermittelt werden. Unter dem WBZ ist der Preis zu verstehen, der zum Bewertungszeitpunkt für die Erneuerung eines vorhandenen Vermögensgegenstandes durch einen solchen gleicher Art und Güte gezahlt werden müsste. Dabei steht es den

14,618 Mrd. Euro gesunken sein. Wie sich nach dem dritten Quartal 2012 abgezeichnet hat, wurde der positive Finanzierungssaldo aus dem Vorjahr (+ 625 Mio. Euro) mit 1,258 Mrd. Euro deutlich übertroffen. Erfreulich ist für Kämmerer die Entwicklung bei den Steuerbeteiligungsbeträgen (Einkommensteuer, Umsatzsteuer). Bei der Gewerbesteuer bleibt der Ausblick wegen der Rückschlüsse im letzten Quartal nicht sorgenfrei. Der kassenmäßige Überschuss in 2012 ist zwar erfreulich, aber es ist „nur“ ein Gesamtsaldo, der regionale Unterschiede nicht abbildet. Zudem lassen sich damit die vielerorts aufgeschobenen Unterhalts- und Investitionsmaßnahmen nicht aufholen. □

Einrichtungsträgern offen, erhöhte Abschreibungen auf WBZ auf die gesamte Einrichtung oder lediglich auf einzelne Anlagegüter anzuwenden.

Die praktische Anwendung wird maßgeblich davon abhängen, welcher Aufwand die Ermittlung des WBZ mit sich bringt. Dafür soll u. a. eine Indexmethode zugelassen werden, um kostenintensive Gutachten zu vermeiden. Die Ermittlung der Rückstellungsbeträge wird eine weitere Nebenrechnung erfordern, selbst bei Vorhaltung einer integrierten Anlagenbuchhaltung.

Abstimmung mit Spitzenverbänden

Die haushaltsrechtlichen Anforderungen werden derzeit noch abgestimmt. Aktuell arbeitet das Staatsministerium des Innern an einer Vollzugsbekanntmachung, die mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt wird. Darin sollen Hinweise und Ermittlungsmethoden Eingang finden, die den Vollzug erleichtern. Die Wahl der Abschreibungsmethode soll für jeden Kalkulationszeitraum neu getroffen werden können.

Grundsätzlich begrüßt wird die Änderung des KAG um die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten der Städte und Gemeinden zur Bildung von Rückstellungen für

KfW-Programme:

HypoVereinsbank baut Ausreichung 2012 deutlich aus

Die HypoVereinsbank hat 2012 die Vergabe von Förderkrediten der KfW an mittelständische Kunden und Unternehmen aus dem öffentlichen Sektor gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich ausgebaut. Mit insgesamt 1,1 Milliarden Euro stieg das über die KfW vermittelte Kreditvolumen an diese Kundengruppen um 39 Prozent gegenüber 2011. Damit hat die HypoVereinsbank 2012 5,6 Prozent aller KfW-Kredite an Unternehmen sowie den öffentlichen Sektor vermittelt. Im Jahr zuvor waren es noch rund 4,3 Prozent gewesen.

Die HypoVereinsbank gehört damit zu den zehn größten Partnern der KfW. Beim wichtigsten Breiten-Förderprogramm für gewerbliche Antragsteller, dem „KfW-Unternehmerkredit“, hat die HypoVereinsbank 2012 sogar das größte Volumen aller mit der KfW zusammenarbeitenden Hausbanken durchgeleitet und ist damit die Nummer 1: Mit mehr als 420 Millionen Euro aus diesem Förderprogramm wurden über 75 Prozent mehr Kreditvolumen vermittelt als 2011.

Wichtiger Partner des Mittelstands

„Die HypoVereinsbank ist als echte Unternehmer Bank einer der wichtigsten Partner des deutschen Mittelstands. Mit über 60 Milliarden Euro an ausgereichten Krediten sind wir die Nummer 2 der Unternehmensfinanzierer in Deutschland. Diese Position wollen wir weiter ausbauen, auch über die weitere Forcierung der Vermittlung von öffentlichen Förderkrediten etwa der KfW. Bis 2015 wollen wir unser Kreditvolumen insgesamt um fünf Milliarden Euro erhöhen. Zusätzlich zu diesen Eigenmitteln soll die Ausreichung von Förderkrediten im gleichen Zeitraum um mindestens 20 Prozent im Vergleich zu 2012 steigen“, so Lutz Diederichs, Mitglied des Vorstandes der HypoVereinsbank und dort verantwortlich für die Unternehmer Bank.

Die HypoVereinsbank steht ihren rund 410.000 Unternehmenskunden bundesweit mit 35 speziell ausgebildeten Förderexperten an den Standorten München, Hamburg und Düsseldorf zur Verfügung. Als eine der ersten Banken in Deutschland informiert sie ihre Kunden auch via Web-Seminare über die Möglichkeiten von Förderkrediten. □

künftig entstehenden Kostenaufwand zu erweitern. Allerdings muss die angekündigte Vollzugsbekanntmachung eine einfache, praxistaugliche und mit vertret-

barem Mehraufwand vollziehbare Umsetzung sicherstellen. Andernfalls geht die Gesetzesänderungsinitiative an den Interessen der Kommunen vorbei. **IBSt**

ENERGIE

Ohne uns fehlt Ihnen was.

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Wir fördern die Energiewende – für die Zukunft Bayerns.

Sie investieren in Energieeinsparung oder umweltfreundliche Energieträger? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de



S-Finanzgruppe:

Weiterhin Marktführer im Fördergeschäft

Sparkassen und BayernLB insbesondere bei Umweltprogrammen stark

Die bayerischen Sparkassen und die BayernLB haben ihren Spitzenplatz im Förderkreditgeschäft im Jahr 2012 verteidigt: Die S-Finanzgruppe reichte 38,7 Prozent aller in Bayern vergebener Fördermittel der staatlichen Förderinstitute KfW, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschaftlicher Rentenbank aus. Damit hielt sie ihren Marktanteil bei einem insgesamt leicht wachsenden Markt nahezu stabil und lag wie schon im Vorjahr vor den Genossenschafts- und Privatbanken. Mit Darlehen staatlicher Förderbanken können Firmen, Privatleute, Kommunen oder Landwirte förderfähige Investitionen zinsgünstig fremdfinanzieren. Die Kredite können sie aber nur über ihre Hausbanken abrufen und nicht bei den Förderbanken direkt.

„Durch das Einbinden von Fördermitteln können Privatleute und Firmen ihre Finanzierungskosten optimieren“, sagt Prof. Dr. h. c. Rudolf Faltermeier, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern. „Die S-Finanzgruppe unterstützt die Wirtschaft in Bayern seit vie-

len Jahren umfassend bei der Auswahl und Einbindung von passenden Fördermöglichkeiten. Dabei bringen die Sparkassen mit ihrer regionalen Nähe zum Kunden und die BayernLB mit ihrem Fach-Know-how ihre Stärken zum Wohl der Kunden ein.“

BayernFM:

Mobiler Gebäudeservice für Münchenstift

Seit dem 1. November 2012 ist die BayernFM mit dem Betreiben der technischen Anlagen von zwölf Seniorenheimen in München beauftragt. Auftraggeber ist die Gemeinnützige Gesellschaft der Landeshauptstadt mbH MÜNCHENSTIFT.

MÜNCHENSTIFT gehört zu den führenden Anbietern von Seniorendienstleistungen in München und bietet in den Häusern die Dienstleistungen Wohnen mit Service, Wohnen mit Pflege, Beschützte Pflege bis hin zu Wohnen in Hausgemeinschaften und Seniorenwohnheimen an. Die Anzahl der Bewohnerplätze in allen Heimen umfasst ca. 2.500.

Die beauftragten Leistungen der BayernFM umfassen die Absicherung von technischen Rundgängen, Inspektionen und Störungsbeseitigungen im Tagesbetrieb, gemeinsam mit den Haustechnikern von MÜNCHENSTIFT, die Bereitstellung eines Bereitschaftsdienstes sowie Störungsbeseitigungen außerhalb der Arbeitszeit und an Wochenenden. Dazu stellt

die BayernFM eine 24-Stunden-Hotline zur Verfügung. Schwerpunktgewerke bei MÜNCHENSTIFT sind Elektrotechnik, Heizung, Sanitär, Fördertechnik, Türen und Tore.

Die Leistungen werden von Mitarbeitern aus dem Bereich Service erbracht. Zur Leistungserbringung sind die Mitarbeiter mobil im Stadtgebiet zwischen den einzelnen Heimen unterwegs.

„Wir freuen uns, dass wir neue Mitarbeiter im Service für diesen Auftrag gewinnen konnten. Dieser Auftrag passt sehr gut in die geschäftliche Ausrichtung des Bereiches Service, künftig verstärkt mobile Dienstleistungen zu erbringen“, erklärt Helge Schrader, Bereichsleiter Service bei der BayernFM. □

Der Mensch im Mittelpunkt

40 Jahre Sparkassen-Altenheim und Stiftung „Augsburger Sparkassen-Altenhilfe“

Bei einem Festakt im Sparkassen-Altenheim in der Baumgartnerstraße in Augsburg wurden gleich zwei besondere Anlässe gefeiert: Das 40-jährige Jubiläum und die im letzten Jahr beendeten umfangreichen Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten.

In seiner Rede bedankte sich Rolf Sattelmeyer, der Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse Augsburg und Stiftungsratsvorsitzender der Stiftung „Augsburger Sparkassen-Altenhilfe“ ist, bei allen Bewohnern, Angehörigen und ehrenamtlichen Helfern für ihre tatkräftige Unterstützung und das große Verständnis, das zum Gelingen der Modernisierung der 40 Bäder und der Sicherheitstechnik beitrug. Ebenso würdigte er das Engagement der Mitarbeiter sowie der 37 ehrenamtlichen Stiftungsrats- und 14 Vorstandsmitgliedern, die in den letzten vier Jahrzehnten durch ihr Wirken zum Erfolg des Hauses beigetragen haben.

Leben in Geborgenheit

„Das Sparkassen-Altenheim bietet 140 Seniorinnen und Senioren ein Leben in Geborgenheit und Fürsorge. Die Angehörigen wissen ihre Lieben in bester Obhut“, betonte Sattelmeyer. In seiner Dankrede wies Oberbürgermeister Dr. Kurt Gröbl auf die Wichtigkeit des Stiftungswesens und die damit verbundenen karitativen, kulturellen und gesellschaftlichen Werte

hin. Dann richtete er seine Worte an die ehrenamtlich tätigen Stiftungsräte und Stiftungsvorstände: „Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die sich über das normale Maß, selbstlos und ohne monetäre Interessen einbringen.“

Susanne Greger, Werkleitung der Altenhilfe der Stadt Augsburg, hob in ihrer Rede das großzügige Engagement der Augsburger Sparkassen Stiftung und der Stadtparkasse Augsburg hervor. Das Jubiläumsmotto des Sparkassen-Altenheims „Miteinander - Für einander“ ist nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern wird täglich im Seniorenheim gelebt. Der Mensch steht bei uns im Mittelpunkt!“

Auch Stefan Link, seit 18 Jahren Heimleiter des Sparkassen-Altenheims, freute sich über das 40-jährige Jubiläum: „Die Zufriedenheit der Menschen, die hier leben und arbeiten, steht für mein Team und mich täglich im Mittelpunkt“. Für die musikalische Umrahmung sorgten die Fagottisten Lou Paquin, Matthias Löffelmann und Raphael Sirch und für das leibliche Wohl das Team der Augsburger Fachakademie für Ernährungs- und Versorgungsmanagement. □

Sparkassen und BayernLB gemeinsam steigerten das Volumen der an ihre Kunden in Bayern durchgeleiteten Förderkreditzusagen im vergangenen Jahr um 7,1 Prozent auf 3,6 Mrd. Euro. Davon entfallen 2,8 Mrd. Euro auf Darlehen, die die Sparkassen vergeben haben und 0,8 Mrd. Euro auf Darlehen der BayernLB an ihre Kunden.

3,7 Prozent mehr Förderanträge

Die Zahl der von der S-Finanzgruppe insgesamt bearbeiteten Förderanträge wuchs um 3,7 Prozent auf mehr als 25.500 Stück. Das von der BayernLB verwaltete Fördermittel-Bestandsgeschäft umfasste zum Jahresende 2012 nahezu 200.000 Darlehen mit einem Volumen von 13,4 Mrd. Euro. Davon stammen 11,9 Mrd. Euro aus Krediten der bayerischen Sparkassen.

„Wir werden auch im Jahr 2013 alles dafür tun, um Bayern gemeinsam mit den Sparkassen mit Förderkrediten zu versorgen und Marktführer zu bleiben“, betont Michael Bücker, Firmenkundenvorstand der BayernLB, der das Fördergeschäft verantwortet. „Wir

erwarten ein weiterhin hohes Förderaufkommen für alle Maßnahmen, die zu einem effizienteren und sparsameren Umgang mit Energie beitragen. Daraus ergeben sich für die Sparkassen und für uns interessante Geschäftsmöglichkeiten von denen auch die Kunden profitieren.“

KfW-Programm

Im Jahr 2012 schnitten Sparkassen und BayernLB besonders stark bei Förderprogrammen ab, die auf den sparsamen und effizienten Umgang mit Energie abzielen und das Erreichen der Energiewende unterstützen. Einen hohen Marktanteil erreichte die S-Finanzgruppe beispielsweise mit 42,5 Prozent im bezogen auf das Volumen – populärsten KfW-Programm „Energieeffizient Bauen“, das Privatleute beim Bau und Erwerb von Wohnimmobilien mit geringem Energiebedarf unterstützt.

LfA-Programme

Beim „KfW-Energieeffizienzprogramm“, das Investitionen von Unternehmen in Energie sparende Maßnahmen unterstützt, vergaben Sparkassen und BayernLB rund 47,4 Prozent der Mittel. Bei den LfA-Programmen war die S-Finanzgruppe unter anderem beim „Investivkredit Energie“ und dem „Ökokredit“ führend und reichten jeweils ungefähr die Hälfte der Darlehen aus. Diese Programme unterstützen Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen in Maßnahmen zum Umweltschutz. □



Stabübergabe an der Spitze des Verwaltungsrats der Kreissparkasse: Der Starnberger Landrat Karl Roth übernimmt für drei Jahre den Vorsitz. Von links: Kreissparkassenvorstände Peter Waßmann und Josef Bittscheidt, Landrätin Johanna Rumschöttel, Landrat Karl Roth sowie die Kreissparkassenvorstände Andreas Frühschütz und Walter Fichtel. □

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

Wechsel an der Spitze des Verwaltungsrats

Der Landrat des Landkreises Starnberg Karl Roth, bisher stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender, übernahm turnusgemäß ab 1. April für drei Jahre den Vorsitz des Verwaltungsrats der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg. Er löst damit die Landrätin des Landkreises München, Johanna Rumschöttel, als Vorsitzende ab, die fünf Jahre dem Verwaltungsratsvorsitz und zukünftig seine Stellvertreterin sein wird.

Ein wesentlicher Meilenstein ihrer Tätigkeit als Verwaltungsratsvorsitzende war die Fusion der Kreissparkasse München Starnberg mit der Kreissparkasse Ebersberg vor zwei Jahren. Im Fusionsvertrag der Kreissparkasse ist festgehalten, dass auf einen fünfjährigen Vorsitz des Landrats des Landkreises München für drei Jahre der Landrat des Landkreises Starnberg sowie für ein Jahr der Landrat des Landkreises Ebersberg folgen.

Zweitgrößte Sparkasse

Die Kreissparkasse ist mit 1.800 Mitarbeitern und einem Kundengeschäftsvolumen in Höhe von 16,6 Milliarden Euro die zweitgrößte Sparkasse in Bayern und unter den zehn größten Sparkassen

in Deutschland. Sie unterhält in den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg 102 Geschäftsstellen, 29 Vermögenskonditionencenter, sieben Firmenkundencenter und sieben Immobiliencenter.

Drei Fusionen

Die heutige Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg resultiert aus insgesamt drei Fusionen: Im Januar 1993 schloss sich die Gemeindesparkasse Gaubing mit der Sparkasse Starnberg zur Sparkasse Starnberg zusammen. Im April 2000 fusionierten die Sparkasse Starnberg und die Kreissparkasse München zur Kreissparkasse München Starnberg. Der Zusammenschluss mit der Kreissparkasse Ebersberg folgte im Mai 2011. □

100.000 Euro für Stiftung Lichtblick Hasenberg

Benefizkonzert in der Stadtparkasse München bringt Rekordsumme für bedürftige Kinder und Jugendliche

Bei einer musikalischen Frühlings-Gala in der Stadtparkasse München im Tal kam die stolze Summe von genau 100.000 Euro für die Stiftung Lichtblick Hasenberg zusammen. Die Stadtparkasse hatte zu dem Benefizkonzert zahlreiche Unternehmen, Geschäftspartner sowie Privatpersonen eingeladen, die den guten Zweck großzügig unterstützten.

„Was gibt es Schöneres, als Gutes zu tun und dabei Freude zu haben“, zitierte Harald Strötgen, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, in seiner Rede Franz Beckenbauer. Auf dem symbolischen Spendenscheck stand noch die ursprüngliche Summe der gesammelten Beträge von 82.140 Euro, spontan entschieden die anwesenden Vorstände der Stadtparkasse, diese Summe auf 90.000 Euro aufzurunden.

Dies veranlasste wiederum ein Kuratoriumsmitglied der Stiftung Lichtblick Hasenberg, das namentlich nicht genannt werden möchte, weitere 10.000 Euro draufzulegen, um zur runden Gesamtsumme von stolzen 100.000 Euro zu kommen, die am dem Abend für den guten Zweck eingesammelt wurden.

Grüßworte per Videobotschaft sandte der Schirmherr der Frühlingsgala, Oberbürgermeister Christian Ude. Der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, richtete seine Worte über die Moderatorin Anouschka Horn an die Gäste. Ehrengast Joachim Herrmann, Staatsminister des Innern, begrüßte die Teilnehmer der Gala persönlich.

Die Stiftungsvorstände Georg Randlkofer und Hans-Robert Röthel stellten die Stiftung Lichtblick Hasenberg vor. Deren Ziel ist, Kinder und Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen intensiv zu fördern, damit sie zu selbstständigen Menschen heranwachsen und ihr Leben eigenverantwortlich führen können.

Die Münchner Symphoniker unter der Leitung ihres Chefdirigenten Georg Schmöhe präsentierten unter dem Motto „Galantes Wien - Pariser Charme“ ein besonders heiteres Programm. □

BayernLB:

„Förderprofi 2012“ an Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg

Zinsgünstige Kredite für Unternehmer und Häuslebauer

Die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg versorgt Unternehmen und Privatleute in ihrem Geschäftsgebiet in erheblichem Umfang mit zinsgünstigen Förderdarlehen. Hierfür hat ihr die BayernLB nun erstmals die Auszeichnung „Förderprofi“ für das höchste Zusagevolumen 2012 verliehen. Die BayernLB zeichnet jedes Jahr bayerische Sparkassen aus, die in besonderem Umfang verbilligte Kredite der LfA Förderbank Bayern oder der KfW Bankengruppe vergeben haben.

„Mit Förderkrediten können Unternehmer und Privatleute zahlreiche Investitionen zinsgünstig finanzieren“, sagt Stefan Lange, der als Bereichsleiter Firmenkunden bei der Kreissparkasse die Auszeichnung entgegennahm. „Es lohnt sich, Vorhaben von unseren Spezialisten auf ihre Förderfähigkeit prüfen zu lassen. Förderprogramme gibt es insbesondere für Investitionen, die auf einen effizienten oder sparsamen Umgang mit Energie abzielen – ob bei privaten und gewerblichen Immobilien oder im produzierenden Gewerbe.“

Knapp 800 Darlehen

Die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg vergab im Jahr 2012 insgesamt 799 Darlehen mit einem Neugeschäftsvolumen in Höhe von 99,8 Millionen Euro an Privat- und Gewerbetunden. Der größte Anteil mit einem Volumen von 44 Millionen Euro entfiel auf das KfW-Programm „Erneuerbare Energien Premium“ für Pri-

vatleute, Unternehmen, gemeinnützige Organisationen und Kommunen. Gefragt bei der Wohnbaufinanzierung war das KfW-Programm „Energieeffizient Bauen“.

Vergabe seit 2010

Die BayernLB vergibt den „Förderprofi“ seit dem Jahr 2010. Mit den bayerischen Sparkassen arbeitet sie im Fördergeschäft eng zusammen. Die Sparkassen reichen die zinsgünstigen Förderdarlehen an Privat- und Gewerbetunden aus. Die BayernLB agiert als Dienstleister für die Sparkassen und berät zu Fördermöglichkeiten, unterstützt bei der Antragsstellung und leitet die Mittel von den Förderbanken an die Sparkassen durch.

Allein im Jahr 2012 reichte die S-Finanzgruppe in Bayern 25.541 Förderkredite in einem Volumen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro aus. Das Bestandsgeschäft umfasst derzeit an die 200.000 Förderdarlehen mit einem Volumen von rund 12 Milliarden Euro. □

Stadtparkasse München ist beste Regionalbank vor Ort

Bayerns größte Sparkasse belegt im „Euro-Bankentest“ den Spitzenplatz

Die Stadtparkasse München hat beim großen Bankentest des Wirtschaftsmagazins „Euro“ im Raum München am besten abgeschnitten und dafür den Titel „Beste Regionalbank in München 2013“ erhalten.

Im Auftrag von „Euro“ testete das Analyseinstitut S.W.I. Finance insgesamt 34 bundesweit tätige und 24 regional aktive Banken in den Bereichen Girokonto, Tages- und Festgeld, Brokerage, Baufinanzierung, Ratenkredit sowie Bankdienstleistungen.

Qualität der Beratung

Die besten Regionalbanken in

den zehn größten Metropolen Deutschlands wurden beim Euro-Bankentest 2013 erstmals ermittelt. Dazu schwärmten die Bankentester in die sechs größten Filialbanken der jeweiligen Metropole aus. Dort prüften sie direkt vor Ort in persönlichen Gesprächen die Qualität der Bankberatung und analysierten zudem den Service der Institute via Telefon, E-Mail und Website. □

Große Nachfrage nach Wohnraum in Bayern:

„Kommunen müssen viel mehr Baugrund ausweisen“

Sparkassen-Finanzgruppe: Baufinanzierung so günstig wie seit Generationen nicht mehr

Die Nachfrage nach Wohnimmobilien, also nach Häusern, Eigentumswohnungen und auch Baugrundstücken, ist in Bayern – mit regionalen Unterschieden - ungebrochen und nimmt weiter zu. In den meisten Regionen übersteigt die Nachfrage das Angebot, erklärte Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH („Sparkassen-Immo“) bei einer Pressekonferenz der Sparkassen-Finanzgruppe. Aber trotz der dadurch bedingten Preissteigerungen seien auf dem bayerischen Wohnimmobilienmarkt keine Anzeichen für eine Preisblase zu erkennen, stellten übereinstimmend Paul Fraunholz und Franz Wirnhier, Vorstandsvorsitzender der Landesbausparkasse Bayern (LBS) fest, wenngleich man den Markt durchaus als „angeheizt“ bezeichnen könne. Von einem generellen Überangebot an Wohnimmobilien sei man in Bayern aber weit entfernt. Die Nachfrage, die in Bayern eine enorme Wucht habe, komme nicht etwa von Spekulanten, sondern vorwiegend von Eigen-Nutzern und auch von Kapitalanlegern.

Zu der enormen Nachfrage trügen neben dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum die Verunsicherung infolge der Staatsschuldenkrise in Europa und das historisch niedrige Zinsniveau bei, das die Anlagealternativen begrenze und zugleich eine außergewöhnlich günstige Finanzierung ermögliche, sagte Wirnhier.

Die Nachfrage übersteige das Angebot insbesondere bei gebrauchten Häusern in guten Wohnlagen sowie bei Baugrundstücken und Eigentumswohnungen in innerstädtischer bzw. zentrumsnaher Lage der Ober- und Mittelzentren. Vor allem in den Ballungsräumen könne die Nachfrage nicht gedeckt werden.

Immobilienumsatz

Während bundesweit 2012 der Immobilienumsatz erstmals nach drei Jahren wieder leicht zurückgegangen ist, nahm er in Bayern erneut, wenn auch etwas leichter zu. Das Transaktionsvolumen ist um 6 Prozent auf 36 Milliarden Euro gestiegen und hat damit eine Höchstmarke erreicht. Bayern hat sich an die Spitze aller Bundesländer gesetzt.

Am Wachstum des Transaktionsvolumens im Freistaat hatten die Regierungsbezirke sehr unterschiedlichen Anteil. Überdurchschnittliche Zuwächse gab es in Schwaben mit Schwerpunkt Augsburg, in der Oberpfalz mit Schwerpunkt Regensburg, aber auch noch in Oberfranken und Niederbayern, dagegen legten die Umsätze unterdurchschnittlich in Oberbayern und Mittelfranken zu. In Unterfranken gab es gar ein geringes Umsatzminus. Dennoch war Oberbayern mit Abstand die umsatzstärkste Region, auf die mehr als die Hälfte des bayerischen Umsatzvolumens entfiel. Allein auf München und den Landkreis München entfiel ein Drittel des Volumens.

Die Sparkassen-Immo hat im Berichtsjahr Immobilien im Wert von 2,05 Milliarden Euro (+ 11 Prozent) vermittelt und damit bei der Maklercourtage mit 88,3 Millionen Euro (+7 Prozent) ein Rekordergebnis erzielt. Insgesamt wurden 12.505 Häuser, Wohnungen und Grundstücke vermittelt. Der Schwerpunkt lag bei gebrauchten Wohnimmobilien, wogegen der Anteil der Neubaugobjekte leicht zurückging.

Die Preise für Neubau- und Gebrauchtimmobilien unterscheiden sich deutlich. Die Preise für gebrauchte Häuser (Ein- und Zweifamilienhäuser) sind 2012 im Landesdurchschnitt um 6 Prozent auf 222.500 Euro gestiegen. Ein neu gebautes Haus kostete im Durchschnitt 379.100 Euro (+ 3 Prozent). Für eine gebrauchte Eigentumswohnung waren im Durchschnitt 121.300 Euro zu zahlen, für eine neue 190.200 Euro. Regional können die Preise davon stark abweichen. So kostet ein gebrauchtes Haus in München oder den Landreisen München, Starn-

berg und Ebersberg im Schnitt mehr als 700.000 Euro. Dass Neubauten so viel teurer sind als Gebrauchtimmobilien, liegt auch stark an den gestiegenen Wünschen der Käufer bei Ausstattungsqualität, Lage und Wohnfläche sowie an den Anforderungen an die Energieeffizienz.

Grundsätzlich aber gab es in ganz Bayern Preissteigerungen, am stärksten mit 12 Prozent in Mittelfranken. Berechne man, so Fraunholz, für eine Immobilienfinanzierung die monatliche Belastung durch ein Wohnbaudarlehen, liege diese heute trotz gestiegener Kaufpreise nicht höher als noch vor wenigen Jahren. Das historisch niedrige Zinsniveau gleiche die gestiegenen Preise bei der Berechnung der Darlehensrate in den allermeisten Fällen aus. Die Finanzierung der eigenen vier Wände bleibe somit in den meisten Regionen Bayerns auch für Durchschnittsverdiener im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten.

Wirnhier ergänzte, ein Großteil der Miet- und Preisanstiege beruhe nach Jahren der Flaute auf Nachholeffekten. Anders sieht es im Großraum München aus, wo „der Wohnraum für Menschen schon mit mittleren Einkommen immer schwerer finanzierbar wird, vor allem wegen der hohen Grundstückskosten“, so Fraunholz. Deshalb ziele hier das Neubauangebot meist auf eine kaufkräftige, überregionale oder sogar internationale Klientel.

Marktsituation

LBS-Chef Wirnhier beleuchtete eingehend die Marktsituation. Der wuchtigen Nachfrage stehe seit Ende der 90er Jahre ein dramatischer Rückgang der Neubautätigkeit gegenüber. Die Aufwärtstendenz seit 2010 habe sich schon wieder etwas abgeschwächt. Waren 2011 die Baugenehmigungen noch um 20 Prozent gestiegen, gab es 2012 nur noch ein Plus von 2 Prozent auf 47.000 Wohneinheiten. Dabei ging der Zuwachs vollständig auf das Konto des Geschosswohnungsbaus, der im zweiten Jahr nacheinander deutlich zugelegt hat.

Rückläufig war dagegen die Zahl der Genehmigungen von Ein- und Zweifamilienhausbauten. In Bayern müssen nach Ansicht von Innenminister Joachim Herrmann, der auch für den Wohnungsbau zuständig ist, jährlich aber mindestens 70.000 neue Wohnungen entstehen, um den Bedarf annähernd zu decken. „Davon aber“, so Wirnhier, „sind wir noch meilenweit entfernt“.

Um mehr Wohnraum zu schaffen, müssten, so der LBS-Chef, bürokratische Hindernisse beseitigt werden. Gesetzliche Auflagen wie energetische Mindeststandards von Neubauten und die Deckelung von Mieterhöhungsspielräumen dämpften die Investitionsbereitschaft. Auch die Vorschläge, die Maklergebühren zu

begrenzen oder ausschließlich auf die Vermieter umzulegen, führten nicht weiter. Dadurch komme keine einzige zusätzliche Wohnung auf dem Markt, und auch die Verschärfungen im Mietrecht verringerten die Knappheiten auf dem Wohnungsmarkt nicht. Nur die Neubautätigkeit könne die Engpässe beseitigen. Dazu seien aber besonders die Kommunen mit ihrer Bauland-Kompetenz gefordert. Wirnhier: „Wir brauchen lokale Bündnisse für den Wohnungsbau. Förderanreize ohne Flankierung durch mehr Baulandangebot gehen nur in die Preise. Der Schlüssel liegt daher in einer Förderstrategie, die Grundstücke mit Baurecht mobilisiert und so auf die lokalen Bedürfnisse abstimmt.“

Miete und Wohneigentum

Die Ausweitung des Angebots könne - besonders in Ballungsräumen - nur gelingen, wenn man auf Miete und Wohneigentum setze. Es müssten auch wieder mehr Sozialwohnungen gebaut werden, und bei den noch bestehenden gegen die hohe Fehlbelegungsquote vorgegangen werden. Diskussionen über steuerliche Anreize dürften nicht zu einseitigen Begünstigungen des Mietwohnungsbaus führen. So würden über eine degressive AfA (Absetzung für Abnutzung) Selbstnutzer gegenüber hoch besteuerten Kapitalanlegern benachteiligt. Das heiße also: Wenn mehr Bauland, dann für beide Bereiche, wenn steuerliche Förderung, dann AfA und eine gezielt eingesetzte Eigenheimzulage, die vor allem Familien mit Kindern helfen würde.

Grundsätzlich, erklärte Wirnhier, könne die Förderung von Wohneigentum einen spürbaren Beitrag zur Entschärfung der Situation leisten. Deutschland habe mit 46 Prozent eine der geringsten Wohneigentumsquoten. In Spanien betrage sie 83 Prozent, in Italien 72 und im europäischen Durchschnitt 71 Prozent. Vor diesem Hintergrund werde deutlich, dass Wohneigentum eine wichtige Säule der Altersvorsorge sei. Eigentümerhaushalte profitierten erheblich von der ersparten Miete.

In den vergangenen zehn Jahren sei die durchschnittliche monatliche Mietbelastung für Rentner in Deutschland um 10 Prozent auf rund 400 Euro gestiegen. Sie müssten inzwischen 26 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für Miete einplanen. In Bayern sei die Mietbelastung der Rentner sogar noch um ein Viertel höher.

Für die Politik bedeute dies, dass jeder zusätzliche Rentner in schuldenfreiem Wohneigentum die Altersversorgung der Bevölkerung stabilisiere. Wirnhier wies noch einmal auf die Bedeutung von „Wohnriester“ hin. Zwei Drittel aller Riester-Neuabschlüsse entfielen auf Wohnriester, dessen Vorteile sich bis auf mehrere zehntausend Euro summieren könnten.

Wirnhier zog das Fazit, dass derzeit die Immobilienfinanzierung „so günstig wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik“ sei. In vielen Fällen könne mit demselben Aufwand, der für die Miete eines Hauses oder eine Wohnung erbracht wird, auch eine solide Finanzierung auf die Beine gestellt werden. Entscheidende Hilfe hierbei könnten und müssten die Kommunen leisten, indem sie mehr Bauland auswiesen, auch über Verdichtung der Bebauung, besonders in Bayern, dem Zuzugsland Nr. 1.

Die finanzielle Chance für Bauherren unterstrich Roland Schmautz,

Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern. Die Zinsen für Hypotheken mit zehnjähriger Zinsbindung seien im Durchschnitt 2012 von 3,4 auf 2,4 Prozent gefallen. Aktuell könne man sogar schon von 2,2 bis 2,25 Prozent reden. Bei fünfjähriger Zinsbindung seien sogar 1,6 Prozent drin. Die niedrigsten Zinsen gebe es bei Darlehen

ohne Sonderkonditionen, z. B. ohne Sondertilgungsmöglichkeit. Mit regionalen Schwankungen müsse man rechnen.

Schmautz geht davon aus, dass zumindest für die nächsten ein bis zwei Jahre die Zinsen niedrig bleiben. Bayerns Sparkassen haben vor dem günstigen Zinshintergrund im Berichtsjahr fast 10 Milliarden Euro

an Wohnungsbaudarlehen ausgereicht, 18 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Für 2013 erwartet man bei der bayerischen Sparkassen-Finanzgruppe ein anhaltend gutes Umfeld für Wohnimmobilien. Mit erneut leichten Preissteigerungen und einer weiteren regionalen Differenzierung sei zu rechnen. dhg.



Stadt Memmingen geht unter die Bausparer

LBS-Geschäftsführung bedankt sich mit einem Besuch im Rathaus

Die Stadt Memmingen geht unter die Bausparer: Bei der Landesbausparkasse Bayern (LBS) hat die Kommune jetzt einen Bausparvertrag über eine Million Euro abgeschlossen. Zum Dank für das Vertrauen stattete die LBS-Geschäftsführung OB Holzinger einen Besuch im Amtszimmer ab. Der LBS-Vorstandsvorsitzende in Bayern, Dr. Franz Wirnhier, war persönlich von München nach Memmingen gereist, um die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Memmingen zu betonen und dem Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger im Rathaus die Bausparurkunde zu übergeben. Das Stadtoberhaupt zeigte sich sehr erfreut über den hohen Besuch und betonte seinerseits die gute Zusammenarbeit mit der LBS und der Sparkasse. Der Memminger Sparkassenchef Thomas Munding lobte in diesem Zusammenhang den Bausparvertrag als „solide und stabile Anlage“, die von immer mehr Kunden geschätzt würde. Unser Bild zeigt von links: Dr. Franz Wirnhier (Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern), Bernd Fischer (Vorstandsmitglied der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim), Memmings OB Dr. Ivo Holzinger, Stadtkämmerer Jürgen Hindemith und Thomas Munding (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim). □

Unser Service für

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ▶ Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

Bayern LB

Bilanzpressegespräch zum Geschäftsjahr 2012:

MünchenerHyp erfolgreich auf Wachstumskurs

„Wir sind auf unserem Wachstumskurs gut vorangekommen“, machte Dr. Louis Hagen, Vorstandssprecher der Münchener Hypothekbank, bei einem Bilanzpressegespräch deutlich. Die MünchenerHyp konnte ihr Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung und den Bestand an Hypothekendarlehen erneut steigern. Der Zinsüberschuss verbesserte sich deutlich. Die Bank konnte sich überdies zu durchweg sehr guten Konditionen an den Kapitalmärkten refinanzieren.

Das Neugeschäft in der Finanzierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien stieg um rund 7 Prozent auf 3,6 Mrd. Euro. Davon entfielen allein fast 3 Mrd. Euro auf die Finanzierung von Wohnimmobilien. Den größten Zuwachs erzielte die Bank im Geschäft mit ihren Partnerbanken innerhalb der genossenschaftlichen Finanzgruppe, insbesondere den Volksbanken und Raiffeisenbanken. Das vermittelte Zinsvolumen wuchs um 25 Prozent. Neu zugesagte Finanzierungen gewerblicher Immobilien erhöhten sich um 14 Prozent auf 0,7 Mrd. Euro. Rund zwei Drittel davon entfielen auf Finanzierungen in Deutschland.

Aufsehen an den Märkten

Trotz hoher Volatilitäten an den Kapitalmärkten wurden die Pfandbriefe der MünchenerHyp sehr stark nachgefragt. „Unsere Emissionen sorgten für Aufsehen an den Märkten“, so Dr. Louis Hagen. Zum Teil konnte die Bank ihre Hypothekendarlehen- und öffentlichen Pfandbriefe mit historisch niedrigen Risikoaufschlägen platzieren. Für eine ihrer großvolumigen Pfandbriefemissionen, einen Hypothekendarlehen-Jumbopfandbrief mit einer Laufzeit von zehn Jahren, wurde die MünchenerHyp mit dem in-

ternational renommierten Preis „Euro Deal of the Year“ ausgezeichnet. Die wichtigsten Partner in der ungedeckten Refinanzierung waren wieder die Institute der genossenschaftlichen Finanzgruppe.

Höherer Zinsüberschuss

Das erfolgreiche Neugeschäft trug auch dazu bei, dass der Zinsüberschuss um fast 10 Prozent auf 129 Mio. Euro anstieg. Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um rund 4 Prozent auf 65,5 Mio. Euro, was im Wesentlichen auf die Bewältigung des hohen Neugeschäftsvolumens zurückzuführen ist.

Die Risikosituation ist sehr zufriedenstellend und hat sich im vergangenen Jahr weiter verbessert. Das Betriebsergebnis nach Risikoversorge beträgt 9,8 Mio. Euro. Nach Zuführungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken und Steuern beläuft sich der Jahresüberschuss auf 5,4 Mio. Euro. Die Bank wird eine Dividende von 3,25 Prozent ausschütten, das sind 2,28 Euro pro Geschäftsanteil.

Rückläufige Bilanzsumme

Die Bilanzsumme war mit 36,6 Mrd. Euro leicht rückläufig. Der

Bestand an Hypothekendarlehen wuchs deutlich um 8 Prozent auf rund 21 Mrd. Euro. Der weit überwiegende Teil davon entfällt auf Finanzierungen im Inland. Der Bestand im Kreditgeschäft mit Staaten und Banken reduzierte sich weiter von 13,3 Mrd. Euro auf 12,1 Mrd. Euro.

Gestiegene Kernkapitalquote

Die Kernkapitalquote erhöhte sich zum Jahresende 2012 auf 9,1

Konsumausgaben:

Wohnkostenanteil steigt stetig

Wohnen, Haushaltsenergie und Wasser machen einen immer größeren Teil der privaten Konsumausgaben in Deutschland aus. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts legte ihr Anteil in den vergangenen 20 Jahren um 23,8 Prozent auf 352 Milliarden Euro zu. Mit einer abbezahlten Immobilie fallen die Wohnkosten geringer aus. Die Haushalte müssen immer mehr Geld fürs Wohnen veranschlagen.

Der Anteil der Wohn- und Wohnnebenkosten am gesamten Konsum steigt seit Jahrzehnten: Entfielen im Jahr 1992 mit fast 180 Milliarden Euro noch 19,7 Prozent der Konsumausgaben auf Wohnen, Energie und Wasser, waren es 2012 mit 352 Milliarden Euro bereits 24,4 Prozent – eine Zunahme von fast einem Viertel. Insgesamt gaben die Haushalte im vergangenen Jahr 1,44 Billionen Euro für Konsumzwecke wie Nahrung, Kleidung oder Wohnen aus.

Wohneigentümer im Vorteil

Nicht nur Kostensteigerungen bei Öl, Gas und Strom tragen zum höheren Wohnkostenanteil bei – auch die Nettokalmieten inklusive Betriebskosten haben in den vergangenen 20 Jahren im bundesweiten Durchschnitt um fast 57 Prozent zugelegt. Diese Entwicklung hat zwar seit der Jahrtausendwende an Dynamik verloren, eine Trendwende lässt sich daraus aber nicht ableiten.

165 Millionen Euro für Bayerns Krankenhäuser

Strukturverbesserung in der Krankenhausfinanzierung gefordert

Bayerns Krankenhäuser werden 2013/14 rund 165 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Dafür hat das Bundeskabinett jetzt den Grundstein gelegt. Der Bayerische Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber zeigte sich erfreut über die zusätzlichen Mittel aus Berlin: „Diese Mittel sind der Rettungsring für die vielen in Bedrängnis geratenen Krankenhäuser. Wir leisten schnelle Erste Hilfe und können noch in diesem Jahr die prekäre finanzielle Situation der Kliniken spürbar verbessern.“

Bundesweit beträgt das zusätzliche Finanzvolumen rund 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2013 und 2014. Die Länder hatten auf Initiative Bayerns den Bund bereits seit Monaten aufgefordert, die finanzielle Schieflage der Krankenhäuser zu beseitigen und die unvermeidbaren Kostensteigerungen besser auszugleichen. „Mit dieser einmaligen Rettungsaktion ist aber den Krankenhäusern nicht auf Dauer geholfen. Wir müssen gemeinsam das Thema Krankenhausfinanzierung grundsätzlich angehen und die strukturellen Defizite im System beheben“, so Huber.

Gegen Fließbandmedizin

Im Mittelpunkt stehen dabei die unbefristete Geltung des Orientierungswertes und die dauerhafte Abschaffung der doppelten Degression: Wenn Krankenhäuser zusätzliche Patienten versorgen, müssen sie bisher – wie bei einem Mengen-

Prozent (Vorjahr 8,9 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 13,5 Prozent (Vorjahr 13,3 Prozent).

Optimistische Prognose

„Wir wollen auch in diesem Jahr wieder nachhaltig und mit Augenmaß in unseren Kerngeschäftsfeldern der Finanzierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien wachsen. Wir sind zuversichtlich, dass uns dies angesichts des guten Marktumfelds wieder gelingen wird“, betonte Dr. Louis Hagen. Die MünchenerHyp strebt damit zugleich einen weiteren Ausbau des Hypothekendarlehenbestands an. Erwartet wird ebenfalls ein höherer Jahresüberschuss, soweit sich aus der europäischen Staatsschuldenkrise keine unvorhergesehenen Belastungen ergeben. □

Niederbayerischer Gründerpreis:

Mut braucht Unterstützung

Sparkassen zeichneten acht Unternehmen aus

Die niederbayerischen Sparkassen haben in Neuschönau im Landkreis Freyung-Grafenau acht Unternehmen mit dem Niederbayerischen Gründerpreis ausgezeichnet. Verliehen wurde der Preis in den Kategorien „StartUp“, „Aufsteiger“, „Konzept“, „Unternehmensnachfolge“, „Lebenswerk“ und „Sonderpreis“. Die niederbayerischen Sparkassen vergaben dabei über 6.000 Euro als Preisgelder.

Dass die Preisverleihung unter dem Motto „Ideen brauchen Mut – und Mut braucht Unterstützung“ rund um den Baumwipfelpfad in der Nationalparkgemeinde Neuschönau stattfand, kam dabei nicht von ungefähr: „Ich habe diesen Veranstaltungsort deswegen gewählt“, so Freyung-Grafenaus Sparkassen-Vorstandsvorsitzender Erwin Bumberger, „weil die Grundidee des Nationalparks, nämlich 'Natur Natur sein lassen', ideal zur Idee des Gründerpreises passt. Die Wendigen, Erfolgreichen, Intelligenten und Widerstandsfähigen werden überleben – in der Natur so wie in der Wirtschaft.“ Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 108 niederbayerische Gründungsteams auf dem Weg in die Selbständigkeit begleitet.

Kategorie „StartUp“

In der Kategorie „StartUp“ konnte sich Tobias Hirl, Geschäftsführer der Hirl Misch- und Anlagentechnik GmbH & Co. KG in Falkenberg, über eine Auszeichnung freuen. Hirl hatte im Jahr 2010 als damals 28-Jähriger die Hirl Misch- und Anlagentechnik GmbH & Co. KG gegründet. Der Grundstein zur erfolgreichen, eigenständigen Produktion von Futtermischwägen inklusive Vertrieb war damit gelegt.

Kategorie „Aufsteiger“

Preisträger in der Kategorie „Aufsteiger“ ist die HBH Holzbau Zimmerei GmbH in Landau. Die Gründungsväter Jakob Buchleitner und Ralf Hofmann sowie Gesellschafter Helmut Holzer übernahmen aufgrund der fehlenden Nachfolge im Jahr 2005 die Firma Harlander Holzbau. In den folgenden Jahren entwickelten sie mit großer Zielstrebigkeit das Unternehmen HBH, das mittlerweile auf eine Belegschaft von insgesamt 35 Mitarbeitern verweisen kann. Die Bandbreite der Holzbau-Firma reicht von der kompletten Dachsanierung über den Holzhäusbau und Holzrahmenbau bis hin zu hoch spezialisierten Stahl-Holzbau-Konstruktionen und Sonderschaltungsteilen für zum Beispiel Wasserturbinen.

Kategorie „Konzept“

Drei Unternehmen wurden in der Kategorie „Konzept“ ausgezeichnet: Platz eins belegte der Werkzeug- und Formenbauer FWF-Technik in Waldkirchen (Kreis Freyung-Grafenau) mit den Geschäftsführern Thomas Schamp und Armin Binder. Seit der Gründung im Herbst 2012 arbeiten mittlerweile fünf Vollzeit- und zwei Aushilfsmitarbeiter bei FWF Technik. Bis 2015 soll der Personalstamm auf zehn bis zwölf Vollzeit-Mitarbeiter aufgestockt werden.

Die Silbermedaille errang die Verbal Intelligence GmbH in Pas-

starkes sozialpolitisches Signal an Bayerns Krankenhäuser und seine Mitarbeiter.“ Seit 1972 hat der Freistaat rund 20 Milliarden Euro für Investitionen bereitgestellt. Derzeit werden 102 Krankenhaus-Bauvorhaben mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro jährlich erhöht. Dies ist ein

sau. Das Unternehmen, das sich derzeit noch in der Umsetzungsphase befindet, bietet eine softwaregestützte Analysetechnik für Geschäftsberichte an. Auf Platz drei rangiert schließlich die Firma Metallverarbeitung Christian Pongratz in Untergriesbach, Kreis Passau.

Softwaregestützte Analysetechnik

„Mit seinem Konzept, Kunden im Bereich der Metallverarbeitung hochwertige Qualität zu bieten und die Konstruktionen vorher bereits im 3D-Bereich zu veranschaulichen, ist Christian Pongratz im Raum Untergriesbach bei Passau sehr erfolgreich“, bescheinigte Ludwig Fuller von der Sparkasse Passau dem Gründer. Den Erfolg sieht man daran, dass Pongratz es bereits im ersten Geschäftsjahr schaffte, von der geplanten nebenberuflichen Tätigkeit in die hauptberufliche Variante zu wechseln.

In der Kategorie „Unternehmensnachfolge“ siegte Andreas Raab. Er stieg in das einstige Familienunternehmen Pauli & Raab, Maschinenbauer aus Grainet (Landkreis Freyung-Grafenau) ein. „Das Unternehmen kann in seiner langen traditionsreichen Firmengeschichte auf ein hohes Maß an Innovationen und Unternehmensegeist zurückblicken“, betonte Erwin Bumberger, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Freyung-Grafenau, in seiner Laudatio. Konstruktive und individuelle Lösungen seien eine Stärke des Preisträgers. Dieser Umstand habe sich auch bei der Nachfolgeregelung abgezeichnet.

Sonderpreis für Bayern-Park

Mit dem Sonderpreis wurde die Bayern-Park Freizeitparadies GmbH in Reisbach, Landkreis Dingolfing-Landau, bedacht. Der 1978 gegründete Park wartet derzeit mit über 80 Attraktionen auf. „Freizeitvergnügen von einer Familie für Familien anzubieten, sind ein Erfolgsgeheimnis des Bayern-Parks“, so Gerhard Schecher von der Sparkasse Niederbayern-Mitte. Besucherzuwächse um 30 Prozent konnten mitunter verbucht werden – und auch die Grundfläche des Parks wurde in den letzten Jahren stetig erweitert.

Kategorie „Lebenswerk“

Den diesjährigen Preis in der Kategorie „Lebenswerk“ erhielt Paul Urzinger von der Firma Josef Urzinger in Landshut. Bereits seit 1953 führt er erfolgreich die von seiner Großmutter 1897 gegründete Wäscherei. „Dank des großen Fleißes und der unternehmerischen Weitsicht entwickelte sich der Betrieb zur modernsten und leistungsfähigsten Wäscherei Niederbayerns“, zeigte sich Laudator Josef Wirkert von der Sparkasse Landshut voll des Lobes. Der Betrieb wurde mehrfach erweitert, immer wieder wurde in neue Techniken investiert. So steht seit 2007 Europas größte Waschstrasse bei der Firma Urzinger. Mittlerweile beschäftigt das Unternehmen etwa 400 Mitarbeiter am Standort Landshut und bearbeitet täglich rund 100 Tonnen Textilien. **DK**

Sanierung des ehemaligen Pfarrhauses in Aislingen

Als herausragende Gemeinschaftsleistung hat Landrat Leo Schrell die gelungene und beispielgebende Sanierung des ehemaligen Pfarrhauses in Aislingen bei einer Besichtigung der nunmehr als Pfarrheim genutzten Räume bezeichnet. Schrell nutzte den Besuch, um der Bevölkerung für den beachtlichen ehrenamtlichen Einsatz von 4.200 Stunden zu danken, ohne den sich die Maßnahme finanziell wohl nicht hätte darstellen lassen.

„Unsere Kulturlandschaft zeichnet sich u. a. durch eine Vielzahl von denkmalgeschützten und ortsbildprägenden Gebäuden aus, die in den Dörfern Identifikation schaffen“, betonte der Landrat. Deshalb begrüße er jegliches öffentliche und private Engagement im Bereich der Denkmalpflege. Schrell übergab an Pfarrer Josef Kühn und Kirchenpfleger Ludwig Keis die Restrate des vom Kultur- und Sportausschuss beschlossenen Zuschusses in Höhe von 15.000 Euro.

Vielfältiger Nutzen

Bürgermeister Jürgen Kopriva

Landkreis Oberallgäu:

Mehrgenerationenhaus auf dem Prüfstand

Der Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit des Kreistages Oberallgäu hat die Verwaltung beauftragt, zusammen mit der Seniorenbeauftragten die Realisierung eines Mehrgenerationenhauses für den Landkreis Oberallgäu zu prüfen. Damit ist der Antrag der FDP einstimmig angenommen worden.

Gisela Bock: „Ich freue mich sehr, dass unser Vorschlag auf große Zustimmung gestoßen ist. In einem Mehrgenerationenhaus werden durch das Miteinander der Generationen Alltagskompetenz und Erfahrungswissen bewahrt, Integration gefördert und der Zusammenhalt zwischen allen Generationen gestärkt. Man kann Vieles in einem Mehrgenerationenhaus verwirklichen: Lern- und Kreativangebote für Kinder

und Jugendliche, Weiterbildungs-kurse für Wiedereinsteiger in den Beruf, Vermittlung von ehrenamtlicher Arbeit, Computerkurse für die ältere Generation, Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten, Angebote für gemeinsames Handarbeiten und Singen und vieles mehr. Ich bin überzeugt, dass ein solches Haus der Begegnung ein großer Gewinn für unsere Bewohner im Oberallgäu ist.“ □

HUCK Vogelnest® beugt Unfällen vor

Nur das Original bringt die geforderte Sicherheit für spielende Kinder

Asslar-Berghausen – Kinder schaukeln für ihr Leben gerne: möglichst hoch dann und abspringen, soweit man kommt – das macht Spaß. Vogelnest-Schaukeln sind daher ein beliebtes Spielgerät auf jedem Spielplatz, weil hier mehrere Kinder gemeinsam dieses Vergnügen genießen können. Neben dem Original HUCK-Vogelnest® gibt es am Markt mittlerweile preiswerte Nachbauten, die jedoch entsprechende Sicherheitsmängel aufweisen, wie Unfallforscher in ihren Sicherheitstipps für Schulen und Lehrer beschreiben.

Dabei sind mehrere Aspekte gelistet:

Aufhängung: Bei Schaukeln mit nur einer Aufhängung können Kinder zwar in alle Richtungen schaukeln. Die wechselnde Schwingrichtung ist für die Kinder aber nur schwer einzuschätzen. Es müssen außerdem zusätzliche Vorrichtungen zum Halten des Lagers vorhanden sein, sollte die Hauptbefestigung versagen.

Ring: Der äußere Ring einer Vogelnest-Schaukel muss stoßdämpfend ausgelegt sein, um Körperteile der Kinder selbst bei härterem Anprall nicht zu verletzen.

Nestboden: Nur ein möglichst engmaschiger Boden verhindert, dass Kinderfüße beim Schaukeln durchschlüpfen und stecken bleiben.

Maximale Sicherheit

Diese Forderungen erfüllt das Original HUCK Vogelnest® von Beginn an serienmäßig: Eine engmaschige Gliederplatte, auf der die Kinder sitzen, sorgt dafür, dass weder Arme noch Beine beim Schaukeln durchgesteckt werden können. Der Boden ist stufenlos und sanft gerundet, damit die Kleinen ergonomisch und geborgen im Vogelnest® liegen.

Die HUCK Gliederplatte befindet sich mittlerweile seit ca. 20 Jahren weltweit mit hoher Zuverlässigkeit im Einsatz. Im Gegensatz zu Netzböden bleiben Schmutz und Nässe nicht im Material stehen, die Kleidung bleibt sauber und trocken. Der stabile Ring in den Durchmessern 90 und 120 cm hat eine Seilumwicklung mit extra starker Polsterung, damit die Kids sicher spielen können.

Langlebiges Schaukeln

Damit kleine wie größere Kinder viel Spaß erleben, kombiniert HUCK sein Vogelnest® mit verschiedenen Schaukelgestellen aus hochwertigem Holz oder farbig

14. Allgäuer Altbautage:

Qualifizierte Baubegleitung im Visier

Rund 10.000 Interessenten lockten die 14. Allgäuer Altbautage auf das Gelände der Kemptener Fachhochschule. 90 Aussteller präsentierten ihre Produkte und Dienstleistungen rund um die Sanierung. Außerdem klärten Experten in 120 Vorträgen Hausbesitzer über die bestmögliche Wärmedämmung für Dach und Fassade, moderne Fenster sowie Heizungs- und Solartechnik und die entsprechenden Fördermittel auf.

Kommunalpolitiker sowie Hausbau- und Energieexperten hatten bei der Eröffnung der Altbautage über die Frage „Wie wohnen wir im Allgäu im Jahr 2050?“ diskutiert. eza!-Geschäftsführer Martin Sambale geht davon aus, dass bis 2050 60 Prozent aller Gebäude den Passivhausstandard erreichen werden und 80 Prozent aller Häuser den eigenen Strom mit Photovoltaikanlagen erzeugen.

Für höhere Anreize

Professor Wolfgang Mayer von der Hochschule Kempten plädierte für noch höhere Anreize für ganzheitliche Sanierungsmaßnahmen, eine Klimasteuer auf fossile Brennstoffe sowie eine stärkere Ausrichtung der Energiefor-

lackiertem Stahl. Die Sitz- und Liegefläche wird dabei wahlweise aufgehängt an Ketten, die mit einem roten Gummigewebe-Schlauchüberzug geschützt sind (im öffentlichen Bereich oder Schulen), oder an dem HUCK Herkules-Seil (in Kindergärten oder Kindertagesstätten). Spezielle Aufhängungen sorgen für sicheres und langlebiges Schaukeln.

Die HUCK-Qualität zeigt sich auch am zusätzlichen Scheuerschutz aus Polyamid in den Kreuzungspunkten der Aufhängeketten sowie am Übergang zum Nestkorb. Diese Ketten werden mit einem sehr hochwertigen, witterungsbeständigen und kälteflexiblen Gummischlauch überzogen.

Fünf Jahre Garantie

Auch in größeren Spiellandschaften findet sich das Vogelnest®: Beim Vogelnestbaum mit seinem über 6 m hohen Stahlmast hängen zwischen Kletterseilen und Aufstiegsnetzen 4 Vogelnester. Über Verbindungsleitern, Girlanden- und Hängeseile können die Kids die Nester erreichen. Der neue Vogelnesturm besteht aus 4 stabilen Douglasie-Standpfosten mit einer Gerätehöhe von fast 7 m. Leiternübergänge, Aufstiegsnetze, Strickleitern und ein Netzkamin laden zum Klettern ein. Auf den vier Vogelnestern können sich die Kinder ausruhen. Alle Geräte sind entsprechend den neuesten Anforderungen der EN 1176 zertifiziert. Außerdem gibt HUCK fünf Jahre Garantie auf alle Materialien.

Noch mehr interessante Infos, sowie alle HUCK-Neuheiten, Projektberichte aus aller Welt und Kundenreportagen enthält das neue HUCK-Seilwelten-Magazin im großzügigen A3-Format – per eMail bestellbar über seiltechnik@huck.net.

Weitere Info im Internet unter: www.huck.net



Das Original HUCK Vogelnest® bringt Schwung auf jeden Spielplatz: Kombiniert mit verschiedenen Schaukelgestellen ergeben sich Spielgeräte für kleine wie größere Kinder.

bauma 2013:

Gigantisch, begeisternd, geliebt

Die bauma ruft... und alle kommen: Gut 530.000 Besucher aus über 200 Ländern kamen vom 15. bis 21. April auf das Münchner Messegelände. Nach den Bestmarken bei der Ausstellerzahl und der Fläche hat die bauma auch bei den Besuchern einen neuen Rekord aufgestellt. „Dies tut unserer Branche in diesen doch turbulenten Zeiten gut und wird ihr sicherlich Aufwind geben“, sagt Johann Sailer, Vorsitzender des Fachverbandes Bau- und Baustoffmaschinen im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) und Präsident des Europäischen Baumaschinenverbandes CECE.

Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, ist mehr als zufrieden: „Unsere Aussteller waren von der Qualität und Internationalität der Besucher begeistert. Es wurden gute Geschäfte gemacht. Mit mehr als 200.000 Besuchern aus dem Ausland lag die Zahl internationaler Gäste so hoch wie nie zuvor. Der Zuspruch dieses Jahr war einfach überwältigend.“

Hohes Niveau

„Für Herrenknecht hat sich die bauma 2013 von ihrer besten Seite gezeigt. Das Publikum war erstklassig und sehr global. Wir konnten unser breit aufgestelltes Portfolio und unsere Spitzeninnovationen im Tunneling und Mining sehr gezielt vermitteln“, sagt Dr.-Ing. E. h. Martin Herrenknecht, Vorsitzender des Vorstandes von Herrenknecht.

Dem schließt sich Ron De-Feo, Chairman und CEO der Terex Corporation, nahtlos an: „Als größte Branchenveranstaltung bietet die bauma die einzigartige Gelegenheit, eine Vielzahl von Kunden aus aller Welt zu treffen.“ Und Johannes Weiermair, Geschäftsführer von SBM Mineral Processing, ergänzt: „Für uns war die bauma 2013 eine großartige Veranstaltung und ein großer Erfolg. Zum einen wegen der weltumspannenden Internationalität der Besucher und zum anderen aufgrund des sehr hohen Niveaus der Kontakte.“

Insgesamt 3.420 Aussteller – 1.346 nationale und 2.074 internationale Unternehmen – aus 57 Ländern präsentierten auf einer Rekordfläche von 570.000 Quadratmetern die neuesten Produkte und Innovationen der Bau- und Bergbaumaschinenbranche - und das mit unglaublichem Erfolg, wie Stefan Heiss-

ler, Mitglied des Direktoriums der Liebherr-International AG, bestätigt: „Wir können ein absolutes positives Fazit nach der Messe ziehen. Kunden aus aller Welt waren zu Gast auf unseren Ständen und wir haben zahlreiche Aufträge abgeschlossen. In einigen Produktbereichen wurden die Erwartungen sogar weit übertroffen.“ Auch Michael Heidemann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Zeppelin Baumaschinen GmbH, ist mehr als zufrieden: „Vom ersten Messtag an wurde der Stand von Zeppelin und Caterpillar fast überrannt. Wir haben auf der bauma 2013 so viele Maschinen verkauft wie noch nie zuvor und damit einen neuen Rekord aufgestellt.“

Die nächste bauma findet vom 11. bis 17. April 2016 in München statt.

Energie- und Ressourceneinsparung jetzt auch im Tiefbau

Ruhstorfer Architekt stellte MONO-Erschließungs-System im Bayerischen Landtag vor

Mit dem innovativen MONO-Erschließungs-System können künftig im kommunalen Tiefbau Energie, Ressourcen und damit auch Kosten eingespart werden. Der Architekt Hans Würmseher aus Ruhstorf a. d. Rott (Landkreis Passau) hat das spezielle System bereits im Jahr 1979 entwickelt, um langfristig die Bau- und Erschließungskosten zu senken. Es basiert auf der Idee, alle Leitungen in einem Graben zu verlegen.

„Mit der Verlegung aller Ver- und Entsorger-Leitungen in einem Graben werden gegenüber der Regelbauweise mindestens 60 Prozent Erdarbeiten und somit Energie und Ressourcen eingespart“, unterstreicht Würmseher. Damit entspreche das MONO-Erschließungs-System der bereits lang existierenden Forderung des neuen „Kreislaufwirtschafts-Gesetzes“.

Erschließungsansatz

„Die beste Energieeinsparung ist die nicht verbrauchte Energie“: Mit dieser „klaren Aussage“ hat der Ruhstorfer Architekt seine Erfindung und den dazugehörigen Erschließungsansatz kürzlich auf Einladung von MdL Walter Taubeneder (CSU) Landtagsabgeordneten aus ganz Bayern vorgestellt und in diesem Zusammenhang generell an die Parlamentarier appelliert, innovative Entwicklungen nicht nur zu fördern, sondern deren Durchsetzung im Sinne der Gesetze auch sinnvoll zu fördern. Dies wäre beispielsweise mit einer Art „Umwelt-Energie-Pass“ möglich. Denn: „Die Kommunen benötigen hierzu keine Förderung aus Steuermitteln, sondern vielmehr Entscheidungshilfen durch eine fachliche Vorprüfung bzw. amtliche Zertifizierung der neuen Systeme und die Zulassung einer alternativen Ausschreibung“, wie der

Architekt ausdrücklich betont.

Laut Würmseher würden im Tiefbau mittels der „altbewährten Bauweise Energieressourcen regelrecht verschleudert“. Unter Verwendung einer neuen Infrastruktur für Versorgungsleitungen könne sich eine nachhaltige Senkung der Folgekosten mit ca. 90 Prozent für Kommune und Bürger ergeben, erklärt der Architekt: „Und das allein durch das Fehlen von Gräben, Schächten und Schieberkappen in der Straße. Hinzu kommen eine längere Haltbarkeit der Straßen und Leitungen, sowie die Möglichkeit der grabenlosen Erneuerung aller Leitungen von den MONO-Boxen aus“, so Würmseher.

Verbreitung des Systems

Die Abgeordneten aus den verschiedenen Arbeitskreisen zeigten sich nach der Vorstellung des Ansatzes jeweils überzeugt und angetan. Sie wollen mit dem bereits bayernweit intensiv erprobten MONO-Erschließungs-System künftig auch in ihren Stimmkreisen werben. Um die Verbreitung des Systems zu intensivieren, empfiehlt Umweltminister Dr. Marcel Huber, die kommunalen Spitzenverbände künftig als geeignete Multiplikatoren einzubeziehen.

Weitere Informationen unter www.monosystem.de



Die Landtagsabgeordneten zeigten sich beeindruckt von der Vorstellung des MONO-Erschließungs-Systems durch dessen Entwickler Architekt Hans Würmseher (3. v. r.). Eingeladen hatte MdL Walter Taubeneder (3. v. l.). Mit dabei auch Ruhstorfs Bürgermeister Erich Hallhuber (2. v. l.), in dessen Marktgemeinde das System bereits seit langem bestens funktioniert.

HUCK
Seiltechnik

Vertrauen Sie nur
dem Original

Höchste Sicherheit und jede Menge Spielspaß für die Kids – das gibt es nur beim Original HUCK Vogelnest®. Viele Größen, Farben und Ausstattungen sowie lange Lebensdauer und TÜV-Prüfung sind selbstverständlich.

Fordern Sie jetzt
unsere neuen
SEILWELTEN an!

www.huck.net
www.seilwelten.de

Qualität.
Sicherheit.
Spaß.

HUCK Seiltechnik auf facebook:
[facebook.com/huck.seiltechnik](https://www.facebook.com/huck.seiltechnik)

Baustoffrecycling:

Im Blickwinkel des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

Seit 1. Juni 2012 ist das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) in Kraft. Es regelt die Bewirtschaftung von Abfällen. Abfälle sind alle Materialien, denen man sich entledigen will oder muss. Das KrWG nimmt dabei insbesondere Abfallerzeuger und -besitzer in die Verantwortung, alle ihre Abfälle ordnungsgemäß und schadlos sowie möglichst hochwertig zu verwerten.

Schadlos heißt dabei zum Schutz von Mensch, Umwelt und insbesondere von Boden und Grundwasser. Als ordnungsgemäß gilt die Verwertung, wenn sie im Sinne der Vorschriften des KrWG sowie aller anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften wie z. B. dem Wasserhaushaltsgesetz, der Gewerbeabfallverordnung, den landesspezifischen Abfallgesetzen usw. erfolgt. Und nicht zuletzt besteht die Verpflichtung, möglichst hochwertig zu verwerten, das heißt Recycling vor stofflicher Verwertung (wie zum Beispiel der Verfüllung) und vor allem Recycling vor Beseitigung auf einer Deponie (Abfallhierarchie).

Gerade in der Bauwirtschaft jedoch werden die Auswirkungen dieses Gesetzes auf die betriebliche Praxis von den meisten Unternehmen nach wie vor unterschätzt. Alle Bau- und Abbruchabfälle, Boden und Steine wie z. B. jeder Baugrubenaushub (soweit er nicht direkt am Ort der Entstehung wiederverwendet wird) stehen unter dem Anwendungsbereich des KrWG. Jeder Bauherr, Bauunternehmer, Transportunternehmer, Erdbau- und Abbruchunternehmer, Aufbereiter usw. findet

sich immer in irgendeiner Form in der Position des Abfallerzeugers und/oder Abfallbesitzers i.S.d. KrWG und hat somit seine Verpflichtung zur ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zu erfüllen.

Register und Nachweise

So ist bereits der Transport von Bauschutt und Baugrubenaushub anzeigepflichtig. Bei der Aufbereitung und Lagerung von mineralischen Abfällen, ob mobil oder stationär, müssen die genehmigungsrechtlichen Anforderungen nach den Bundesimmissionschutzgesetzen eingehalten werden. Genehmigungsfreiheit besteht demnach i.d.R. nur für die Aufbereitung bzw. Lagerung von Abfällen am Ort der Entstehung und dies nur bis zu einer Dauer von längstens zwölf Monaten. Register und Nachweise sind zu führen, Auskunftspflichten gegenüber den Behörden zu beachten uvm. Die Nichtbeachtung der Anforderungen des KrWG wird mit Ordnungswidrigkeiten und empfindlichen Bußgeldern geahndet.

Die Verpflichtungen für Abfallerzeuger und -besitzer enden aber

nicht mit der Übergabe der Abfälle oder der Entsorgungstätigkeit an einen Subunternehmer, Aufbereiter oder Grubenbetreiber (Drittauftragung). Die Verantwortung bleibt immer bis zum endgültigen Abschluss der Verwertung bzw. bis zum abschließenden, schadlosen und ordnungsgemäßen Einbau - z. B. von Recyclingbaustoffen auf einer Baustelle - bei Abfallerzeuger und -besitzer. Die sorgfältige Auswahl von Subunternehmern und Entsorgungsbetrieben sowie die Prüfung, ob auch von diesen alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt werden, ist wichtiger denn je.

Schadlose Verwertung

Geprüfte, güteüberwachte und zertifizierte Recyclingbaustoffe erfüllen alle Anforderungen an die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung i.S.d. KrWG. Recyclingbaustoffe sind ökologisch und ökonomisch sinnvoll, vielseitig einsetzbar, ersetzen Primärbaustoffe wie Sand, Kies oder Gestein und helfen so, unsere natürlichen Rohstoffressourcen effektiv und nachhaltig zu schonen.

Geprüfte, güteüberwachte und zertifizierte Recyclingbaustoffe sind umweltverträglich, den natür-

lichen Baustoffen gleichwertig (VOB) und aufgrund eindeutig definierter Anforderungen von hoher bautechnischer Qualität. Hervorragende Einbaueigenschaften, gute Verdichtbarkeit, hohe Standfestigkeit und Materialergiebigkeit gewährleisten dem Anwender deshalb viele, auch wirtschaftliche Vorteile.

Kompetente Hilfestellung

Der Baustoff Recycling Bayern e.V. hat mit seinen „Richtlinien für die Anwendung und Güteüberwachung von mineralischen Ersatzbaustoffen“ eine Grundlage geschaffen, die beginnend mit der Entstehung mineralischer Abfälle an der Baustelle, über die Aufbereitung selbst bis hin zur Verwertung an den jeweiligen Einbaustellen den Herstellern von Recyclingbaustoffen eine kompetente und praxisorientierte Hilfestellung gibt.

Ein System aus Eignungsnachweis, werkseigener Produktionskontrolle (WPK) und Fremdüberwachung gewährleistet die Herstellung von Recyclingbaustoffen von hoher und gleichbleibender Qualität. Bei Erfüllung aller Anforderungen erhält der Hersteller zudem ein Produktzertifikat, das dem Anwender die Konformität dieser Recyclingbaustoffe mit den geltenden umwelt- und bautechnischen Anforderungen attestiert und somit einen sicheren und einfachen Einsatz von Recyclingbaustoffen ermöglicht.

Weitere Informationen unter www.baustoffrecycling-bayern.de



Recycling vor stofflicher Verwertung und vor allem Recycling vor Beseitigung auf einer Deponie lautet die Devise.

BayWa verkauft erfolgreich drittes Immobilienpaket

Die BayWa AG hat jetzt, vorbehaltlich der kartellrechtlichen Zustimmung, wie angekündigt auch ein drittes Immobilienpaket erfolgreich verkauft: Für rund 60 Mio. Euro haben ein Gemeinschaftsunternehmen von vier Volks- und Raiffeisenbanken aus Bayern sowie die RMI Immobilien Pfarrkirchen 14 Immobilien mit einer Gesamtgrundstücksfläche von rund 177.300 Quadratmetern erworben. Das Gemeinschaftsunternehmen wird gebildet von der Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost eG, der Raiffeisenbank Trostberg-Traunreut eG, der Rottaler Volksbank Raiffeisenbank eG und der VR-Bank Rottal-Inn eG.

Das Konsortium hatte sich in einem strukturierten Bieterverfahren gegenüber internationalen Mitbewerbern durchgesetzt. Bei den Immobilien handelt es sich um Standorte von Bau & Gartenmärkten, die von der BayWa Bau & Gartenmärkte GmbH & Co. KG angemietet sind, einem Joint Venture der BayWa AG und der Hellweg Gruppe sowie um von sonstigen Fach- und Supermärkten angemietete Flächen. Die Standorte befinden sich bis auf einen alle in Bayern.

Mit dem Verkauf schließt die BayWa AG den vor einem Jahr angekündigten Verkauf von Immobilien ab. „Insgesamt haben wir mit

der Veräußerung von drei Immobilienpaketen und dem Verkauf des Hauptsitzes der BayWa AG in München rund 375 Mio. Euro eingenommen, um damit unter anderem die großen Akquisitionen Ende 2012 zu finanzieren. Wir wollten für diese Investitionen in unser Kerngeschäft keine Schulden machen. Das haben wir jetzt eingelöst“, erläutert der Vorstandsvorsitzende der BayWa AG, Klaus Josef Lutz.

Insgesamt machen die Zentrale der BayWa und die drei Immobilienpakete nur etwa 14 Prozent an der gesamten Grundstücksfläche aus, die sich im Besitz der BayWa befinden.

Deponie Holzheim:

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof bestätigt Baurecht

Die Regierung von Schwaben hat die sofortige Vollziehung des ergänzenden Planfeststellungsbeschlusses vom 22. Januar zur alternativen Erschließung der Deponie angeordnet. Ein entsprechender Bescheid wurde der Gemeinde Holzheim durch die RvS zugestellt.

Damit ist die Gemeinde Holzheim jetzt verpflichtet, die Erschließung der Deponie durch eine Sondernutzungsvereinbarung mit LSW zu ermöglichen. Die Entscheidung der Regierung über die sofortige Vollziehbarkeit war notwendig, weil die Gemeinden Holzheim und Münster sowie neun weitere Bürger auch gegen den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss der Regierung Klage erhoben haben.

Darüber hinaus sind die Gemeinden Holzheim und Münster

mit ihren Klagen gegen die Planfestlegung der Regierung von Schwaben vom 1. Oktober 2010 gescheitert: Mit Beschluss vom 20. März 2013 hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof den Berufungszulassungsantrag der Gemeinden sowie einer benachbarten Grundstückseigentümerin gegen die Plangenehmigung zurückgewiesen.

Damit ist der Bescheid der Regierung zur Errichtung der Deponie Holzheim aus dem Jahre 2010 bestandskräftig.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung:

Benchmarking hilft bei Suche nach Verbesserungspotentialen

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Städte und Gemeinden bewältigen diese Aufgabe vorbildlich. Sie gewährleisten hohen Standard und hohe Qualität zu moderaten Preisen.

Die Diskussionen in der Öffentlichkeit zeigen, dass Wasser für die Menschen ein wichtiges Gut ist. Es muss ein Gemeingut bleiben und darf nicht zu einer Handelsware verkommen. Um die Aufgaben weiterhin gut erfüllen zu können, sind funktionierende Struktureinheiten nötig. Der Bayerische Städtetag unterstützt seit Jahren gemeinsam mit dem Bayerischen Umweltministerium und dem Gemeindetag Benchmarking-Projekte, die für die Wasserversorgung (EffWVB) und Abwasserentsorgung (BAB) durchgeführt werden.

Transparenz schaffen

Es ist wichtig, sich nicht mit dem Erreichten zufriedenzugeben, sondern immer weiter nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Die Teilnahme am Benchmarking hilft, um Transparenz mit Gebührendiskussion und Leistungsnachweis zu schaffen und eine Basis für die Leistungsoptimierung zu legen. Benchmarking schafft Transparenz für Verbraucher und Politik. Benchmarking dient zur Positionsbestimmung und Verbesserung des Unternehmens.

Im Jahr 2013 geht das Benchmarking-Projekt „Wasser“ in die 5. Runde und das Benchmarking-Projekt „Abwasserentsorgung“ in die 4. Runde. Aus diesem Anlass fand im Februar 2013 eine Auftaktveranstaltung in der Kläranlage Amerang mit Umweltminister Dr. Marcel Huber statt. Als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände nahm der Erste Bürgermeister Georg Riedl, Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, teil. Er setzt sich vehement für das Benchmarking ein. Riedl betonte die Wichtigkeit des Benchmarkings, durch die ein guter Überblick über die Anlagen geschaffen werden kann, um Verbesserungspotentiale deutlich zu machen.

Bei der Auftaktveranstaltung waren das Bayerische Landesamt für Umwelt, die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA-Landesverband Bayern), der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfachs (DVGW) und der Verband der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) vertreten. Rödl & Partner und aquabench führen die Benchmarking-Projekte durch.

In der Vergangenheit haben viele

Runder Tisch für die Donau in Regensburg:

Gemeinsame Anstrengungen für mehr Lebensqualität

Die Donau als wichtiges Regensburger Naherholungsgebiet soll an Bedeutung gewinnen. Das ist der Tenor eines Runden Tisches, zu dem das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) Regensburg am Wochenende in den Freien TuS eingeladen hat. Direkt neben den Schillerwiesen tauschten sich die Vertreter von Gruppierungen wie Fest im Fluss, DoNaReA oder LBV mit der Regensburger Stadtverwaltung und Politikern aus und legten nächste Schritte fest.

Das WSA ist für die Donau als Wasserstraße zuständig; sie sorgt dafür, dass Schiffe sicher fahren können. Ende des Jahres waren etwa 150 Bäume an der Schillerwiese gefällt worden, da ihre Wurzeln die Stabilität der Dämme gefährden. „Wenn wir jetzt einen Ausgleich schaffen, ist das eine große Chance für die Stadt und ihre Bürger“, sagte Amtsleiter Rolf Diesler. „Denn wir können die Donau als wichtigen Lebensraum und als Naherholungsgebiet nachhaltig aufwerten.“

Die Fällungen hatten zu teils hitzigen Diskussionen geführt. Ingrid Warm erläuterte für das WSA, warum die Arbeiten nötig geworden waren. „Wir mussten dringend die Funktion der Dämme dauerhaft sichern“, sagte Ingrid Warm. „Denn Baumwurzeln gefährden die Standsicherheit bei Hochwasser gleich mehrfach: Sie sind bevorzugte Sickerwege für das Wasser. Sie lockern den Damm bei Wind. Und Bäume, die in dem aufgeweichten Damm samt Wurzelballen umstürzen, schwächen den Querschnitt.“

Vorschriften lassen keine Gehölze mehr zu

In den 1980er Jahren habe das Bundesverkehrsministerium auf die stützende Wirkung der Baumwurzeln gesetzt. Die zurückliegenden Hochwasser hätten jedoch andere Erkenntnisse gebracht: „Zahlreiche Deiche sind im Bereich von Bauwerken oder Bäumen gebrochen. Daher lassen heute die aktuellen Vorschriften hier keine Gehölze mehr zu“, sagt Ingrid Warm. Auch wenn es in der Öffentlichkeit umstritten sei, müsse das WSA diese Vorschriften zwingend anwenden.

Ingrid Warm erläuterte, dass im Vorfeld auch Alternativen wie Anschüttungen oder eine Innendichtung innerhalb des Damms geprüft wurden - mit schlechtem Ergebnis: „Die Bäume hätten nicht erhalten werden können.“

Amtsleiter Diesler machte deutlich, dass die Standsicherheit der Dämme durch die Fällarbeiten auch bei einem Jahrhunderthochwasser gegeben ist. Jetzt solle unter breit gefächelter Beteiligung ein Konzept zur Neubepflanzung abgestimmt werden, das den Bedürfnissen des Naturschutzes und auch der Naherholung Rechnung trägt.

Neben dem WSA hatte DoNaReA, die Donau-Naab-Regen-Allianz, zum Runden Tisch eingeladen. Deren Vertreter Dr. Josef Paukner betonte, dass die Allianz die Bestrebungen des Wasser- und Schifffahrtsamts unterstütze, die Donau im Westen von Regensburg zu revitalisieren. „Die Verbauung der Donau geschah hier in einer Weise, die auf die Natur kaum Rücksicht nahm“, sagt Paukner. „Nun besteht die Chance, das Donau-Ufer lebendiger zu gestalten.“

bayerische Gemeinden am Benchmarking teilgenommen. Die Module werden ständig weiter entwickelt. Im Jahr 2013 stehen Energieeinsparung und Energieeffizienz im Vordergrund.

Projektstart

Der Projektstart für das Benchmarking „Abwasser“ ist für Mai 2013 vorgesehen. Die Datenerfassung soll bis Ende Juli abgeschlossen sein. Bewerbungen sind noch möglich. Weitere Informationen:

ten und es zugleich als einen Ort aufzuwerten, an dem sich Menschen gerne aufhalten.“

Dafür ist es nach Ansicht der DoNaReA unter anderem notwendig, „die monotonen, mit Steinen befestigten Ufer natürlicher zu gestalten. Wir appellieren an die Stadt Regensburg, die Chancen zu nutzen, die sich nun ergeben, und die Aufwertung der Schillerwiesen mitzutragen.“

Die Mitwirkung der Stadt kann es laut Paukner ermöglichen, Dämme so zu verbreitern, dass an geeigneten Stellen wieder schattenspendende Bäume wachsen können. „Ein Nebeneinander von Natur- und Erholungszonen kann hier entstehen mit einem Strand, an dem Menschen baden können, und Plätzen, an denen sich Natur erleben lässt.“

Für die Arbeitsgemeinschaft Fest im Fluss (FIF) sprach Günther Riepl, der große Hoffnungen in den Runden Tisch setzt: „FIF hat in der Aktion „Sicherung“ der Deiche das Bäumefällen als nicht angemessen abgewogene Entscheidung des WSA angeprangert und sich dabei gewundert, dass weder das WSA noch die Stadt als Untere Naturschutzbehörde den Eingriff in eine planfestgestellte Uferzone als alternativlos bewerteten“, sagte er. „Dieser Bereich ist auch als Landschaftsschutzzone im Flächennutzungsplan der Stadt ausgewiesen. FIF und viele Bürger haben diesen Bereich zu einer Erholungszone mit drei Flusszugängen und Kunstskulpturen aufgewertet und auch so in ihr stadtnahes Leben eingebunden, und sehen jetzt ihre Mühen mit der Fällaktion zerstört. Sie erwarten dazu eine Korrektur mit den jetzt aufgestellten Runden Tisch der Fachstellen.“

Eigentlich sollte der Landschaftsarchitekt Richard Weidmüller bereits während diesen ersten Runden Tisches - wie auch schon im städtischen Naturschutzbeirat - sein Konzept zur Revitalisierung der Schillerwiese vorstellen. Da die Bürger die Gelegenheit jedoch nutzen, die Baumfällung kritisch zu hinterfragen, einigten sich alle Beteiligten nach insgesamt drei Stunden Sitzung einvernehmlich, diesen Punkt auf das nächste Treffen zu verschieben. Amtsleiter Diesler sah darin ein Zeichen, trotz aller Schwierigkeiten gemeinsam eine gute Lösung zu erarbeiten: „Ich freue mich, dass der Dialog heute tatsächlich begonnen hat.“

Beim nächsten Runden Tisch Mitte April sind der Landesbund für Vogelschutz (LBV), der Bund Naturschutz (BN) und auch der Anglerbund eingeladen, ihre Vision vorzustellen. In einem nächsten Schritt soll gemeinsam mit allen Beteiligten ein Konzept erarbeitet werden, um die Schillerwiesen und die Donau als Lebensraum und Naherholungsgebiet auf Dauer aufzuwerten.

www.abwasserbenchmarking-bayern.de

Das Benchmarking „Wasserversorgung“ startet Mitte Juli. Hier werden Anmeldungen entgegen genommen. Eine Registrierung ist unter www.effwb.de oder unter www.roedlbenchmarking.de möglich. Dort sind weitere Informationen zum Projekt abrufbar. Die Teilnahme an den Benchmarking-Projekten wird durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit gefördert.

IBSt

Regelwerk, Technik und Qualifikation

8. Nürnberger Informations- und Erfahrungsaustausch zum Rohrvortrieb

Vor kurzem trafen sich Mitarbeiter von Kommunalen Auftraggebern, Vergabestellen, Wasserwirtschaftsämtern, Ingenieurbüros, Rohrvortriebsunternehmen und Herstellern von Rohren und Rohrvortriebsmaschinen zum 8. Nürnberger Informations- und Erfahrungsaustausch. Informiert und diskutiert wurde auf der gemeinsamen Veranstaltung der TÜV Rheinland LGA Bautechnik GmbH und des Güteschutz Kanalbau e.V. unter anderem über Entwicklungen im Regelwerk, Innovationen der Branche, Vortriebsprojekte und Verfahren. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten zählten neben dem Arbeitsblatt DWA-A 161 (Weißdruck) und der Vorstellung wichtiger Änderungen bei der Baugrundbeschreibung (ATV DIN 18319) die Analyse von Gefahrenquellen beim Rohrvortrieb sowie die Diskussion über Aspekte der Qualitätssicherung von der Planung bis zur Ausführung.

Themen, bei denen der Güteschutz Kanalbau und die LGA Bautechnik an einem Strang ziehen. Beide Organisationen setzen sich für Qualität und Qualifikation in diesem Bereich ein: der Güteschutz Kanalbau u.a. durch die Prüfung der Bieterqualifikation nach RAL-GZ 961; die LGA Bautechnik für Dienstleistungen bei Bodengutachten, Statik, Materialprüfung und Bauüberwachung. „Im Fokus beider Institutionen steht eine Verbesserung der Qualität beim Rohrvortrieb“, erklärte

Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer des Güteschutz Kanalbau, der die Veranstaltung gemeinsam mit Prof. Dr.-Ing. Albert Hoch, TÜV Rheinland LGA Bautechnik GmbH, moderierte.

Erfahrungen aus der Praxis

Ziel der Veranstaltung sei es, den am Rohrvortrieb interessierten Personenkreisen ein Forum für den praxisbezogenen und regelmäßigen Austausch zu bieten. Dementsprechend stellten aktuelle

Informationen zu Regelwerken, technische Weiterentwicklungen und Berichte über Vortriebsmaßnahmen den Praxisbezug her. Ebenso wie die Erfahrungsberichte zum Thema Ausschreibung und Qualitätssicherung bei Rohrvortriebsmaßnahmen. Eine begleitende Ausstellung der beteiligten Industrie gab Auftraggebern und Fachfirmen die Gelegenheit, den Erfahrungsaustausch zu intensivieren und das berufliche Netzwerk zu pflegen.

Erfolgreiche Vortriebsmaßnahmen hängen von der Qualität der Verfahren und Produkte ebenso ab, wie von der Qualifizierung der handelnden Personen – von der Planung bis zur Ausführung. Das war immer wieder Thema der Vorträge und Gespräche. So machte Dipl.-Ing. Tim Barbendererde, Barbendererde Engineers GmbH, in seinem Vortrag über „Gedanken, Wunsch und Realität – von der Ausschreibung zur Ausführung“, deutlich, dass bei manchen Vortriebsprojekten zwischen An-

spruch und Wirklichkeit durchaus eine Lücke klafft.

Sachverstand gefragt

Bei der Durchführung von technisch anspruchsvollen Vortriebsarbeiten ist Sachverstand gefragt. Das gilt für die Planung ebenso wie für die Erstellung des erforderlichen Baugrundgutachtens. Doch hier fehlt es oft an der nötigen Erfahrung – so eine klare Botschaft des Vortrages. Dabei sind die entsprechenden Anforderungen festgelegt, etwa im Arbeitsblatt DWA-A 125 (Rohrvortrieb und verwandte Verfahren) oder der DIN 4020 (Geotechnische Untersuchungen für bautechnische Zwecke).

Klare Vorgaben gibt es auch für die Leistungsbeschreibung, in der die Leistung so eindeutig und erschöpfend zu beschreiben ist, dass alle Bewerber die Beschreibung im gleichen Maße verstehen müssen und ihre Preise sicher und ohne umfangreiche Vorarbeiten berechnen können (VOB A § 7 (1)).

Die Realität sieht jedoch anders aus: Unklare Leistungsbeschreibungen führen zu unklaren Angeboten. Die Folgen sind schwerwiegend. Sowohl in Bezug auf die Ausführungsqualität als auch hinsichtlich der Auskömmlichkeit. Hoffentlich kommen wir durch und können Geld über Nachträge generieren, so die Hoffnung mancher Unternehmen. Laut Tim Barbendererde sind wir alle für diese Entwicklung verantwortlich. Es gilt, Vorschriften zu beachten, Fachleute zu beauftragen, eine ordentliche Bauvorbereitung durchzuführen und klare Dokumentationen zu erstellen – so der Appell des Referenten.

Gefahren analysiert

Dass bei Planung, Ausschreibung und Ausführung von Vortriebsmaßnahmen durchaus nicht immer alle Beteiligten auf dem gleichen Kenntnisstand sind, weiß auch Dipl.-Ing. Stephan Tolkmitt, einer der vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragten Prüfingenieure. In seinem Vortrag analysierte er Gefahrenquellen beim Rohrvortrieb und gab Beispiele aus der Praxis. Nur dauerhaft intakte und dichte Kanäle ermöglichen letztlich tragbare Entsorgungskosten – hierin ist sich Tolkmitt mit seinem Kollegen Dipl.-Ing. Dieter Walter einig, der ebenfalls als Prüfingenieur für die Gütegemeinschaft Kanalbau tätig ist.

„Angesichts dieser Tatsache und der von schadhafte Kanälen ausgehenden Umweltbeeinträchtigungen ist eine zuverlässige Qualitätssicherung im Kanalbau besonders wichtig“, so Walter. Auftraggeber berücksichtigen dies insbesondere durch Sicherstellung der Qualifikation der ausführenden Unternehmen. Dazu haben sie als gemeinsames Instrument die Gütegemein-

schaft Kanalbau geschaffen.

Bei der Gütesicherung Kanalbau handelt es sich um ein System, das von Auftraggebern und Auftragnehmern gleichberechtigt getragen wird. Gemeinsam wird das Thema Ausführungsqualität angegangen – mit abgestimmten Anforderungen und den Elementen Selbstverpflichtung der Gütezeicheninhaber, Neutralität bei der Bewertung sowie Beratung und Schulung. Da Auftraggeber bei der RAL-Gütesicherung Kanalbau mitwirken, vertrauen sie diesem System und nutzen es in immer größerer Zahl. Auftraggeber führen die Bewertung der Qualifikation von Auftragnehmern auf Grundlage der Bewertung durch den neutralen Güteausschuss durch.

Gemeinsam für Qualität

In den Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 finden sich detaillierte Anforderungen an die Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und technische Zuverlässigkeit der Bieter sowie die Dokumentation der Eigenüberwachung. Sie werden regelmäßig angepasst und überarbeitet – so auch in Bezug auf Ausschreibung und Bauüberwachung, zum Beispiel im Bereich Vortrieb (ABV), aber auch in den Bereichen Offener

Kanalbau (ABAK) und Sanierung (ABS). Ziel dieser Erweiterung ist es, die Umweltverträglichkeit von Abwasserleitungen und -kanälen durch eine qualitativ hochwertige Ausschreibung und Bauüberwachung zu verbessern.

Dieser Mechanismus funktioniert in der Praxis. Zusätzliche Hilfestellung bietet das umfangreiche Dienstleistungspaket der Gütegemeinschaft Kanalbau, zu dem u. a. die Broschüren „Rohrvortrieb – Herstellung von Abwasserleitungen und -kanälen in grabenloser Bauweise“ sowie „Leitfäden zur Eigenüberwachung bei Ausschreibung“ und „Bauüberwachung“ von Rohrvortriebsarbeiten (Beurteilungsgruppe ABV) und bei der Ausführung entsprechender Arbeiten (Beurteilungsgruppen VP, VM/VMD, VO/VOD) gehören. Vor allem bei der Dokumentation der Eigenüberwachung bieten die Leitfäden eine hervorragende Arbeitsgrundlage.

Instrumente wie diese können dazu beitragen, die verschiedenen Projektphasen – angefangen bei der Planung über die Ausschreibung bis zur Bauausführung – einfacher, strukturierter und im Sinne eines nachhaltigen Kanalbaus erfolgsorientiert zu gestalten: Auch das war Tenor bei der Veranstaltung zum Rohrvortrieb in Nürnberg. □

DEKRA weist auf erweiterte Pflichten der Eigentümer hin:

Auf Legionellen-Gefahr schnell reagieren

Mit der erneuten Änderung der Trinkwasserverordnung im Dezember 2012 werden Immobilienbesitzer noch stärker in die Pflicht genommen. Werden Legionellen im Trinkwassersystem festgestellt, muss sich der Eigentümer unverzüglich und ohne weitere Aufforderung durch das Gesundheitsamt auf die Suche nach den Ursachen machen. Dies kommt häufiger vor, als viele denken: Durchschnittlich wird in etwa zehn Prozent der Proben ein Legionellenbefall über dem Maßnahmenwert festgestellt.

Seit der 1. Novellierung der Trinkwasserverordnung im Jahr 2011 müssen gewerbliche Vermieter ihre Warmwasseranlagen auf Legionellen untersuchen lassen. Betroffen ist der überwiegende Teil der Mietwohnungsgebäude, sofern sich mehr als zwei Wohnungen darin befinden. Liegt die Legionellenkonzentration über dem sog. technischen Maßnahmenwert, muss der Eigentümer handeln. Er muss weitere Trinkwasser-Proben veranlassen und Gegenmaßnahmen ergreifen, deren Ergebnisse er dem Gesundheitsamt mitzuteilen hat.

An erster Stelle stehen Untersuchungen zur Aufklärung der Ursachen. Dies schließt eine Besichtigung der Anlage durch einen Fachmann ein, der vor allem prüft, ob die anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden. Darauf aufbauend ist eine Gefährdungsanalyse zu erstellen. Zudem sind Maßnahmen zu ergreifen, die für den Schutz der Gesundheit der Verbraucher erforderlich sind.

Zentraler Punkt bei diesem Maßnahmenkatalog ist die Gefährdungsanalyse. Dabei geht es um die Identifizierung und Bewertung von Mängeln in der Anlage, um daraus die Maßnahmen und einen Zeitplan abzuleiten. Auf dieser Basis muss dann ein Konzept erarbeitet werden, um die Ursachen der Kontamination zu beseitigen.

Personen, die Gefährdungsanalysen durchführen, müssen in den Bereichen Versorgungstechnik und Trinkwasserhygiene qualifiziert sein. Das Umweltbundesamt UBA weist in seiner Empfehlung zur Gefährdungsanalyse darauf hin, dass die Durchführung unabhängig von anderen Interessen erfolgen muss, das heißt, die Fachleute dürfen nicht selbst an der Planung, dem Bau oder Betrieb der Trinkwasserinstallation beteiligt gewesen sein. Als unabhängige Sachverständige sind die Experten von DEKRA frei von Liefer- oder Leistungsinteressen. □

Broschüre zur kommunalen Wasserwirtschaft:

VKU beleuchtet Energiepotenzial

Die Rahmenbedingungen für die Energiebeschaffung haben sich für die kommunale Wasserwirtschaft in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Broschüre „Energie im Fokus“, Ergebnis der VKU-Arbeitsgruppe „Energieeffizienz in der Wasserwirtschaft“, beschreibt die aktuellen Rahmenbedingungen, präsentiert die Ergebnisse einer bundesweiten VKU-Umfrage und unterlegt diese mit beispielhaften Projekten aus der Praxis.

Zur Ermittlung des Energiepotenzials in der kommunalen Wasserwirtschaft hat der VKU in einem Zeitraum von knapp drei Monaten unter seinen Mitgliedern mit den Sparten Wasser und/oder Abwasser eine Umfrage mit den Schwerpunkten „Effizienzsteigerung“ und „Energieerzeugung/-rückgewinnung“ durchgeführt. Insgesamt haben sich 171 kommunale Ver- und Entsorger aus nahezu allen Bundesländern beteiligt.

Die Ergebnisse der VKU-Umfrage belegen überzeugend die besondere Bedeutung, die das Thema Energieeffizienz bereits heute in der kommunalen Wasserwirtschaft einnimmt. So halten 92 Prozent der VKU-Mitglieder eine energetische Optimierung ihrer Anlagen für sehr wichtig bis wichtig. Eindrücklich belegt wird dies durch die Tatsache, dass über zwei Drittel der Befragten in den vergangenen fünf Jahren erfolgreich Investitionen in energetische Optimierungen vorgenommen haben.

Die kommunalen Unternehmen konnten zwischen 2006 und 2011 ihren Primärenergiebedarf durchschnittlich um 11 Prozent senken. Bis 2016 planen die Unternehmen, 23 Prozent Senkung zu erreichen und somit fast ein Viertel alleine durch Effizienzmaßnahmen einzusparen.

Prozessoptimierungen

Wie realisierte Optimierungsmaßnahmen der kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorger zur Einsparung des Primärenergiebedarfs beitragen, darüber geben einige Projekte einen kleinen Überblick. Sie stehen exemplarisch für viele kleine und große Prozessoptimierungen in den Betrieben und Unternehmen. Die aufgeführten Maßnahmen bewirken alleine eine Einsparung von über 17.000 Tonnen Kohlendioxidemissionen pro Jahr. Das entspricht laut UN-Klimakonvention dem jährlichen Ausstoß von rund 3.100 Autos.

Neben der Einführung eines netzsynchronen Energieerfassungstools (EEFT) auf dem Klärwerk Gut Großlappen (Münchner Stadt-

entwässerung) wird als bayerisches Beispiel die Energieverbrauchsoptimierung eines Unterdruckentwässerungssystems (Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR/Gemeinde Ernsgaden) angeführt. Die Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR (INKB), ein Unternehmen der Stadt Ingolstadt, und die Anrainergemeinde Ernsgaden haben 2007 auf Grundlage des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) beschlossen, dauerhaft auf dem Gebiet der Abwassersammlung zusammen zu arbeiten.

Generell wird im Gemeindegebiet die Sammlung und Entsorgung des häuslich und gewerblich anfallenden Abwassers über ein Unterdruckentwässerungssystem bewerkstelligt. Den dafür notwendigen Unterdruck baut ein am Ortsebene gelegenes Pumpwerk mittels Vakuumpumpen auf. Das über Unterdruck in Abwassertanks gesammelte Abwasser wird anschließend über eine Druckleitung an ein benachbartes Freispiegelnetz übergeben.

Sanierungskonzept mit der Gemeinde Ernsgaden

Die Ausgangssituation zeigte einen Dauerbetrieb der eingesetzten Vakuumpumpen an. Mit der Gemeinde wurde daraufhin ein Sanierungskonzept aufgestellt. Im ersten Schritt wurden alle Sammler aufgenommen und soweit saniert, um ein homogenes, stabiles Unterdruckniveau aufzubauen. Diese Maßnahme wurde und wird begleitet durch eine intensive Aufklärung aller angeschlossenen Abwassereinleiter. Im zweiten Schritt folgte die maschinentechnische Sanierung des Pumpwerkes zum einen auf der Vakuumseite und zum anderen auf der Druckseite.

Unter Subsummierung der Hauptkriterien konnten in der Gesamtheit aller umgesetzten Maßnahmen der Energiebezug um ca. 41 % gesenkt, die technische Lebenserwartung des Pumpwerkes gesteigert und die dauerhafte Ableitungssicherheit wiederhergestellt werden. Ebenso wurde die

Klimaschutzzielstellung durch nicht verbrauchte Energieeinheiten bedient.

Als Einzelmaßnahmen wurden ausgeführt:

1. Mittelbare Sanierung der häuslichen Abwasserventilschächte
2. Sanierung der Unterdrucksammler
3. Einbau von Vorfiltern für die Vakuumpumpen
4. Erweiterung der Steuereinrichtungen durch „Sanftanlaufsteuerung“ der Vakuumpumpen
5. Einbau von Bypassschiebern von Tank zu Tank
6. Einbau einer neuen Steuerung für die ESA – Anlage (Notstromgenerator).

Potenzial ausschöpfen

Fazit: Um das vorhandene Energiepotenzial in der kommunalen Wasserwirtschaft optimal zu heben und gleichzeitig das Engagement der kommunalen Ver- und Entsorger wirksam zu unterstützen, ist es aus Sicht der kommunalen Wasserwirtschaft notwendig,

- einen langfristig angelegten, zentralen Förderrahmen mit vereinfachter, unbürokratischer Teilnahmemöglichkeit für kommunale Unternehmen der Wasserwirtschaft einzurichten,
- die Forschung und Entwicklung praxistauglicher Energieeffizienzmaßnahmen in der Wasserwirtschaft systematisch auszubauen und zu unterstützen,
- die Energiepotenziale in der Wasserwirtschaft durch Förderung bzw. Gleichstellung gleichwertiger Fördertatbestände beispielsweise mit Biogasanlagen anzuerkennen,
- Genehmigungsverfahren für den Bau von Zusatzanlagen auf wasserwirtschaftlichem Gelände, wie zum Beispiel Anlagen zur Co-Vergärung von Bioabfall, zu vereinfachen,
- Belastungen der Daseinsvorsorge in der einschlägigen Gesetzgebung beispielsweise im EEG oder Energie- und Stromsteuergesetz zurück zu nehmen,
- die Anforderungen an Aufbereitung und Behandlung durch eine konsequente Umsetzung des Vorsorge- und Verursacherprinzips möglichst gering zu halten,
- die Bestrebungen des Unternehmens im Rahmen kommunaler Kooperationen zu fördern und im Vergaberecht entsprechende Freiräume zu schaffen. DK

Schott Schwimm- & Lackschlamm-sauger

zum Abzug schwimmender Medien wie Schwimmschlamm, Lackschlamm, Öle, Fette, Wasserlinsen und mehr - auch bei wechselnden Wasserständen.

- ✓ Mobil einsetzbar
- ✓ Geringe Montagekosten
- ✓ Sofort einsatzbereit
- ✓ Nachrüstbar
- ✓ Auch als Klarwasserabzug
- ✓ Optional mit Pausen- Laufzeitsteuerung und Trübungsmessung
- ✓ Viele Sonderausführungen möglich





Schott GmbH Pumpen und Elektrotechnik • Carl-Zeiss-Straße 16 • D-71229 Leonberg (Gebersheim)
Telefon +49 (0) 7152 / 44 701 • Fax +49 (0) 7152 / 44 961 • E-Mail: info@schott-pumpen.com • Internet: www.schott-pumpen.com

MAN Trucknology Days 2013:

Sonderausstellung mit Kommunalfahrzeugen

Seit 2008 veranstaltet MAN mindestens einmal im Jahr diese umfassende Produktschau, die dieses Jahr rund 3500 interessierte Besucher und Kunden aus 15 europäischen Ländern sowie aus Südkorea in das MAN Truck Forum und auf die nahe gelegene Teststrecke in München lockte. Das stellt ein enorme Steigerung des Interesses an den MAN-Produkten dar, da im letzten Jahr etwa 2400 Besucher gezählt wurden. Unter dem Motto „High efficiency. Big details“ erlebten die Besucher konsequent effiziente Transportlösungen von MAN – darunter auch Fahrzeuge der neuen TG-Familie mit Euro 6-Motoren.

Mehrere MAN TGL, TGM, TGS und TGX in der besonders umweltfreundlichen Euro 6-Ausführung standen zur Besichtigung und für Testfahrten bereit. So vielfältig wie die Branchen, in denen MAN-Fahrzeuge zum Einsatz kommen, so vielfältig präsentierten sich die rund 150 Fahrzeuge in diesem Jahr in fünf Themenbereichen: Fernverkehr, Verteilerverkehr, Bau, Schwerlast und Kommunal. Fahrindrücke mit Baufahrzeugen, Schwerlastzügen mit ca. 100 Tonnen Zuggesamtwicht oder Lang-Lkw auf der Teststrecke begeisterten die Besucher. Interessante Erfahrungen sammelten die Teilnehmer auch bei längeren Testfahrten, die unter Betreuung der MAN ProfiDrive-Trainer auf Autobahnen und Landstraßen rund um das MAN-Werk angeboten wurden. Abgerundet wurden die Trucknology Days durch Fachvorträge, Vorführungen und einem ansprechenden Rahmenprogramm.

Produktvielfalt

Bei den Trucknology Days steht eine Branche im Mittelpunkt der Ausstellung. In diesem Jahr war es die große Produktvielfalt der Kommunalfahrzeuge. Ob Kehrmaschinen, Abfallsammelfahrzeuge, Straßen- und Winterdienstfahrzeuge oder Fahrzeuge für die Nassentsorgung – die orange Wagenfarbe fiel in der Ausstellung auf. Neben den MAN TGL, TGM und TGS präsentierten sich mehrere Produkte von VW Nutzfahrzeuge als leistungsfähige Fahrzeuge für den kommunalen Einsatz wie Winterdienst und Abfallentsorgung. Hybridfahrzeuge stellten einen besonderen Anziehungspunkt in der Sonderschau dar: zum einen der MAN Metropolis, das auf der IAA 2012 vorgestellte elektrisch angetriebene Forschungsfahrzeug mit seriellem Hybridantrieb und einem komplett elektrifizierten Abfallsammelaufbau, zum anderen ein Fahrzeug mit dem hydrostatisch regenerativen Bremssystem (HRB).

Sonderschau Kommunalfahrzeuge

Die große Vielfalt der Aufgaben in der Entsorgungsbranche, der Kanal- und Straßenreinigung, im Winterdienst oder kommunalen Straßen- und Wegebau stellt sehr unterschiedliche Anforderungen an die Fahrzeugkonzepte. MAN zeigte aus seinen Baureihen TGL, TGM und TGS maßgeschneiderte Fahrzeug-Aufbau-Kombinationen, die für ihre kommunalen und privatwirtschaftlichen Betreiber zuverlässige und wirtschaftliche Einsatzgeräte darstellen. In der Tonnage nach unten ergänzt wurde die Produktschau durch VW Nutzfahrzeuge mit dem VW Caddy, VW Amarok und dem VW Crafter.

Im Brancheneinsatz der Abfallentsorgung findet man unterschiedliche Ladetechniken wie Front-, Seiten oder Hecklader. Damit der Entsorger ein auf seine Aufgabe und sein Sammelgebiet zugeschnittenes Fahrzeug mit optimaler Transporteffizienz erhält, hält MAN Zwei- bis Vier-

achser und Varianten mit gelenkten Vorlauf- und Nachlaufachsen vor. Besonders hohe Nutzlast verspricht der dreiachsige MAN TGM. Mit bis zu 19,4 Tonnen Tragfähigkeit und einem Nutzlastvorteil von einer Tonne bietet der TGM deutlich mehr als der Wettbewerber. Große Vielseitigkeit bietet die MAN TGS-Baureihe in der weit verbreiteten dreiachsigen Ausführung. Mit seiner ab Werk lieferbaren gelenkten Nachlaufachse mit neun Tonnen Tragkraft nimmt MAN in diesem Marktsegment eine Spitzenstellung ein.

Kehrmaschinen

Kehrmaschinen stellen einen

technisch besonders anspruchsvollen Fahrzeugtyp dar. Einerseits wird eine lastwagentypische Fahrgeschwindigkeit von 80 km/h auf der Straße zwischen den Einsatzorten erwartet. Andererseits bewegen sie sich mit einer sehr geringen Kehrgeschwindigkeit von unter 2 km/h. Erreicht wird dieses durch ein zusätzliches Reduziergetriebe im Antriebsstrang zur Erzielung der benötigten Arbeitsgeschwindigkeit.

Modifizierungen

Da Kehrmaschinen am Rahmen und zwischen den Achsen viel Platz für die Kehrwalze, den Tellerbesen und die Saugeinrichtung benötigen, werden oft Anbauteile wie Luftansaugung, Luftkessel, Treibstofftanks, Batteriekasten und Auspuffanlage verlegt. Diese Arbeiten koordinieren die Spezialisten der MAN Support Modification, so dass Aufbaueinsteiger und Kunde ein branchenspezifisch optimales Fahrzeug von MAN erhalten.

Sicherer Umgang mit Forstseilwinden

Die Forstseilwinde ist aus der Waldbewirtschaftung nicht mehr weg zu denken. Sie ist von der Starkholzernte bis hin zur Brennholzaufarbeitung eine überragende Arbeitserleichterung. Sogar die seilwindenunterstützte Fällung bringt eine enorme Sicherheit und Arbeitskomfort mit sich. Doch der sichere und fachgerechte Umgang mit einer Forstseilwinde muss gelernt sein, denn der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft werden immer wieder schwere Unfälle bei Rückarbeiten mit der Seilwinde im Wald gemeldet. Hierzu bietet die Bayerische Waldbauerschule in Goldberg Aus- und Fortbildungslehrgänge an.

Personen befinden sich bei Seilarbeiten neben der gezogenen Last, zwischen Last und ziehender Winde sowie im Gefahrenwinkel, Umlenkrolle und Last. Hier herrscht Lebensgefahr! Bei mechanisch gesteuerten Forstseilwinden muss der Windenführer mindestens 5 m neben der Winde seine Seilbedienung betätigen.

Bei funkferngesteuerten Winden auf Höhe des Seilanschlages (nur bei Langholz), bei Kurzholzurückungen und Fixlängen am besten hinter der Last gehen.

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Straßenreinigungspflicht der Anlieger

Die Straßenreinigungspflicht der Anlieger besteht bereits seit Jahrzehnten, ohne dass spätere Veränderungen bei der Benutzung des Straßengeländes berücksichtigt worden sind. Generell gilt jedoch, dass die Gemeinde bei Übertragung der Straßenreinigungspflicht auf die Anlieger den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsprinzips Rechnung zu tragen hat. Die Erfüllung der Reinigungspflicht in Bezug auf Gehwege ist regelmäßig mit Belastungen verbunden, die nicht in einem angemessenen Verhältnis zu den Nutzungsvorteilen der Anlieger stehen.

Eine satzungsrechtliche Regelung, wonach ein reiner Spazierweg, der ohne weitere Verkehrsbedeutung in den Außenbereich führt, unabhängig ist von einem konkreten Bedarf zu reinigen, ist unverhältnismäßig und deshalb nichtig.

Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Münster im Urteil vom 3.12.2012 – 9 193/10 – vertreten.

Mit der Entwicklung moderner Abfall- und Abwasserentsorgungssysteme ist die Gefahrenabwehr aus gesundheitspolitischen und hygienischen Gründen in den Hintergrund getreten. Mit der Zunahme des Verkehrs im allgemeinen und des Kraftfahrzeugverkehrs im besonderen sollte die Forderung des ge-

Seilwindenunterstützte Fällung

Den Seilanschlag möglichst weit oben, optimal im mittleren Drittel des Stammes anbringen – geeignet wäre hier das „Königsbronner Anschlagverfahren“ und ein zusätzliches Arbeiten mit einer Umlenkrolle. Dazu eignet sich bestens eine Winde mit einer Funkfernsteuerung; Windenführer und die Person, die mit der Fällung beschäftigt ist, befinden sich in der Rückweiche des zu fallenden Baumes. Diese Ver-

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Straßenreinigungspflicht der Anlieger

Die Straßenreinigungspflicht der Anlieger besteht bereits seit Jahrzehnten, ohne dass spätere Veränderungen bei der Benutzung des Straßengeländes berücksichtigt worden sind. Generell gilt jedoch, dass die Gemeinde bei Übertragung der Straßenreinigungspflicht auf die Anlieger den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsprinzips Rechnung zu tragen hat. Die Erfüllung der Reinigungspflicht in Bezug auf Gehwege ist regelmäßig mit Belastungen verbunden, die nicht in einem angemessenen Verhältnis zu den Nutzungsvorteilen der Anlieger stehen.

Eine satzungsrechtliche Regelung, wonach ein reiner Spazierweg, der ohne weitere Verkehrsbedeutung in den Außenbereich führt, unabhängig ist von einem konkreten Bedarf zu reinigen, ist unverhältnismäßig und deshalb nichtig.

Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Münster im Urteil vom 3.12.2012 – 9 193/10 – vertreten.

Mit der Entwicklung moderner Abfall- und Abwasserentsorgungssysteme ist die Gefahrenabwehr aus gesundheitspolitischen und hygienischen Gründen in den Hintergrund getreten. Mit der Zunahme des Verkehrs im allgemeinen und des Kraftfahrzeugverkehrs im besonderen sollte die Forderung des ge-

Zu allen Jahreszeiten sorgen die gemeindlichen und städtischen Bauhöfe, die Straßen- und Autobahnmeistereien für einen guten Zustand der Fahrbahnen. Sie reinigen die Straßen, räumen den Schnee, führen Reparaturen am Straßenbelag, der Beschilderung und der Beleuchtung durch und pflegen das Straßenbegleitgrün. Neben dem Straßenunterhalt haben die kommunalen Bauhöfe eine Vielzahl an Aufgaben zu erledigen, bei denen Lastwagen zum Einsatz kommen. Effizienz bedeutet flexible Verwendung im Ganzjahreseinsatz.

Geräumige Doppelkabine

Hier punktet MAN mit Fahrzeugen in den Baureihen TGL, TGM und TGS als Dreiseitenkipper, Ladekrankipper, Hubarbeitsbühnen oder für An- und Aufbauten wie Schneepflug, Frontkehrmaschine sowie Streuer für Tausalz oder Sole. Die geräumigste Doppelkabine in ihrer Klasse mit Platz für bis zu sieben Personen hat MAN in den Baureihen TGL und TGM im Programm. Für den Winterdienst bietet MAN werkseitig die erforderlichen Vorbereitungen wie die genormte Geräteanbauplatte, griffgünstig daneben platzierte Hydraulikanalysen inklusive der Winterdiensthydraulik und zusätzliche nach oben verlegte Leuchten- und Blinkereinheiten an.

Sicheres Fällen von Vorhängern

Vorhänger lassen sich am sichersten mit dem Harvester fällen. Ein Vorhänger, das ist ein Baum, der sehr stark in die gewünschte Fällrichtung zieht. Sie geben deshalb die Fällrichtung schon eindeutig vor.

Laien unterschätzen dabei jedoch das lebensbedrohliche Potential. Wenn diese Bäume ganz normal geschnitten werden, dann platzen sie schlagartig auf. Ein Teil des Stammes wird dabei mit großer Wucht und Energie weggeschleudert. Jeder, der hier hinter dem Baum steht, hat keine Chance zu entkommen.

Besonders gefährdete Bäume sind:

- ▶ Randbäume
- ▶ Angeschobene Bäume
- ▶ Bäume mit einseitigen Kronen
- ▶ Schneebruchbäume

Laubholz neigt dabei viel stärker zum Aufplatzen als Nadelholz. Die maschinelle Aufarbeitung bietet auch hier die größte Sicherheit. Ausgebildete Forstwirte und Waldfacharbeiter sind in der Lage diese schwierigen

Situationen auch mit der Motorsäge zu beherrschen. Sie wenden dabei eine spezielle Schneidetechnik mit Halteband an. Falls notwendig, wird eine sogenannte Stammespresse angelegt. Diese Schneidetechnik kann man in speziellen Motorsägenkursen für Fortgeschrittene und an der Bayerischen Waldbauerschule in Kelheim erlernen.

Jeder, der mit der Motorsäge Bäume fällen will, muss zuerst eine gründliche Baumannsprache durchführen. Der Stamm und die Krone werden dabei von mehreren Seiten ganz genau angeschaut. Starke Vorhänger dürfen nur von ausgebildeten Fachleuten oder Maschinen gefällt werden. Nur so lässt sich das Risiko auf ein vernünftiges Maß begrenzen. □



Harvester sind die sicherste Möglichkeit, schwierige Fällungen durchzuführen. □

evtl. mit Stegkralle, bietet noch zusätzliche Rutschsicherheit.

Stich- und schnittfeste Handschuhe aus festem Leder wegen der „Fleischhaken“ und Kälteschutz im Winter verwenden. □

Hochwasser führt, ist das Schneiden gefährlicher als bei Normalpegel. Bei der Heckenpflege ist in Hängen auch auf einen sicheren Stand zu achten.

▶ Bei Bäumen oder Sträuchern die nach vorne hängen, muss der richtige Fällschnitt angewandt werden, um ein Aufreißen des Stammes zu vermeiden. Fachlich richtig ist ein Stachschnitt mit Halteband. Diese Schnitttechnik wird bei einem Motorsägenkurs oder in der Waldbauerschule in Goldberg bei Kelheim vermittelt.

▶ Bei der Baumannsprache dieser Bäume muss besonders ein Auge auf das Todholz geworfen werden. An Bach- und Heckenholz hat man sehr häufig mit abgestorbenem Astholz zu tun. Der Einsatz der Seilwinde wird dabei lebensnotwendig.

▶ Sind an Bach oder Hecke Wanderwege oder Straßen, müssen diese während der Fällung abgesichert sein und Warnposten sind zu beauftragen.

▶ Bei Hecken mit Schlehenssträuchern ist das Tragen von stichfesten Handschuhen dringender erforderlich. □

Tipps für die sichere Bach- und Heckenpflege

Unfälle passieren nicht nur im Wald. Die Pflege von Feld- und Bachgehölzen ist ebenfalls eine sehr unfallträchtige Arbeit. Die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft gibt nun Tipps, damit diese Arbeit sicher erledigt werden kann.

▶ Wer an stehenden Bäumen Äste abschneiden muss, braucht einen sicheren Arbeitskorb der an einem sicheren Trägerfahrzeug angebracht ist. Das Schneiden mit dem Hochtaster wird sehr gefährlich, wenn dickere Äste abgesägt werden.

▶ Beim Arbeiten ist ein Forsthelm mit Gehör- und Gesichtsschutz zu tragen. Dickere Äste dürfen nicht am Stamm abgetrennt werden, diese stückweise von außen nach innen abtragen. Das Herunterfallen von großen und schweren Ästen wird dadurch verhindert.

▶ Beim Schneiden mit dem Hochtaster erst von unten und dann von oben den Ast abtrennen, ein Einklemmen der Sägechiene wird so verhindert.

▶ Beim Fällen von Bäumen an Bachläufen ist ein langes Sägegeschwert in der Motorsäge eine große Hilfe. Nur so wird das Schneiden an der Bachseite möglich.

▶ Die Sicherheit beim Fällen eines Baumes am Bach wird mit dem Einsatz einer Seilwinde um ein Vielfaches erhöht. Die Bäume werden nicht gekeilt sondern umgezogen.

▶ Weil beim Schneiden am Bach meistens in einer sehr heiklen Situation gearbeitet wird und man dadurch nicht schnell genug in die Rückweiche treten kann, ist hier der Einsatz der Seilwinde unentbehrlich.

▶ Je größer der Baum und je



Der Mann, der diese Kirschbaumkrone abschneidet, stand auf einer Leiter und arbeitete mit der Motorsäge. Dabei stürzte er ca. sechs Meter ab und verunglückte tödlich. □

Mercedes-Benz Unimog und Eonic:

Sauberer, effizienter und stärker

Unimog: Neuer einzigartiger synergetischer Fahrtrieb

Weltpremiere bei Mercedes-Benz Special Trucks: Ein aus gleich zehn neuen Typen bestehendes Unimog-Programm - vom Unimog U 216 bis zum Unimog U 5024 und 2- und 3-Achsvarianten des Low-Entry-Spezialisten Eonic leiten die Ära der Euro VI-Motoren auch für Sonderfahrzeuge ein, verbunden mit einer deutlichen Steigerung der Leistungsstärke, Effizienz und des Bedienerkomforts. Trotz der durch die Euro VI-Norm entstandenen Herausforderungen in Form zusätzlicher Komponenten und einem Mehrvolumen von 120 Litern, konnten die Konzeptvorteile der drei Fahrzeugprogramme erhalten und verstärkt werden.

Mit der Einführung, der ab 1. Januar 2014 gültigen europäischen Abgasnorm Euro VI führt Mercedes-Benz neben Atego, Antos, Arocs und Actros die beiden Sonderfahrzeuge Unimog und Eonic ein und rundet damit das Produktportfolio von Mercedes-Benz Lkw ab. Die neuen Motoren geben bis zu 90 Prozent weniger Emissionen und Partikel ab als die Aktuellen.

Unimog-Programm neu gegliedert

In der neu aufgestellten Baureihe der Unimog-Geräteträger ersetzen jetzt die Unimog U 216 und U 218 als kompakte Einstiegsmodelle den bisherigen Unimog U 20 und rücken näher an die Reihe der stärker motorisierten Versionen heran, die nun mit U 318, U 423, U 430, U 527 und U 530 bezeichnet werden.

Dabei gibt die erste Ziffer die Größenordnung an (beispielsweise 4 entsprechend dem früheren Unimog U 400), die folgenden zwei Ziffern stehen für die ersten Stellen der PS-Leistung, so 23 für 230 PS.

Sie treten unter anderem mit einer komplett überarbeiteten Freisichtkabine an, neuen Systemen für Arbeits- und für Leistungshydraulik sowie dem synergetischen Fahrtrieb - dem Wechsel von Schaltgetriebe zu Hydrostat während der Fahrt und erhöhen damit in starkem Maße die Einsatzeffizienz des Unimog. Ebenfalls in wesentlichen Punkten weiter entwickelt wurden die hochgeländegängigen Unimog U 4000 und U 5000, die jetzt die Bezeichnungen U 4023 und U 5023 tragen.

Beim Eonic - die 2- und 3-Achs-Fahrgestellvarianten als 4x2, 6x4 und 6x2/4 mit elek-

trohydraulisch gelenkter Vor- und Nachlaufachse - wurde das Konzept des Low-Entry-Fahrerhaus ausgebaut in Form zahlreicher ergonomisch bedeutsamer Neuerungen. Zudem wurde die Wirtschaftlichkeit durch Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs und der Reparatur- und Wartungskosten deutlich gesteigert. Trotz Euro VI blieb die Nutzlast voll erhalten.

Effizient in die Zukunft mit BlueEfficiency Power

Zwei von Grund auf neu konstruierte BlueEfficiency Power-Motorenbaureihen bringen den Unimog auf die Euro VI-Abgasnorm und sorgen für erhöhte Effizienz, vor allem im Geräteeinsatz, für den jetzt noch mehr Leistung bereit steht. Der Eonic erhält ebenfalls aus dieser Generation zwei Aggregate. Es sind drei Vier- und zwei Sechszylinder im Leistungsbereich von 115 kW (156 PS) bis 260 kW (354 PS) der Motorbaureihen OM 934 und OM 936 in Hubräumen von 5,1 Litern und 7,7 Litern. Die hochmodernen Triebwerke kombinieren niedrigen Kraftstoffverbrauch mit höchster Abgasreinheit und erreichen, dass auch der Unimog trotz des hohen kon-



Die neuen Mercedes-Benz Sonderfahrzeuge Unimog (rechts und Mitte) und Eonic (links). □

struktiven Aufwands zur Einhaltung von Euro VI insgesamt effizienter unterwegs ist.

Für den Eonic konnte ein Mindeerverbrauch von bis zu vier Prozent erreicht werden. Die Motoren - bereits bei Antos und Atego erfolgreich eingeführt - überzeugen mit mehr Leistung und Drehmoment bei deutlich gesteigertem Antritt über den gesamten Fahrbereich hinweg. Auch beim Unimog wurde trotz Euro VI eine Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs erreicht.

Die neuen Magnetventilinjektoren mit Zehnlochdüsen erlauben eine optimale Einspritzung in jeder Betriebssituation. Mit einer spezifischen Motorleistung von bis zu 33,8 kW/l (46 PS/l) gehören die neuen, langhubig ausgelegten Triebwerke mit gekühlter Abgasrückführung zu den Dieselmotoren mit dem besten Wirkungsgrad. So bietet der neue 5,1-

Liter-Vierzylinder bereits in der Einstiegsversion mit 115 kW (156 PS) im Unimog U 216 einen überzeugenden Drehmoment-Bestwert von 650 Nm, der über den gesamten Hauptfahrbereich von 1200 bis 1600/min konstant zur Verfügung steht.

Sechszylinder mit kraftvollem Antritt

Lückenlosen Anschluss an den sehr kompakt bauenden Vierzylinder stellt das Leistungsspektrum des 7,7 Liter großen Reihensechszylinders OM 936 dar. Verwendet werden sie im U 427 und U 430 sowie im U 527 und U 530 und zwar in den beiden Varianten mit 200 kW (272 PS) und 220 kW (299 PS). Damit erreicht der Unimog eine neue Topmotorisierung. Der Drehmomentbestwert beträgt hier 1200 Nm im Drehzahlbereich 1200

bis 1600/min. Den Eonic gibt es mit den Sechszylindermotoren in der Leistung von 220 kW (299 PS) und 260 kW (354 PS).

Raumökonomie in kompakten Fahrgestellen

Auch bei der Abgasreinigung zur Einhaltung der ab 1. Januar 2014 gültigen Euro VI-Norm wurde auf höchste Raumökonomie Wert gelegt, eine Aufgabe, die gerade in den kompakten Fahrgestellen Unimog-Typen, aber auch beim Low-Entry Konzept des Eonic, die Entwickler vor anspruchsvolle Herausforderungen stellte. Neben der motorinternen Abgasrückführung erfolgt die Abgasreinigung durch ein nacheinander geschaltetes System bestehend aus Oxidationskatalysator, geschlossenem Partikelfilter, AdBlue-Eindüsung und SCR-Katalysator. □

Freisinger Gartentage 2013:

Faszinierende Landschaften

Die 17. Freisinger Gartentage vom 10. bis 12. Mai stehen 2013 unter dem Motto: „Die Gartenwelt zu Gast in Freising – willkommen Österreich!“ 120 ausgesuchte Aussteller, Organisationen, Vereine und hervorragende Gartenexperten werden interessante Einblicke in die faszinierende Gartenwelt Österreichs geben, das auf eine so einzigartige Historie zurückblicken kann.

Aufgrund des überragenden Angebots an besonderen Gartenpflanzen und Pflanzenraritäten sind die Freisinger Gartentage eines der bedeutendsten Ereignisse im internationalen Gartenkalender. Mehr als 60 der bekanntesten Staudengärtnereien und Baumschulen aus ganz Deutschland, aus Belgien, Frankreich, Holland, Tschechien und natürlich aus Österreich werden ihre qualitativsten Pflanzen sortimente und Neuzüchtungen, darunter wahre Seltenheiten, präsentieren. Sie begründen den ausgezeichneten Ruf der Freisinger Gartentage als

Pflanzenmarkt mit dem außergewöhnlichsten Angebot und machen sie so zu einem absoluten Muss für Pflanzenliebhaber und Gartenbesitzer.

Engagierte Aussteller

Information und Beratung werden neben dem Verkauf stets groß geschrieben. Die engagierten Aussteller, das vielfältige und besondere Angebot und das informative Rahmenprogramm mit Vorträgen, Gartentage-Praxis, Ausstellungen, Buchpräsentationen und einer Pflanzentom-

bola zu Gunsten der Weihenstephaner Gärten werden die Besucher wieder begeistern.

Interessante Einblicke

Die Landschaftsarchitektin Prof. Maria Auböck aus Wien, der berühmte Fernsehgartner Karl Ploberger, die Fotografin Ursel Borstell sowie Georg Freiherr von Gayl und Ferdinand Graf von Luckner werden die österreichische Gartenszene aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. Sie alle gewähren interessante Einblicke in die faszinierende Gartenwelt der Alpenrepublik – in Geschichte, Tradition, Kunst und Kultur, in preisgekrönte, berühmte und geheime Gärten und blühende Landschaften.

Die Gartentage-Praxis ist dem Thema „Woher – Wohin? Gartenpflanzen mit Geschichten“ gewidmet. Der Gartenbauingenieur und Autor Thomas Janschek aus Wolnzach, Gebhard Kofler von der ARCHE NOAH Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt & ihre Entwicklung aus Schilfern in Niederösterreich sowie Dieter Gaßmayer, der bekannte Staudengärtner und Vorsitzende der Stiftung Gartenkultur aus Illertissen, werden mit Geschichten über Gartenpflanzen aufwarten.

Rosenausstellung

Als ganz besonderes Schmankehl präsentiert Rudolf Goerge, Kreisheimatpfleger und Kulturbearbeiter des Landkreises Freising, eine Ausstellung mit dem Titel „Im Rosengarten sollst meiner warten...“ – Alte und neue Lieder von Blumen und Gärten mit Bildern. Auch die Stadt Freising, 2001 offiziell zur Rosenstadt ernannt, wird wieder mit einem Informationsstand rund um die „Rosenstadt Freising“, betreut von den Rosen- und Gartenfreunden Freising, vertreten sein. Angeboten werden dabei wieder die beliebten Rosen-Sprechstunden. DK



Rückewagen bergen Gefahren ...

... so meint es Markus W. aus dem Landkreis Schwandorf, ein leidenschaftlicher Brennholz-Produzent, der sich zur Erleichterung seiner Waldarbeit einen Rückewagen zulegte. Neben seiner Begeisterung für die Vorteile seines Rückewagens berichtet er auch von einigen Erfahrungen, die gerade noch glimpflich ausgingen. Kaum hatte er das Gerät erworben, gab er ein falsches Signal von der Joysticksteuerung ab. Dabei schlug der sich in der Baumzange gehaltene Baum knapp über ihm auf das Kabinendach. So angenehm diese elektrischen Stellteile sind, so braucht es schon eine gehörige Portion Einarbeitungszeit, um mit dieser ausgefeilten Technik gut und sicher zu arbeiten. Der Ratschlag des Fachmanns: Beim Kauf stets auf guten Bedienkomfort achten, entsprechende Einweisung einfordern und viel Zeit für Übung mit den neuen Maschinen einkalkulieren. □

Der Bodyguard.

Der Unimog. Serienmäßig mit dem Sicherheitskonzept von Mercedes-Benz.

Im Unimog sind Sie in den besten Händen. Mit seinem einzigartigen Fahrzeugkonzept setzt er schon seit 60 Jahren Maßstäbe – auch bei der aktiven und passiven Sicherheit. Speziell als Geräteträger entwickelt, ist er die ideale Lösung für den kommunalen Einsatz. Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de/unimog.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Archäologietagung in Bamberg:

Fränkische Schätze

Einen Einblick in die ober- und unterfränkischen Ausgrabungsergebnisse der vergangenen zwei Jahre gab eine vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege gemeinsam mit der Stadt Bamberg (Stadtarchäologie) und dem Institut für Archäologie, Denkmalkunde und Kunstgeschichte der Otto-Friedrich-Universität Bamberg veranstaltete Archäologietagung in Bamberg.

„Wir hatten gerade in Unterfranken sehr viele sogenannte Notgrabungen“, berichtete der für Ober- und Unterfranken zuständige Hauptkonservator Michael Hoppe vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. Notgrabungen sind durch Baumaßnahmen erzwungene Grabungen zur Sicherung archäologischer Funde.

Festvortrag

Eröffnet wurde die Tagung im Beisein von Experten aus ganz Deutschland vom Bamberger Stadtarchäologen Stefan Pfaffenberger mit „Geschichte(n) aus Tausendundem Jahr“. Minde-

stens genauso spannend für die Öffentlichkeit war auch der Festvortrag „Franken in keltischer Zeit“ von Prof. Dr. Andreas Schäfer von der Universität Bamberg.

Im Rahmen der Archäologietagung hielten die Mitarbeiter aus Universitäten und dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege für ihre Fachkollegen Vorträge zu archäologischen Projekten. Gemeinsam mit freiberuflichen Archäologen präsentierten sie Aktuelles aus der Forschung in der Region. Eine Exkursion zu bedeutenden Bodendenkmälern nahe Bamberg, wie der Jungfernhöhle bei Tiefenellern, rundete die Tagung ab.

Wissen, das im Boden liegt: Bodendenkmäler seien für Wissenschaftler als Quellen vergangener Zeiten unverzichtbar, hatte Generalkonservator Prof. Egon Johannes Greipl im Vorfeld der Archäologietagung erklärt. In Ober- und Unterfranken bestünden derzeit, wie fast überall, 99 Prozent aller von der praktischen Bodendenkmalpflege betreuten Maßnahmen aus Rettungsgrabungen. Sie würden nach den Vorgaben des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege von privaten Grabungsfirmen durchgeführt. Derzeit stünden die meisten Rettungsgrabungen im Zusammenhang mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, Windkraft- und Photovoltaikanlagen.

Ein sehr kleiner Anteil an Maßnahmen sind Greipl zufolge Forschungsprojekte. Sie werden von den archäologischen Institu-

ten der Universitäten ebenfalls nach den Vorgaben des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege durchgeführt. Beispiele sind die Projekte „Bullenheimer Berg“ (Universität Würzburg), „Veitsberg“ (Universität Jena) oder „Nördliche Frankenalb“ (Universität Bamberg).

BayernViewer informiert Bauherren

Der „BayernViewer“ biete die Möglichkeit, per Internet aktuelle Informationen über die Denkmäler abzurufen. Beispielsweise können sich Bauherren im Vorfeld informieren, ob auf ihrem Grundstück mit Bodendenkmälern zu rechnen ist. **DK**

61. Festspiele Europäische Wochen Passau:

Zwischen den Horizonten

Vom 28. Juni bis 28. Juli 2013 finden in Passau, Ostbayern, Oberösterreich und Böhmen die 61. Festspiele Europäische Wochen Passau statt. Das Festival verfolgt das Ziel, sowohl international renommierte, als auch regional bekannte Künstler zu präsentieren.

Die Festspiele wurden im Jahre 1952 von amerikanischen Offizieren in Zusammenarbeit mit der Stadt Passau ins Leben gerufen. Anfangs war als Zielsetzung formuliert, „das gemeinsame kulturelle Erbe Westeuropas aufzuzeigen und die Notwendigkeit eines politischen Zusammenschlusses Westeuropas zur Erhaltung und Fortführung der Werte dieses kulturellen Erbes zu betonen“.

Doch schon nach kurzer Zeit trat immer mehr der Gedanke in den Vordergrund, europäische Kultur grenzenlos in all ihrer Schönheit und ihrem Facettenreichtum den Bürgern Passaus, des weiten Umlandes und auch vielen auswärtigen Gästen nahe zu bringen, politische Barrieren zu überwinden und kulturelle Begegnungen zwischen den Menschen aus Ost und West zu ermöglichen.

Das Programm ist vielseitig: Opern- und Theateraufführungen, Orchester- und Chorkonzerte, Liederabende, Lesungen, Filme, Ausstellungen sowie Vorträge und ein jährliches Gesprächsforum bieten ein breites kulturelles Spektrum. Zu dem hohen künstlerischen Anspruch des Festivals kommt die Schönheit der Veranstaltungsorte in Kirchen, Klöstern, Burgen und Schlössern der Region.

Bei den Europäischen Wochen gibt es heuer Klassik, Volksmusik, Folklore, Klezmer, Zigeuner-Jazz, Balkan-Brass oder auch Ethno-Pop zu hören. Fest geplant ist zur Eröffnung wieder ein kostenloses „Fest für alle“ auf dem Passauer Residenzplatz. Zudem wird in die-

Feuerwehr und THW in Passau:

Ideenwettbewerb zur Mitgliederwerbung

Unterstützung von Landrat Franz Meyer

Landrat Franz Meyer unterstützt die Initiative des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann für Ideenwettbewerb zur Mitgliederwerbung bei Feuerwehren, freiwilligen Hilfsorganisationen und des THW. Nachwuchsgewinnung ist zentrale Zukunftsaufgabe, so der Passauer Landrat.

450.000 Frauen und Männer sind bayernweit ehrenamtlich rund um die Uhr zur Stelle, wenn es um die Rettung von Menschen oder den Schutz von Sach-

werten geht. Wenn wir diese Zahl und damit unser hohes Sicherheitsniveau trotz des Geburtenrückgangs erhalten wollen, müssen wir dauerhaft Menschen für das ehrenamtliche Engagement begeistern, so Franz Meyer zur Initiative des bayerischen Innenministers.

Engagement

Der Passauer Landrat begrüßt sehr, dass mit diesem Wettbewerb die Jugend, aber auch Seiteneinsteiger zum Mittun gebeten werden. Dabei setze man insbesondere auf die Zusammenarbeit mit den Schulen, bemerkte Meyer und lobte das Engagement der Freiwilligen Feuerwehren und der Hilfsorganisationen im Passauer Land. **□**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Was die Logistik von einer Brauerei lernen kann

Forum Logistik-Cluster Schwaben bei Weltbild in Augsburg

„Authentizität“, so fasste es Sebastian Priller-Riegele von der gleichnamigen Brauerei mit einem Wort zusammen. Wer authentisch ist und sich identifiziert mit dem, was er tut, ist erfolgreich. 120 Logistiker folgten beim Forum Logistik-Cluster Schwaben im Kuppelsaal bei der Verlagsgruppe Weltbild in Lechhausen gebannt den Worten des Juniorchefs der regionalen Kultbiermarke. Auf den ersten Blick haben Logistikunternehmen und ein mittelgroßer Brauereibetrieb nicht viel gemeinsam. Aber es gibt einiges, was beide verbindet: Verwurzt in einer Region, große Tradition und oftmals die enge Verknüpfung mit einer Person oder einer Familie. Was dem Bier-Weltmeister-Sommelier schon gelungen ist, da möchte die Logistik noch hin: Eine ganze Erlebniswelt schaffen und erklären, was die eigene Branche leistet.

Mit mehr als 77.000 Mitarbeitern ist Logistik die drittgrößte Branche in Schwaben und hat wesentlichen Anteil daran, dass Wertschöpfung geschaffen wird und damit Wohlstand in die Region kommt. Was jedoch noch fehlt, ist die echte Logistik-Marke, oder wie man neudeutsch sagt: Ein Brand. So wie ihn große Automobilunternehmen beispielsweise haben. Ulli Mayer-Johannsen, Professorin für Markenbildung aus Berlin, vermittelte den schwäbischen Logistikern, welche Schritte gegangen werden können, um der Logistik auch eine klare Markenbotschaft zu geben.

Ein erster Erfolg, der sich sehen lassen kann: Vor knapp zwei Jahren gründete die Logistikwirtschaft in Schwaben den Verein „Logistik-Cluster Schwaben“ als gemeinsames Sprachrohr für ihre Interessen, ihre Belange und für die Vernetzung untereinander. Dass dies der richtige Weg war, unterstreicht nun die erste eigene große Veranstaltung. Die Resonanz der Teilnehmer zeigt, dass genau der Nerv getroffen wurde. Denn nicht nur Marketing, sondern auch Personalführung und Personalgewinnung standen als weitere Themen auf der Tagesordnung. Ebenso wurde gezeigt, wie man die Logistik in Bildern erklären kann und auf was es bei der Mitarbeiterkommunikation ankommt.

Eingebettet war das Forum Logistik-Cluster Schwaben in den bundesweiten Aktionstag „Tag der Logistik“, bei dem sich die Logistikwirtschaft in ganz Deutschland der breiten Öffentlichkeit präsentiert. Studierende in Schwaben hatten tagsüber beispielsweise die Möglichkeit, an der Hochschule Augsburg ebenfalls Vorträge zu hören und Logistikworkshops zu besuchen, bevor es dann nachmittags auch nach Lechhausen ging, um dort das Logistikzentrum von Weltbild und ein neu eingeweihtes Shuttlesystem gemeinsam mit den Forumsbesuchern zu besichtigen.

„Tolle Stimmung, hervorragende Referenten und viel Raum



Freuten sich über ein gelungenes erstes Forum Logistik-Cluster Schwaben in Augsburg (von links): Dr. Robert Schönberger (Cluster-Manager, Logistik-Cluster Schwaben e.V.), Harald Seifert (Seifert Logistics), Schwabens Regierungspräsident Karl Michael Scheufele, Prof. Hans-Christian Pfohl (TU Darmstadt), Alfred Kolb (Andreas Schmid Logistik), Karl-Heinz Czauderna (Fujitsu), Klaus Finsterwalder (Finsterwalder Transport & Logistik) und Karl Strüning (Verlagsgruppe Weltbild). Bild: B4B Schwaben

Würzburg:

Neues Zentrum für seelische Gesundheit

Für einen Gesamtbetrag von 33,7 Millionen Euro will der Bezirk Unterfranken in Würzburg ein Zentrum für seelische Gesundheit errichten. Entstehen soll es bis Ende 2015 neben dem König-Ludwig-Haus im Stadtteil Frauenland. Die Erweiterung dieser orthopädischen Bezirksklinik um das Zentrum wurde im Bauausschuss des Bezirks beraten, die Ausschussmitglieder stimmten geschlossen für das von Architekt Erwin Götz vorgestellte Baukonzept.

Das neue Zentrum besteht aus zwei kompakten, durch Lichthöfe gegliederte Flachdachkuben. Neben einem stationären Bereich, der drei Stationen mit jeweils 20 Betten umfasst, ist eine Tagesklinik mit ebenfalls 20 Betten vorgesehen. Außerdem wird eine Ambulanz in das Zentrum integriert. „Das Zentrum wird die Versorgung für ganz Unterfranken deutlich verbessern“, erklärte Dr. Dominikus Bönsch, Direktor der psychiatrischen Bezirksklinik in Lohr.

Überlastung

Vor allem das Lohrer Klinikum müsse dringend entlastet werden: „Seit Jahresbeginn sind wir fast

durchgängig zu 110 Prozent belegt. Das sind keine Zustände, die wir auf Dauer so weiterführen können.“

Würzburgs Stadtbildkommission konnte dem Konzept viel abgewinnen, berichtete Bezirksratspräsident Erwin Dotzel: „Wir wurden im Februar von Koryphäen der deutschen Architekturlandschaft gelobt.“ Sowie der Bezirk Baurecht bekommt, wird die Haushaltsunterlage bei der Regierung eingereicht, Anfang Mai rechnet die Bezirksverwaltung mit der Abgabe des Bauantrags bei der Stadt. Einziger Wermutstropfen sind derzeit um fast vier Millionen Euro gestiegene Kosten im Vergleich zu den ersten Pla-

nungen aus dem Jahr 2011. Der Freistaat fördert das Projekt mit knapp 50 Prozent.

Entstigmatisierung

Trotz höherer Kosten konnten alle Fraktionen dahinterstehen, da das neue Zentrum nach einhelliger Ansicht zur Entstigmatisierung psychisch Kranker beiträgt. Dies vor allem durch die Anbindung an ein somatisches Krankenhaus. In unmittelbarer Nachbarschaft von orthopädischen Patienten werden Menschen mit Depressionen, Ängsten und Zwängen behandelt. Kompliziertere Krankheiten können in Würzburg allerdings auch künftig nicht therapiert werden. „Für einige Patienten wird das Zentrum für seelische Gesundheit die Eintrittspforte in die Psychiatrie sein“, so Bönsch. Weiterbehandelt werden sie in Lohr oder Werneck, wo es spezialisierte Angebote gibt. **Pat Christ**

DK

Gewerbestandortentwicklung als Zukunftsaufgabe

Wirtschaftsförderer der Metropolregion München trafen sich in Penzberg

Erstmals kamen in diesem Jahr die kommunalen Wirtschaftsförderer der Metropolregion München in Penzberg zu einem fachlichen Austausch zusammen. Im Mittelpunkt standen aktuelle Themen und Herausforderungen der Gewerbesiedlung in kleinen und mittleren Kommunen. Über 60 Teilnehmer kamen mit einem klaren Fazit aus der Veranstaltung: Es wird auch für Fragen der Gewerbesiedlung immer entscheidender, dass Wohnort- und Standortmarketing Hand in Hand gehen.

Gewerbesteuererinnahmen sind nach wie vor ein wichtiger Baustein in der Finanzierung kommunaler Investitionen. Auch müssen attraktive Wohnstandorte ebenso attraktive Beschäftigungsangebote bieten. Allein aus diesen Grundsätzen leitet sich, insbesondere für kleine und mittlere Kommunen zwischen 8.500 und 60.000 Einwohnern, die Notwendigkeit ab, aktive Wirtschaftsförderung und Gewerbeflächenpolitik zu betreiben. Und die Wirtschaftsförderer aus diesem Bereich stehen derzeit ähnlichen Fragestellungen und Herausforderungen gegenüber, die im Laufe der Veranstaltung diskutiert wurden.

In den Beiträgen und Diskussionsrunden des Treffens wurden aktuelle Fragen der Gewerbestandortentwicklung aufgegriffen: Welche Anforderungen haben Unternehmen an Gewerbeflächenkonzepte? Wie kann mit der häufig vorhandenen Skepsis in der Bevölkerung gegenüber neuen Gewerbegebieten umgegangen werden? Sind interkommunale Gewerbegebiete derzeit ein Trend oder stellen sie eine Notwendigkeit in der modernen Kommunalentwicklung dar? Welche Erfahrungen haben Kommunen

bei deren Umsetzung gemacht? Und wie sind die Erfahrungen mit umfassenden Bürgerbeteiligungskonzepten bei Ortsentwicklungsprojekten?

Frühzeitig handeln

Die Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung (GMA), Büro München, Mitveranstalter und Mitglied der Metropolregion München, hat Anfang des Jahres eine Umfrage bei mittleren und kleinen Kommunen in Bayern zu Gewerbeflächenverfügbarkeit und Planungen durchgeführt. Dr. Stefan Leuninger, GMA-Büroleiter München, zieht aus den Erkenntnissen ein Fazit: „Es gibt eine Reihe von Städten und Gemeinden, die über kein oder nur ein eingeschränktes Gewerbeflächenangebot verfügen. Angesichts des üblichen Zeitraums von rund fünf Jahren von der ersten Planung bis zur Realisierung eines Gewerbegebiets ist ein frühzeitiges aktives Handeln notwendig. Interkommunale Gewerbegebiete stellen eine sinnvolle Entwicklungsoption dar.“

Auch aus den Referaten und Beiträgen der Veranstaltung ging klar hervor: Strategische Kooperationen werden heute immer wich-

tiger. Gerade für die interkommunale Zusammenarbeit gibt es allerdings keine Patentrezepte. Aber der Einsatz, auch gegen anfängliche Widerstände, kann sich unbedingt lohnen. Dies berichteten der erste Bürgermeister der Gemeinde Inning am Ammersee, Werner Rösler sowie Heiko Deichmann, Geschäftsführer einer interkommunalen Grundstücks- und Projektgesellschaft im Stuttgarter Raum. In Sachen Bürgerbeteiligung war das Fazit von Bärbel Zeller, Wirtschaftsförderin der Gemeinde Planegg, ein durchweg Positives: In Martinsried waren die Bürger von Anfang an an der Entwicklung der neuen Ortsmitte intensiv beteiligt und es hat sich gelohnt, auch einmal für die Kommune bisher unbekannte Wege gegangen zu sein.

Ein übergeordnetes Thema zog sich durch sämtliche Beiträge des fachlichen Austausches: Wohnort- und Standortmarketing müssen Hand in Hand gehen. Es reicht nicht mehr aus, Gewerbeflächen nur unter Erfüllung der Pflichtanforderungen anzubieten. Längst sind die „Kür“ und sogar „Begeisterungsfaktoren“, so Leuninger in seinem Impulsvortrag, nötig, um Investoren und Projektentwickler zu überzeugen. Das heißt, es braucht „Kümmerer“ vor Ort, Fachkräfte müssen ebenso verfügbar sein wie Bildungsangebote – kurz: eine ganzheitliche Wohn- und Gewerbeentwicklung ist vonnöten.

Weitere Informationen unter: www.lebens-traum-job.de □

Landratsamt München:

Sozialbürgerbüro blickt auf erfolgreiches Jahr zurück

Interne und externe Vernetzung verbessert Leistung für die Kunden

„Das Sozialbürgerbüro hat uns ein großes Stück weitergebracht“ – dieses Fazit zog Landrätin Johanna Rumschöttel in einem Pressegespräch im Landratsamt München. Seit dem 1. Januar 2012 betreibt der Landkreis München sein Sozialbürgerbüro. Teil davon ist ein eigenes Jobcenter für Langzeitarbeitslose. Mit einem ganzheitlichen und vernetzten Angebot aller Sozialleistungen soll den Kunden nachhaltig geholfen werden. Neben den eigenen Angeboten des Landratsamtes sind nun auch Träger wie die AWO, die Caritas, die Innere Mission oder der Paritätische Wohlfahrtsverband für die Kunden im Landratsamt tätig.

Der Landkreis München will seinen Bürgerinnen und Bürgern ein integriertes soziales Beratungs- und Hilfsangebot zur Verfügung stellen. Der Landkreis hatte sich deshalb darum beworben, eine sogenannte Optionskommune zu werden. Nur zehn der 71 Landkreise im Freistaat Bayern dürfen diese Möglichkeit nutzen. Nach dem Konzept des Landratsamtes wurde eine Infothek eingerichtet, an der Kunden zu den weiteren Diensten vermittelt werden. Im ersten Jahr nutzten rund 10.300 Personen diesen Service.

Fast ein Viertel davon stellte zum ersten Mal einen Antrag nach den Leistungen, die im Sozialgesetzbuch II geregelt sind. Im zweiten Schritt des Konzepts wurde der Soziale Bürgerservice ausgebaut. Mitarbeiter unterstützen Hilfesuchende, bis sie in Kontakt mit der richtigen Fachstelle sind. Eine Fachstelle für Sozialplanung soll dazu eine strategische Gesamtsozialplanung für den Landkreis schaffen. Außerdem sollten die freien Träger der Wohlfahrtspflege mit ihren Angeboten besser eingebunden werden.

Das Landratsamt koordiniert die Arbeit der freien Träger, es bietet aber auch ganz konkrete Hilfestellung: Die Träger erhalten Räume im Amt, in denen sie einmal oder mehrmals wöchentlich zu erreichen sind. „Dieses Konzept hat

sich bewährt“, meinte Michael Wüstendörfer von der AWO, die sich unter anderem um die Verhinderung von Obdachlosigkeit kümmert. „Wir holen die Menschen dort ab, wo sie sind und können ihnen unbürokratisch helfen.“

Hilfeleistung auf kurzen Wegen

Sarah Ebert von der Inneren Mission bietet Migrationsberatung im Landratsamt an. „Wir erreichen durch die Beratung hier die Migranten im Landkreis, die sonst sehr schwer zu erreichen sind“, berichtet sie. „Die Stelle im Landratsamt ist dazu ideal, weil die Migranten sowieso oft hier sind. So können wir Integrations- oder Sprachkurse vermitteln.“

„Die Zahl der Beratungen hat nicht zugenommen, weil wir nun so intensiv mit dem Landkreis zusammenarbeiten“, sagt Matthias Hilzensauer. Er arbeitet für die Caritas, die Schuldnerberatung anbietet. „Aber die Intensität der Beratungen hat zugenommen“, so Hilzensauer. „Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Landratsamtes „hat sich spürbar verbessert und weiterentwickelt.“

„Die Fallzahlen sind nach oben gegangen, sie haben sich fast verdoppelt“ seit das Angebot im Landratsamt eingerichtet wurde, berichtet dagegen Stephanie Win-

ter vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Hilfe für pflegende Angehörige bietet. Gerade Angehörige mit bettlägerigen Verwandten würden sehr gerne mehrere Dinge bei einem Behörden-gang verbinden. „Das Sozialbürgerbüro ist da eine extreme Erleichterung“, urteilt Winter. „fast jede dritte Beratung findet in persönlichem Kontakt statt.“

Gerade der persönliche Kontakt und die persönliche Ansprache gehören zu den Schlüsseln für den Erfolg – auch in online-Zeiten. Der enge Kontakt untereinander aller, die im Landratsamt Hilfe anbieten, verbessern die Durchlässigkeit und damit den Erfolg des sozialen Netzes. Und gerade bei vielschichtigen menschlichen Problemen ist der persönliche Kontakt durch nichts zu ersetzen. Die sozialen Leistungen stehen den Bürgerinnen und Bürgern uneingeschränkt zu.

„Die Barriere, diese Leistungen auch wirklich in Anspruch zu nehmen, ist durch die Einführung des Sozialbürgerbüros im Landratsamt niedriger geworden“, meint Landrätin Johanna Rumschöttel, „mit der Einführung des Landkreispasses wird sie noch weiter sinken“. Der geplante Landkreispass soll Bedürftigen den preiswerten Zugang zum öffentlichen Verkehr im ganzen Landkreis ermöglichen.

Bernhard Sexl, der Leiter des neuen Jobcenters im Landratsamt München, berichtete ebenfalls von positiven Ergebnissen: „Wir haben sehr gute Kontakte zu den Arbeitgebern aufgebaut. Die Arbeitgeber gehen aktiv auf uns zu. So können wir in der Regel etwa 700 offene Stellen für unsere Arbeitssuchenden anbieten.“ □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Italien hat jetzt einen Präsidenten gewählt, der in einem Alter ist, in dem Päpste neuerdings abdanken. Da sage noch einer, die Alten werden nicht gebraucht!“ Mein Chef, der Bürgermeister, kommentierte die Weltlage mal wieder auf seine Weise.

Nun hat ja Italien durchaus gute Erfahrungen mit Staatspräsidenten gemacht, die vom Lebensalter her etwas fortgeschritten und deshalb weiter weg vom täglichen politischen Hickhack waren. Unser Bundespräsident Joachim Gauck ist ja auch in einem Alter, das jenseits der sogenannten gesetzlichen Altersgrenze liegt, wobei sein jugendlich wirkender Elan, mit dem er seine/unsere freiheitliche Republik würdigt, vermuten lässt, dass für ihn die Wiedervereinigung so etwas wie ein Jungbrunnen war.

Überhaupt scheint sich unser Land, wie auch andere europäische Länder, in Bezug auf die Ar-

nenden Fachkräftemangel zu tun. Firmen nehmen Abschied vom Jugendlichkeitswahn des letzten Jahrzehnts. Handwerksbetriebe, Höfe, Anwaltskanzleien oder Arztpraxen finden keine geeigneten Nachfolger. Vor allem aber sind es die Leute selbst, die sich fit und leistungsfähig fühlen – die arbeiten wollen und daraus Glück und Zufriedenheit ziehen.

Studien zufolge sind die modernen Alten so fit und leistungsfähig wie noch nie. Kalendarisches und biologisches Alter weichen im Schnitt fünf bis acht Jahre voneinander ab. Der Spruch „60 ist das neue 50“ stimmt also tatsächlich. Wenn man dann noch ein „soziologisches“ Alter konstruieren möchte, dann muss man sagen: Der Rentner trägt heutzutage T-Shirt, Outdoor-Jacke und Sportschuhe wie der Student (nur manchmal etwas teurer).

Mein Chef, der Bürgermeister, fasst unsere Diskussion kurz zusammen: Starre Altersgrenzen müssen fallen. Wer will oder wer einen Job hat, der mit fortgeschrittenem Alter nicht mehr ausüben ist, der soll früher aussteigen können. Wer aber noch arbeiten will und leistungsfähig ist, der soll so lange im Beruf bleiben oder sich sinnvoll für das Gemeinwohl engagieren können, wie er oder sie möchte. Das sollte übrigens auch für Kommunalpolitiker gelten.

Klar, derzeit müssen sich kommunale Wahlbeamte noch an den beamtenrechtlichen Regelungen orientieren. Aber auf Sicht müssen bei Arbeitnehmern wie Beamten das Alters-Fallbeil weg und flexible Modelle gefunden werden, die dem Einzelnen gerechter werden als eine unbewegliche „In-Out-Regel“.

Vor allem aber sollte auch die Gesellschaft als Ganzes noch stärker daran gewöhnt werden, dass Arbeit im Alter kein Zeichen von Armut, sondern von Teilhabe ist. So ein bisschen denken nämlich noch viele wie in Eugen Roths Spottvers, den ich dem Chef zusimse: „Wir seh'n mit Grausen ringsherum, die Leute werden alt und dumm. Nur wir allein im weiten Kreise, wir bleiben jung und werden weise.“

the
Sabrina

Starre Altersgrenzen müssen fallen

beit im Alter immer weiter zu spalten. Die einen sind strikt gegen die Rente mit 67 und wollen eher früher als später mit dem Arbeiten aufhören. Arbeit scheint für diese Gruppe auf der Liste der Glücksfaktoren ganz weit hinten zu stehen.

Andererseits gibt es in Deutschland rund 800.000 Menschen, die trotz Überschreitens der Altersgrenze weiter arbeiten – entweder voll oder in einem Umfang, der im Rahmen der starren Regeln des Zuverdienstes erlaubt ist. Und die Tendenz geht stetig nach oben, was sich auch in der erhöhten Beschäftigungsquote der 60- bis 65-Jährigen zeigt – immerhin 1,5 Millionen Frauen und Männer.

Beileibe sind das nicht nur arme Schlucker, die jeden Euro nebenher brauchen, um mit einer kleinen Rente über die Runden zu kommen. Vielmehr sind es zunehmend Akademiker und gut ausgebildete Fachkräfte, die mit 70 keine Lust auf den Lehnstuhl haben, sondern sich weiterhin einbringen wollen. Leistung zeigen und vor allem ihr in einem ganzen Arbeitsleben erworbenes Fachwissen weitergeben.

Natürlich hat das viel mit dem sich abzeich-

Interkommunale Allianz Oberes Werntal:

Radelspaß im Werntal

Aktionstag mit Führungen, Attraktionen und Genuss

Am 28. April 2013 ist es soweit, im Werntal fällt der offizielle Startschuss in die neue Radsaison. Auf 78 km bietet der Wern-Radweg von der Quelle bei Pfersdorf bis zur Mündung bei Wernfeld Aktionen und Entspannung, gepaart mit herzhaftem Genuss fränkischer Spezialitäten. In der Zeit von 10 bis 18 Uhr laden insgesamt 22 Stationen zur Pause ein.

Los geht es im Landkreis Schweinfurt um 10 Uhr mit zwei Gottesdiensten in Werneck und ab 11 Uhr mit der offiziellen Eröffnung durch stellvertretenden Landrat Paul Heuler und Bürgermeisterin Edeltraud Baumgartl auf dem Balthasar-Neumann Platz. Im Landkreis Main-Spessart werden stellvertretender Landrat Manfred Goldkuhle und Bürgermeister Dr. Paul Kruck am Weinpavillon in Stetten den Aktionstag eröffnen.

Aktiven Naturliebhabern, Familien und genusslichen Freizeitradlern wird viel geboten: In Oerlenbach starten vier Radtouren von der Speed-, zur Cross-bis hin zur gemütlichen Familienentour. Ab Poppenhausen beginnt die 7 Mühlen Radtour, ab Kronungen geht es „Ins Tal der Kelten“.

In Werneck starten zwei Touren, darunter eine spannende GPS – Fahrrad – Rallye für Jugendliche. In Aschfeld bietet sich ein Abstecher in „die gute alte Zeit“ der dortigen Kirchenburg an. Auch gibt es Informationen zur Gartenbaukunst des Ronkartzgarten in Gemünden, zur alten Synagoge und zur Brauerei Max Bender in Arntstein sowie zur Natur und Kultur im Bachgrund bei Eußenheim. In Hambach laufen Kräutervorträge und das Radrennsportmuseum hat geöffnet. In Gelders-

heim lädt das Bauernmuseum zu einem Besuch ein.

Entlang der gesamten Strecke verwöhnen Gastronomie und Direktvermarkter Hungerige und Durstige mit frischen Angeboten aus der Region. Gemütliche Gasträume, schattige Biergärten und sonnige Terrassen laden zur Pause ein. Ob Fränkische Brotzeitplatte, Pizza aus dem Holzbackofen, frische Forelle, erster Spargel, süße Torten, Plootz oder knackige Salate.

Fränkische Spezialitäten

Für die Radler lassen sich die beteiligten Gastronomen etwas einfallen. Für eine schnelle Erfrischung sorgen zwei Kelterbetriebe mit regionalen Saftspezialitäten. Besonders für Kinder stehen Ponyreiten, Kinderschminken, Korbtheater, Feuerwehrraktionen, eine Strohhipfburg und Kreativangebote zur Auswahl.

Wer es musikalisch mag, ist in Hergolshausen beim Konzert der Jungen Hergolshäuser richtig oder bei der ersten After-Radelspaß Party bei Wolfis-Bikes + Parts in Niederwern. Auch weitere Radgeschäfte beteiligen sich am Aktionstag und präsentieren die neuesten E-Bikes mit der Möglichkeit zur Probefahrt.

Übrigens: Clevere Radler rei-

sen mit der Bahn an. Der Rad-Wander-Express Frankenland mit Radtransport startet in Aschaffenburg. Aber auch alle anderen DB-Haltestellen bieten sich zur An- und Abreise ins Werntal an. Daneben kann aus Richtung Meinigen der fahrradfreundliche Shuttle der Erfurter Bahn genutzt werden. Aus Richtung Bad Kissingen fährt die Erfurter Bahn nach Gemünden am Main. Wer von Bahnhof zu Bahnhof radelt, erspart sich den Rückweg zum geparkten Auto. Als Gruppen- Erlebnis bietet sich das Bayern-Ticket an.

Neu in diesem Jahr gibt es erstmals einen Fotowettbewerb. Gesucht ist das originellste und kreativste Bild des Radelspaß. Einsendungen sind bis 6. Mai 2013 an info@oberes-werntal.de oder tourismus@lramp.de möglich.

Parallel zum Radelspaß im Werntal läuft die Aktion „Aktiv gegen Krebs“ Gesund.Leben. Bayern. Unter dem Motto „Jeder Kilometer zählt“ spenden die Gesundheitsämter Schweinfurt und Main-Spessart für jeden beim Radelspaß im Werntal 2013 zurückgelegten Kilometer einen Eurocent.

Der so erradelte Betrag wird zu gleichen Teilen den Psychosozialen Beratungsstellen der Bayerischen Krebsgesellschaft e.V. in Schweinfurt und Würzburg und dem Selbsthilfebüro Main-Spessart für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt. Unter den Teilnehmern werden zehn Sportbeutel, gefüllt mit u. a. Theraband und Springseil, verlost. □

Exoten mit Fuchs

Wie eine Genossenschaft Menschen für einen nachhaltigen Lebensstil begeistert

Kein Mensch wird gerne als „Besserwisser“ tituliert. Fast keiner: In Passau wirkt seit etwas über einem Jahr die „Besserwisser eG – Netzwerk für nachhaltigen Lebensstil“. Schon der Name lässt erahnen, dass es sich um kein gewöhnliches Unternehmen handelt.

„Wir wollten ernste Themen wie Klimawandel, Konsumverhalten und Ressourcenverschwendung von der humoristischen Seite angehen“, erläutert Andrea Hentschel, Vorständin der Genossenschaft, die Namenswahl. Und nein, man wisse natürlich nicht alles. „Im Gegenteil: Wir lernen jeden Tag dazu.“

Das erworbene Wissen wird weitergegeben. Die Genossenschaft, die ein Zentrum in der Innenstadt von Passau betreibt, sieht sich vornehmlich als Beratungs- und Bildungseinrichtung. Ihr Ziel: Die Menschen für einen bewussteren und schonenderen Umgang mit den endlichen Ressourcen unseres Planeten zu begeistern. Die Entscheidung für die Rechtsform der Genossenschaft fiel fast von allein.

„Es gibt keine Unternehmensform, die so für Nachhaltigkeit steht wie die Genossenschaft“, sagt die Vorständin mit fast beiläufiger Selbstverständlichkeit. Mehrmals im Monat finden in den modern, aber gemütlich eingerichteten Räumlichkeiten der Genossenschaft Veranstaltungen statt. Hierzu gehören Konzerte und Tauschbörsen, etwa für abgelegte Kleidung und ungeliebte Weihnachtsgeschenke. Oder Fähigkeitstauschbörsen, bei denen jeder seine besonderen Talente mit anderen teilen kann.

Der eine zeigt beispielsweise, wie Kartentricks funktionieren, die andere, wie man strickt. Es gibt aber auch einen Näherworkshop,

der das nötige Handwerkzeug vermittelt, um aus alten Kleidern neue Dinge zu machen: Taschen, Kissen, Handyhüllen. „Upcycling“ nennt man das. Und man geht an die Schulen, um dort mit den Jüngsten Projekte zum Thema Umweltschutz und Müllvermeidung durchzuführen. „Wir möchten die Menschen informieren und sie in ihrer Rolle als Verbraucher für eine andere Art von Konsum gewinnen“, erklärt die Vorständin.

Einen anderen Konsum propagiert auch das Magazin der Genossenschaft, der „fuchs“. Seine erste Ausgabe ist in einer Auflage von 10.000 Exemplaren verteilt worden, die zweite ist gerade in Arbeit. Die Publikation ist eine Art Reise- und Einkaufsführer durch das nachhaltige Passau: Es gibt Adressen von Biometzgerm und Ökobäckern, von Behindertenwerkstätten, die „upcyceln“, bis hin zu einem Carsharing-Unternehmen. „Schon während unserer Gründung ist uns aufgefallen, wie viele nachhaltige Anbieter und wie viele gute Ideen und Ansätze es bereits gibt“, sagt Hentschel. „Diese möchten wir mithilfe unserer Genossenschaft vernetzen.“

Dass das gelingen könnte, dafür spricht die Mitgliederzahl. Mittlerweile gibt es 19 Besserwisser in Passau, die den stattlichen Betrag von 500 Euro für einen Mitgliedsanteil entrichtet haben. Rentner, Arbeitslose, Schüler und Studenten zahlen übrigens nur 200 Euro. Dass die Mitglieder Überzeugungstäter sind und nicht nach

Renditen streben, zeigt die Dividende: Es winken eine Tasse fair gehandelter Kaffee pro Monat und 10 Prozent Rabatt im Besserwisser-Laden und bei Veranstaltungen.

Das Ladenlokal ist auch gleichzeitig eine der Haupteinnahmequellen der Besserwisser. „Wir haben eine Anschubfinanzierung der Stadt Passau bekommen. Die Einnahmen durch den Laden und durch den Getränkeverkauf während der Veranstaltungen decken die laufenden Kosten“, erläutert die

Vorständin. „Außerdem arbeiten wir momentan allesamt ehrenamtlich und können damit unserer Genossenschaft auf die Beine helfen.“

Hentschels Hoffnung ist nun, dass das Beispiel der Besserwisser nicht nur in Passau Schule macht: „Wir sehen in ganz Deutschland Potenzial für regionale Nachhaltigkeitsnetzwerke.“ Möglicherweise kann man also schon bald die Gründung der ersten Dependence feiern. Bis dahin möchte die Genossenschaft die Zahl ihrer Informationsveranstaltungen in diesem Jahr noch weiter steigern. Damit zunächst in der Dreiflüßstadt noch sehr viel mehr Menschen stolz von sich sagen können: „Ich bin ein Besserwisser.“ hh

Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2013

Bürgerstiftungen aus Landshut und München unter den Siegern

Bürgerstiftungen aus Landshut und München sind die bayerischen Gewinner des 15. bundesweiten Wettbewerbs um den Förderpreis Aktive Bürgerschaft. Neben Wiesloch (Baden-Württemberg) und Neuss (Nordrhein-Westfalen) wurden sie vor rund 500 Gästen aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Medien in Berlin ausgezeichnet. Der Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2013 ist mit insgesamt 40.000 Euro dotiert (10.000 Euro je Bürgerstiftung).

Über die Preisträger entschied eine unabhängige Jury, der Experten aus Bürgerstiftungen, Medien, Nonprofit-Organisationen, Wirtschaft und Wissenschaft angehören. Die Bürgerstiftung Landshut wurde in der Kategorie „mitStiften“ für ihr Fundraising in Höhe von einer Million Euro für das Bürgerhaus im sozialen Brennpunkt Porscheviertel ausgezeichnet.

Laut Jury hat die Bürgerstiftung Landshut das Bürgerhaus gebaut und betreibt es nun als Eigentümer. Firmen und Betriebe, Vereine und Stiftungen, Stadt und viele private Spender haben die Realisierung des Projekts ermöglicht. Mit dem Bürgerhaus will die Landshuter Bürgerstiftung ein Zeichen gegen Perspektivlosigkeit und Gewalt im Viertel setzen und „Hilfe zur Selbsthilfe“ für Kinder und Jugendliche, Eltern und Senioren leisten. Besonders würdigte die Jury neben dem Erfolg der Aktion das persönliche Engagement der Beteiligten und die Bereit-

schaft des ehrenamtlichen Vorstandes, die Verantwortung für das Bau- und Finanzierungsvorhaben zu tragen.

Die Bürgerstiftung München wurde in der Kategorie „mitBestimmen“ für die Idee des weiteren Ausbaus des „Netzwerks Paten- und Mentorenprojekte“ ausgezeichnet. In München unterstützen über 50 Initiativen mit Ehrenamtlichen den Übergang junger Menschen von der Schule in den Beruf.

Mit ihrem Netzwerk fördert die Bürgerstiftung deren Erfahrungsaustausch und das gegenseitige Lernen. Sie will dafür sorgen, dass mehr Münchner noch wirkungsvoller SchülerInnen und Schüler auf ihrem Bildungsweg unterstützen.

Die Jury würdigte besonders die Idee des weiteren Ausbaus des Netzwerks mit einer Qualifizierungs- und Koordinationsstelle, um die Zusammenarbeit der Partner in einer Großstadt wie München intensivieren zu können. DK

„Rosenheim trauert um einen großartigen Mitbürger“

Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer zum Tod von Alt-OB Dr. Michael Stöcker

Mit tiefer Trauer gibt die Stadt Rosenheim den Tod ihres Ehrenbürgers und langjährigen Oberbürgermeisters Dr. Michael Stöcker bekannt. „Dr. Stöcker hat als langjähriger Oberbürgermeister Rosenheim geprägt und der Stadt ein modernes Gesicht gegeben wie kein anderes Stadtoberhaupt vor ihm. Sein plötzlicher und unerwarteter Tod macht betroffen und hinterlässt eine schmerzende Lücke. Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor der großartigen und bleibenden Lebensleistung eines großen Menschen“, erklärte Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer zum Tod ihres Amtsvorgängers.

Dr. Michael Stöcker habe „ein Drittel seines Lebens unserer Stadt als Oberbürgermeister gewidmet“, fuhr OB Bauer fort. In den 25 Jahren seiner Amtszeit seien Weichenstellungen erfolgt, die das Erscheinungsbild Rosenheims noch weit in die Zukunft hinein prägen werden. Die Fußgängerzone und der Max-Josefs-Platz in ihrem heutigen Aussehen seien sein Werk „und werden in der Geschichte der Stadt immer mit seinem Namen verbunden bleiben“.

Bauer: „Dr. Michael Stöcker hat in seinem Leben die besten Tugenden eines engagierten Kommunalpolitikers verkörpert: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Sein vorbildlicher Einsatz für unsere Stadt wirkt weit über seinen Tod hinaus. Er wird allen, die ihn gekannt haben, unvergessen bleiben“, so die Rathauschefin. □

Garchinger Businessfrühstück im IPP

Kürzlich fand im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) das Businessfrühstück der Garchinger Unternehmer statt. Die städtische Wirtschaftsförderung unterstützt und fördert mit einer solchen Veranstaltung die Vernetzung örtlicher Geschäftsleute und Unternehmer. Über 50 hochkarätige Teilnehmer hörten einen ebenso hochkarätigen Vortrag der stellvertretenden Direktorin des IPP, Prof. Dr.-Ing. Ursel Fantz, der sich mit Themen der Kernfusion und der Plasmaphysik beschäftigte.

Die Erste Bürgermeisterin der Stadt Garching, Hannelore Gabor, machte in ihrer Einführung deutlich, wie sehr ihr die Vernetzung der Unternehmen untereinander am Herzen liegt.

Plasmaphysik und Kernfusion

„Das Businessfrühstück hat sich inzwischen zu einer festen Einrichtung mit tollen Gästen etabliert“, so Gabor. „Neben der Kooperation mittelständischer Unternehmer, die ich für sehr zielführend halte, ist es zudem wichtig, dass die Garchinger sich auch am Hochschul- und Forschungs-

zentrum wohlfühlen. Wann kommt man schon Plasmaphysik und Kernfusion zum Frühstück?“

Zielgruppe des Frühstücks waren wieder die ortsansässigen Unternehmen, die die Gelegenheit nutzten, sich über die aktuellen Entwicklungen in Garching zu informieren und sich untereinander auszutauschen. Das Frühstück bildet eine Plattform für den Aufbau neuer Beziehungen und den Kontakt mit den städtischen Verantwortlichen.

In den kleinen Gesprächsrunden nach dem offiziellen Vortrag wurde Netzwerkarbeit betrieben, die sich für Garching wieder positiv auswirkt. □

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10, die am 10. Mai 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall und Recycling · Umweltschutz
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte
- Kommunale Museen
- Kommunal-Marketing

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell



Bitte vormerken:
13. Juni 2013

Power für Bayerns Kommunen:
6. Energieforum
der Bayerischen Gemeindezeitung

im Bürgerhaus der Stadt Garching bei München, www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarken-Auslieferungsbureau Schulz
Frauenborgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89 06 64 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahlgedrucktes · und vieles mehr

ORTMAIER
DRUCK GmbH

www.flyerpara.de
Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

www.flyerpara.de
Das Online-Druckportal aus dem Hause Ortmaier Druck

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de

BENZ SPORT

ORIGINAL

Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
0 53 26 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

DELW
DEUTSCHE ENERGIE-LEISTUNGSWERKE

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 81 71) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de